

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Regierung. Preisliste für 1895 unter Nr. 7124.

Vorwärts

Inferior-Gehalt beträgt für die fünfjährige Periode oder deren Raum 40 Pf., für weitere und Veranlassungs-Angehörigen 20 Pf. Inhaber für die nachfolgenden Monate müssen bis 1. März nachmittags in der Expedition abgeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 9 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 4 Uhr vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt 1. Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 12. Dezember 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Budgetdebatte

Ist dieses Jahr weit ruhiger verlaufen als in früheren Jahren und weit ruhiger, als man beim Zusammentritt des Reichstags erwartet hatte. Gab doch schon die Späthe des Zusammentritts Anlaß zu den ernsthaftesten Beschwerden, weil die Erledigung der Reichstags-Geschäfte dadurch wesentlich gehemmt und dem Reichstag eine, dem Gemeinwesen sicher nicht förderliche Ueberhäufung seiner Arbeiten aufgezwungen wird.

Und welche Masse von Bündstoff war sonst noch ausgehauft! Die Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der grobe Unfug des Unfug-Paragraphe. Die Köller- und Brandwetterereien ohne Zahl. Die Verfahrenheit in den regierenden Kreisen. Die Steuerlosigkeit des neuen, neueren und neuesten Kurses. Der Sedan-Spektakel und Skandal. Die Presshag. Die Sozialistenhag. Die Hammersteinade. Die Stöderiade. Die letzte Krisis in der Regierungskrisis — denn wir stehen ja fortwährend in der Krisis. Kein Minister, kein Kanzler ist beim Einschlafen sicher, ob er anderen Morgens noch als Minister oder Reichskanzler aufwacht. — Die Köller-„Beurlaubung“ und der „Tag der Gefoppten“ gerade beim Zusammentritt des Reichstages. Welche Stoffmasse. Welcher Ueberfluß des Reichthums.

Doch es kam anders. Die Thronrede war die erste Ueberraschung — sie brachte keine Ueberraschung. Es war kein kampflustiger Geist, der aus ihr heransprach. Freilich auch kein friedfertiger Geist, es war das Gefühl der Kampfunfähigkeit, das Bewußtsein rathloser Schwäche, die den Feind wohl zerschmetterten möchte, aber weiß, daß sie es nicht kann.

Und als am Montag nach der Köller-Romödie der Irrungen und Wirrungen der Reichstag zu seinem Erstauen sah, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe am Platze war und der Köller nicht — da stand es auch fest, daß jetzt nicht der Augenblick war für große parlamentarische Kämpfe. In der Person des verflorenen Polizeiministers war ein Hauptziel der Angriffe beseitigt, der Nachfolger hatte noch nicht Zeit gehabt, eine Fieselheibe hinzustellen, und im Ministerium selbst herrschte offenbar die Verlegenheit des Chaos, aus dem nach der einen Sage die Welt, nach der anderen das Nichts geboren worden ist. Vorläufig haben wir bloß das Nichts. Und als am zweiten Tage der Budgetdebatte die Regierung-Sphinx aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers sprach, da war es das Nichts. Und gegen das Nichts läßt sich nicht kämpfen.

Freilich, die Scharfmacher der Rechten hätten dem Chaos gerne anstatt des Nichts eine Welt der Reaktion, des barbarischen Despotismus entlockt, allein sie sind gelähmt, der Hammerstein und der Stöder hängen ihnen an beiden Redschößen und die Hammerstein'schen Papiere hängen ihnen als Guillotinenmesser über dem Nacken. In solcher Lage hat auch der Kampflustigste keine Kampflust.

Unter diesen Verhältnissen konnte die Budgetdebatte nicht anders als in Ruhe verlaufen. Es ist wohl die ruhigste Budgetdebatte seit Gründung des Deutschen Reiches. Das Zentrum hatte keine stürmischen Wünsche. Kardorff war nie so zahm — er vergaß sogar seine Doppelwährungs-Rede, deren Sachednisse er dem Reichstag noch in keiner Budgetdebatte erspart hatte. Richter sprach scharf und wie immer: von seinem Standpunkte gut. Er zerpflückte unbarmherzig die Finanzkunst des Herrn von Posadowsky, der sich bei Aufstellung des diesjährigen Reichs-Haushalts-Stats um die Kleinigkeit von sechzig Millionen geirrt hat. Er hielt strenge Musterung auf den Gebieten der Wirtschaftspolitik, der inneren Politik und der Kolonialpolitik — allein es fehlte der Schwung, die Leidenschaft.

Leidenschaft hatte nur der Redner der Sozialdemokratie, Bebel. Die Sozialdemokratie bedarf keines persönlichen Gegners, um zum Kampf aufgeflackelt zu werden. Sie treibt keinen Personenkultus weder in Liebe noch in Haß. Sie ist frei von dem kindlichen Aberglauben, der einzelne Personen zu Trägern der Menschengehichte macht. Wer in der Reichsregierung sitzt, ist uns höchst gleichgültig. Ob der Reichskanzler Hohenlohe heißt oder Waldersee, der Polizeiminister Köller oder Neefe — das System, mit welchem wir ringen und das organisch aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgewachsen ist, es ist immer dasselbe und es wird dauern, so lange die kapitalistische Gesellschaft dauert. Nicht der Kanzler oder Minister A, B, C ist der Feind — der Feind ist der Kapitalismus, der in dem herrschenden System seine politische Verankerung hat. Und dieser Feind steht immer vor uns, hinter uns, neben uns — er ist überall, überall unser Feind, der uns angreift wenn wir ihn nicht angreifen. Da bedarf es keines besonderen Anreizes, keiner besonderen Herausforderung. Bebel erhob die Debatte auf die Höhe, welche das Parlament des deutschen Volkes in einem so bedeutungsvollen Moment, wie dem gegenwärtigen, einzunehmen verpflichtet ist. Er sprach von den Fragen, die das deutsche Volk in erster Linie beschäftigen; dem persönlichen Regiment, das sich mehr und mehr einnistet, von den Verschönerungen gegen die Freiheit und die Rechte des Volkes, von der Knebelung der Arbeiter, von dem Streben, die Justiz zu Zwecken der Willkür zu mißbrauchen. Er wies an der Hand der Thatfachen den frivolen Vorwurf zurück, daß die Sozialdemokratie durch „unpatriotisches“ Handeln die Behörden zu „strengem“ Vorgehen genötigt habe, und zeigte im Spiegel der Geschichte, daß gerade die Herren und Stände, die den Patriotismus als ihr Monopol ansehen, am wenigsten besorgt sind, von Patriotismus zu reden, daß sie die brutale, unpatriotische Interessenpolitik treiben, und daß das „Vater-nd“ ihnen nur eine Melkkuh ist.

Der Präsident des deutschen Reichstags hinderte unseren Genossen daran, das Vorgehen des persönlichen Regiments zu beleuchten; doch dieser parlamentarische Zug

gehört zu dem Bild, welches das Deutsche Reich jetzt darbietet. So tief sind wir gesunken, daß wir im Reichstag nicht mehr sagen dürfen, was jeder Mensch in Deutschland denkt. Und die Vollendung dieses traurigen Bildes gelang der Rede des Herrn Kriegsministers, der — wie immer — mit Kraftworten um sich warf.

Die Rede Bebel's war nur eine Dase in der Wüste. Nach ihm fiel die Debatte wieder auf das Niveau der leidenschaftslosen Geschäftsmäßigkeit, wenn auch der Manchestermann Barth einige recht glückliche Wendungen hatte und dem herrschenden System empfindliche Stiche ver-setzte. Der Reichnam des Bimetallismus war allerdings die Fußtritte kaum werth, die der freisinnige Redner ihm be-brachte.

Der nationalliberale Redeschwulst eines Enneccerus, dieses klassischen Repräsentanten der nullität gravo — der gravitätischen Nullheit — sei nur erwähnt, damit es auch nicht an einem Stüchchen Humor fehle.

Mit Barth kam die Budgetdebatte zu Ende. Die paar Redner, die sich für heute noch gemeldet haben, werden nur Monologe halten. —

Politische Uebersicht.

Berlin, 11. Dezember.

Aus dem Reichstage. Man hatte heute zu Beginn der Sitzung eine Erklärung des Kriegsministers über die vierten Bataillone und besonders über den Stand der Vorarbeiten zur Militär-Strasprozeßordnung erwartet. Diese Erklärung blieb aus, dagegen polemisierte der Finanzsekretär gegen die gestrigen Ausführungen Richter's zum Etat.

Hierauf erhielt Bebel das Wort, um in zweifelhafte vorverflichter Rede sich mit der allgemeinen politischen Situation zu befassen. Eine Staatsrede im engeren Sinne war es nicht, dafür aber sprach unser Genosse um so wirksamer über die Vorgänge der letzten Zeit. Besonders den Septemberkurs und die sich daran schließenden Ver-folgungen unserer Partei sowie das doppelte Maß, mit dem auf dem Gebiete der Rechtsprechung und Ver-waltung gegenüber der Sozialdemokratie gemessen wird, kritisierte Bebel unerbittlich. Obwohl der Herr Präsident ängstlich darüber wachte, daß der Name des Reichs-Ober-hauptes nicht genannt wurde, so verstand es der Redner doch, auf die bekannten Angriffe eine Antwort zu geben, die hoffentlich überall verstanden wird. Sehr wirkungsvoll und von erschütterndem Eindruck, auch auf der rechten Seite, waren Bebel's Ausführungen darüber, wie durch den fort-geschrittenen Hinweis auf bevorstehende Kämpfe gegen den „inneren“ Feind das Ansehen und der politische Kredit Deutschlands im Auslande geschädigt werden müsse. Wenn der Bürger-krieg wirklich so unvermeidlich sei, wie es nach gewissen Auslassungen scheinen möchte, dann sei dies ja geradezu eine Aufforderung an das uns feindliche Ausland, über das im Innern zerrissene Deutschland herzufallen. —

Den Eindruck der Bebel'schen Ausführungen abzuschwächen

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von
H. W. M. von Walthausen.

„Ich besaß mich auf einem Schiffe.“
„Und wurden gefangen gehalten?“ unterbrach ihn Georgine.

„Ja. Wir lagen vor der Stadt St. Remo vor Anker und durften unter zehn Tagen nicht ans Land. Die italienische Regierung hatte Quarantäne verhängt über alle Schiffe, welche aus Afrika kamen, damit die dort grassirende Cholera nicht eingeschleppt werde.“

Georgine, die in fieberhafter Spannung zugehört hatte, fragte rasch: „Und auf einem solchen Schiffe besaßen Sie sich?“

„Ja, antwortete der Major, ich bestieg dasselbe in Marseille.“

Die Neugierde der beiden Eheleute stieg sichtlich.
„Was führte Sie nach Marseille?“ fragte erneut Bram-bach, als der Major sein ostindisches Schweistuch wieder in die Brusttasche steckte.

Um Ihnen diese Frage zu beantworten, muß ich Sie an meine letzte Abreise von hier erinnern.“

„Sie reisten damals nach Italien.“

„Ganz recht. Um in der milden Luft dort meiner Brustbeschwerden ledig zu werden. Aber auch, weil ich nahe Verwandte habe in der Stadt Genua. Der an-genehme Aufenthalt im Süden, die hingebende, liebevolle Pflege meiner Verwandten wirkten Wunder. Meine an-gegriffene Gesundheit erholte sich mehr und mehr. Meine Verwandten drangen daher in mich, meine Güter in Eng-land zu veräußern und ganz nach Genua überzusiedeln. Ich wußte daher nach Yorkshire. Mein Gutsnachbar dort hatte oft den Wunsch geäußert, meine Besingung zu

kaufen, um die seine damit abzurunden. Ich verkaufte daher meine sämtlichen Liegenschaften in Yorkshire an diesen sehr wohlhabenden Sir John Wollers.“

„Sie haben doch nicht etwa mit Verlust verkauft?“ frug Brambach.

„O nein. Dieser Sir John Wollers ist ein tüchtiger Land-wirth, der um seine Felder und Jagdgründe besser aus-nützen kann. Er gab mir mehr, als ich verlangt haben würde. Er zahlte mir alles baar in guten Geldsorten, nur eine Anzahl deutscher Papiere, (es sind Bücksburger Stadt-obligationen) mußte ich mit annehmen.“

„O, die stehen ja sehr gut,“ bemerkte Brambach.

„So, stehen sie gut — das ist mir lieb zu hören.“

„Da mich nun nichts mehr an meine Heimath fesselte, so verließ ich sie, um noch vor den Sturmtagen den Kanal zu passieren. Mit einem meiner Verwandten hatte ich verabredet, wir wollten uns in Marseille treffen. Ich reiste nach Paris, wo ich meine Einkäufe besorgte, die ja, wie ich bemerkt zu haben glaube, hier den Beifall der Damen gefunden haben.“

„In Paris haben Sie den Schmuck und das Kostüm gekauft?“ sagte mit Stolz und freudiger Erregung Georgine, „da war es gewiß recht theuer?“

„Nicht so theuer, als Sie mir sind, liebe Georgine — werthe Jean Brambach —“ verbesserte sich der Major.

Georgine eröthete.

Brambach stuzte und blickte starr vor sich hin.

Der Major fuhr langweilig, wie er selbst, in seiner Reisebeschreibung fort.

„Von Paris fuhr ich über Lyon nach Marseille. Da sich meine Angelegenheit in Yorkshire so schnell abgewickelt hatte, kam ich früher an, als ich mit meinem Verwandten ver-abredet hatte. Derselbe war in Marseille noch nicht an-gekommen. Wenn ich zu Schiffe reiste, kam ich noch in G.

an, ehe er dort abgefahren. Ich ging also nach dem Hasen. Dort lag ein Dampfer bereit zur Abfahrt nach St. Remo. Ich hatte eben noch Zeit einzufleigen.“

„Erst auf dem Schiffe erfuhr ich, daß dasselbe aus Alexandrien kam. Vor St. Remo, wo Passagiere für Nizza abgesetzt werden sollten, hieß es: Quarantäne halten. Dieser ungewollte Aufenthalt hieß mich meine Reiseroute ändern. Wäre ich weiter mit dem Dampfer gefahren, würde ich meine Anverwandten doch nicht mehr angetroffen haben und ich hätte auch nicht heute schon hier sein können. Ich stieg also mit den Nizzaer Passagieren aus, fuhr mit nach Nizza und hatte eben noch Zeit, dort einige Rosen zu erwerben, als auch schon der Zug abging, der mich rechtzeitig hierher bringen konnte. Die freundliche Aufnahme, die ich hier gefunden, hat diese Gile belohnt, ich freue mich, in Ihrer Familie ein Freudenfest mitfeiern zu können, zu dem ich Ihnen meine Glück- und Segens-wünsche nochmals ausspreche.“

Georgine hatte zugehört ohne zu athmen. Sie duldete den nochmaligen Handlung des Majors.

Brambach hatte weder Augen noch Ohren für das, was nach der Reisebeschreibung vorging. Er schien einen Gedankenlang festzuhalten und einen Plan zu entwerfen. Nach einer Pause fragte er:

„So haben Sie die Reise von Yorkshire über Paris und Marseille bis hierher zurückgelegt, ohne einen Ihrer Ver-wandten gesehen und gesprochen zu haben?“

„Ohne einen meiner Verwandten zu sehen und zu sprechen. Der eine, der mich in Marseille gewiß erwartet, soll jetzt, statt meiner, einen Brief zu Gesicht bekommen.“

Brambach sagte sich: wenn das so ist und der Major seine Besingungen verkauft hat, muß er ja das ganze Geld noch bei sich haben. Ein kleiner Theil kann mich aus aller Misere retten, ich borge ihn an.

versuchte der Herr Kriegsminister; ob ihm dies gelang, mögen unsere Freunde an der betreffenden Stelle im Parlamentsbericht nachsehen. Wenn ein Minister, der an der Spitze der Armee steht, es nicht verschmäht, von „nassen Hündentritten“, Schamlosigkeit und Niedertracht und sozialdemokratischen Schmierfinken zu reden, so mag das zur Charakterisierung des Ton es, wie er von gewisser Seite in unserem Parlamente beliebt wird, ein schätzenswerther Beitrag sein, aber polemischen läßt sich dagegen nicht. Schimpfen ist ebenso wenig ein Beweis wie Verbrennen.

Die vierten Bataillone haben sich nach dem Minister nicht bewährt; die Vorlage über den Militärstrafprozeß soll bei der preussischen Regierung fertig sein und demnächst dem Bundesrathe zugehen.

Das Lied vom nothleidenden Landwirth trug namens der Deutschkonservativen Herr v. Pöbbeck vor.

Herr Dr. Barth versuchte die Regierung gegen die Agrarier und Bimetallisten „scharf zu machen“. Der Redner verteidigte besonders lebhaft die Capriotti'sche Handelsvertragspolitik und bezeichnete deren Gegner als eine „unglückselige Gesellschaft, die einem Leid thun kann, wenn man sie auf den Haufen ihrer Freihändler thun sieht.“

Nach einigen Tiraden des Herrn Enneccerus, der mit dem ihm eigenen hohen Pathos Bebel vorwarf, den Reichsgerichtsrath Stenglein wegen des berüchtigten Zukunfts-Artikels zu Unrecht angegriffen zu haben, wurde die Debatte um 5 Uhr vertagt. Morgen sprechen noch der Volksparteiler Hauptmann und der Antisemit Zimmermann. Dann beginnt die erste Verathung des Gesetzentwurfs gegen unlauteren Wettbewerb.

Ueber den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. So würden wir es denn auch für ein ganz unnützes Bemühen halten, wollte jemand dem Kriegsminister begreiflich zu machen suchen, daß er durch seine Redereien von Schmierfinken, die ihre Feder in die Gasse tauchen“, nur sich selber bloßgestellt, nicht aber die Sozialdemokratie diskreditirt hat. Wenn wir uns überhaupt hier mit diesem schneidigen Herrn befassen, so geschieht es unter anderem einer Aeußerung halber, die charakteristisch ist für die allernueste Vorurtheils-Mythologie. Herr Bronsart v. Schellendorff pries den Musterfeldaten als einen Mann, der todeswund noch die Kammer seines Gewehres ausschlägt und eine Patrone hineinschiebt, um einen Feind mit nach Walhalla zu nehmen. Man kann ja nichts dagegen haben, wenn die Götter und Helden des altgermanischen Helden-Paradieses einen romantisch angehauchten Poeten zu Versen begeistern — vorausgesetzt natürlich, daß die Verse gut sind. Aber die Walhalla mit dem christlichen Acht-Millimeter-Gewehr in Beziehung zu bringen, und das alles im schnarrenden Jarbeliten-Ton vorgetragen — Vrr! — ein solch stülwidriger Mischmasch würde für eine Offenbarte Operette passen, aber in eine ernsthafte politische Debatte gehört das nicht hinein.

Köller a. D. Der Rücktritt des Ministers des Innern beschäftigt noch immer die Presse in hohem Maße. Es regnet Dementis, amtliche und halbamtliche, und Herr v. Köller bleibt nicht ruhiger Zuschauer des um sein Demissionsgesuch entbrannten Streites. Heute Abend veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“ eine amtliche Widerlegung von Gerüchten über die Köllerkrisis und gleichzeitig läßt der Staatsminister a. I. im Organe des Bundes der Landwirthe, der „Deutschen Tageszeitung“, die er nun als Privatmann ebenso wie früher als aktiver Minister des Innern trotz der „Berliner Correspondenz“ als sein offizielles Organ benutzt, eine Erklärung los, die im auffallendsten Widerspruch zu den Erklärungen des „Reichs-Anzeigers“ steht. Herr v. Köller ist tief gekränkt, sein Aerger vertheilt sich auf den Fürsten Hohenhausen, die Herren v. Bötticher, Marschall und Bronsart v. Schellendorff zu ungleichen Theilen. Dem Reichskanzler trägt Herr v. Köller es besonders nach, daß er der Vermittler der Wünsche des Staatsministeriums war, das seinen Rücktritt angeblich bloß wegen der Indiskretionen über die Verhandlungen des Ministeraths über den Militär-Strafprozeß forderte, und daß er so extrem über die Demission seines Straßburger und Berliner Kollegen war, daß er dem Wolff'schen Bureau so zeitig die Nachricht vom Rücktritte Köllers zugehen ließ, daß die Zeitungen einige Viertelstunden vor dem Besuche des Herrn v. Lucanus bei Köller die Nachricht in amtlicher Form besaßen. Die Differenzen mit dem Kriegsminister gesteht Herr v. Köller in dem von ihm direkt inspirirten „Zum Ministerwechsel“ überschriebenen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ zu, doch bezeichnet er dieselben als behoben. Freilich sind auch

jetzt die Beziehungen dieser beiden lebhaften Herrn noch sehr kühl, sie beschränken sich auf gegenseitige Hochschätzung. Am meisten entrüstet sich Herr v. Köller über seine ehemaligen Kollegen Voetticher und Marschall, mit denen er aus dem Dienste geschiedene Vertreter der unverfälschten Agrarier nie auf gutem Fuße stand. Er wirft ihnen vor, daß sie seinen Rücktritt erzwingen haben, er läßt durchblicken, daß sie ihn durch ein falsches Spiel in den Verdacht gebracht haben, durchaus geheime Vorgänge in die Presse gebracht zu haben, was nicht anders denkbar wäre, als daß einer der beiden Angegriffenen die „M. N.“ oder den „Hann. Cour.“ informirt und Herrn v. Köller die Schuld zugeschrieben hätte. Wir halten dies für unmöglich und für weit wahrscheinlicher, daß Herr v. Köller, wie ja der Fall Reuß in der Umsturzkommission! des Reichstags beweist, seine Zunge nicht im Zaume halten konnte. Herr von Köller und, wie er ferner in seinem und des Grafen Kanitz Leitblatte erklärt, die Trauben eines Ober-Präsidenten zu faner. Er verzichtet unter dem gegenwärtigen Staatsministerium darauf, irgend einen Oberpräsidenten-Posten zu bekommen, wie auch darauf, eine parlamentarische Rolle zu spielen.

Aus dem Dementi des „Reichs-Anzeigers“ sind folgende Sätze bemerkenswerth:

daß dem Staatsministerium von persönlichen Angriffen, die von Herrn Staatsminister v. Köller ausgegangen sein sollen, nichts bekannt ist,

daß die Behauptung: zwischen dem Minister v. Köller und den Ministern von Bötticher und Freiherr v. Marschall hätten aus politischen Meinungsverschiedenheiten herrührende Reibungen bestanden, jeder Begründung entbehrt, daß vielmehr

in der Beurtheilung der Vorgänge, welche den Rücktritt des Staatsministers von Köller herbeigeführt haben, unter allen Ministern volle Uebereinstimmung bestanden hat.

Wer zwischen den Zeilen eines diplomatisch gebrochenen Schriftstückes lesen kann, der wird herausfinden, daß darin nicht gesagt ist, daß die Herren v. Bötticher und Marschall von persönlichen Angriffen ihres ehemaligen Kollegen nichts wissen, daß die persönlichen Gegensätze im zweiten Absätze direkt zugegeben werden und daß Herr von Köller vom ganzen Staatsministerium verurtheilt wird.

Herr v. Köller wird den „Reichs-Anzeiger“ nicht zur Ruhe kommen lassen. Seinem unerreichten Vorbilde, dem Fürsten Bismarck nachemulend, empfängt er ununterbrochen Journalisten und läßt in Zeitungen über seinen Rücktritt schreiben. So theilte Herr v. Köller in diesen Tagen einem Vertreter der Dresdener „Neuesten Nachrichten“ mit:

Herr v. Köller deutete mir an, „es seien fortgesetzte Reibungen zwischen ihm und den Herren v. Voetticher und Marschall für seinen Rücktritt bestimmend gewesen. Reibungen, die aus prinzipiellen politischen Meinungsverschiedenheiten entstanden und sich endlich so stark zugespielt hätten, daß ein Entweder-Oder sich nicht mehr habe umgehen lassen — man habe ihn „hinausdrücken“ wollen.“ Anscheinend hält sich Herr v. Köller für das Opfer von Machinationen und Intriguen. Daß auch der Reichskanzler gegen ihn eingenommen sei, glaubt er nicht; bezüglich des Kaisers ist er überzeugt, nach wie vor dessen volle Gunst zu besitzen.

Uns kann dieser Krieg des abgegangenen mit den aktiven Ministern nur angenehm sein. Das Autoritätsgefäß stürzt er nicht.

Eine Untersuchung gegen den „Hannoverschen Courrier“ wegen der Herkunft eines Briefes über die Köllerkrisis wurde angeblich deshalb eingeleitet, weil man im Kriegsministerium Herrn v. Köller für diesen Brief direkt verantwortlich gemacht habe. Dazu wird nun dem „Hannov. Cour.“ aus Berlin geschrieben:

Jene „weitschichtige Untersuchung“ war veranlaßt durch die Berliner Mittheilungen, die am 6. November die „Mösch. N. Nachr.“ und am 7. November der „Hannov. Cour.“ gebracht, da diese Mittheilungen nur von einer Person herrühren konnten, die an der Sitzung des Staatsministeriums theilgenommen, in der die Militär-Strafprozeßordnung beraten worden. Rein mit dem Wesen der Presse vertrauter, am allerwenigsten der Kriegsminister, hat es den genannten Blättern verdracht, daß sie den ihnen aus Berlin zugegangenen Informationen Aufnahme gewährt und keine irgendwie maßgebende Persönlichkeit hat darauf geschlossen, daß jene Blätter damit Stellung gegen den Kriegsminister nehmen wollten. Die Untersuchung wurde lediglich in der Annahme geführt, daß der Inspirator der fraglichen Korrespondenzen mit dem vorzeitigen Anscheide des Themas bezwecke, an allerhöchster Stelle Verstimmung gegen den Kriegsminister zu erregen, der dem Inhalte der Veröffentlichungen nach viel eher als Urheber derselben in Verdacht kommen konnte, als Herr

Kunst und Wissenschaft.

Im Lessing-Theater trat Herr Felix Schweighofer am Dienstag in einer zweiten, vom „Müller“ durchaus verschiedenen Rolle auf. Es wurde ein hier vor Jahren schon gegebener Schwank der bekannten Autoren Weibac und Galon, „Fifi“ mit Namen, aufgeführt. Fifi ist ein kleines Hundevieh, das Frau Naturel aus ihren jungfräulichen Tagen in die Ehe mitüber gerettet hat. Madame hängt mit ganzem Herzen an dem kleinen Käse, während der Gemahl, außer Lüge voll, dem Thierchen nach dem Leben trachtet. In dem, natürlich mit schließlicher Versöhnung endenden Ehescheidungsprozeß, der sich ob des kleinen Fifi entspinnt, spielt ein alter Lebemann, dessen Vernunft es ist, jungen weiblichen Talenten Rosen und Laufendstranscheine auf den Weg zu streuen, sehr wider Willen eine überkommissche Zeugenrolle. Den alten Geden hatte Herr Schweighofer darzustellen übernommen. Es that uns leid um den vortrefflichen Künstler. Unwillkürlich wird man von einem Gefühl des Mißbehagens ergriffen, wenn der Mann, der im österreichischen Dialekt eine so lebenswahre Charakterrolle bis ins einzelne pointirt darzustellen weiß, sich quält, einer widerwärtigen Figur die passende Bewegung und parodistische Komik zugleich zu geben. Gewiß gelang es dem Künstler, die Lacher durch allerhand Sannurten auf seine Seite zu ziehen, aber der von ihm dargestellte Kous erinnerte an gewisse anatomische Nach-Präparate, die jungen Leuten zur Abschreckung in Museen ausgestellt sind. Zu der unlieblichen Stimmung, von der ein großer Theil des Publikums im Laufe des Abends ergriffen wurde, mochte auch der Umstand beitragen, daß das Stück selber trotz seiner verhältnismäßigen Jugend schon recht debärzt erscheint. Man ist jetzt in französischen Ehedruckschwänken härteren Hautgout gewöhnt worden, als er in „Fifi“ vorgeführt wird. Dem Gaste fanden die Damen Groß, Reichensbach und Malher-Trost, sowie die Herren Schönbald, Gutberg, Sauer und Werten tapfer zur Seite. Namentlich Herr Gutberg wirkte als Ehescheidungsrichter überaus komisch.

Das neueste Drama von Björnsterne Björnson „Was wir können“ ist dieser Tage in Christiania mit außerordentlichem Erfolge aufgeführt worden.

v. Köller. Der Kaiser ist Indiskretionen bereit abgeneigt, daß er ein ihm zur Unterzeichnung vorgelegtes Ernennungsdekret zerriß, weil die Ernennung in einer Zeitung schon publizirt war. Nach dem Abgange des Herrn v. Köller erscheint es wahrscheinlich, daß der Entwurf zur Abänderung der Militär-Strafprozeßordnung noch in der laufenden Session dem Reichstage zugehen werde.

Schau, Schau! Also Herr v. Köller wird hier in dem Organe des Herrn v. Bennigsen beschäftigt, eine Einwirkung auf den Kaiser in einer Weise versucht zu haben, die mit der berüchtigten Scheiterhaufen-Methode des Herrn Stöcker eine verzweifelte Ähnlichkeit hat. So geht's, wenn unter den Regierungsmännern Mißthelligkeiten ausbrechen, dann plündern die offiziellen und halb-offiziösen Blätter im Interesse ihrer Spezialgötter allerhand Geheimnisse aus. Was wir auf diese Weise über die Kastration einer bereits beschlossenen Ernennung erfahren, bestätigt eine frühere Mittheilung allgemeinen Charakters. Aber lieb war es uns doch, theilte man auch mit, wem auf diese Weise eine Beförderung entging. War's vielleicht Herr Trost zu Solz? —

Von einer gerichtlichen Bestätigung der vorläufig polizeilich geschlossenen sozialdemokratischen Vereine wissen abermals bürgerliche Presseorgane auf grund einer wohl offiziösen Mittheilung zu berichten. Sie behaupten, die Voruntersuchung sei beendet und die Strafkammer habe die vorläufigen Schließungen bestätigt. Die Nachricht der bürgerlichen Presseorgane ist unwahr. Inwiefern durch Verbreitung der unwahren Nachricht eine Preßion auf die Gerichte ausgeübt werden soll, steht dahin. Für die vorliegende Sache ist, wie wir bei dieser Gelegenheit erwähnen wollen, weder eine Voruntersuchung gesetzlich zulässig, noch die Strafkammer zuständig. Die Anklage betrifft ein mit einer Höchststrafe von drei Monaten Gefängniß bedrohtes Vergehen gegen das Vereinsgesetz. Nach § 27 Nr. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes ist daher das Schöffengericht, nicht die Strafkammer zuständig, und nach § 176 Str.-Pr.-O. letzter Satz ist eine Voruntersuchung seit dem 1. Oktober 1879 gesetzlich ausgeschlossen. Zweifelslos war die Rechtslage früher, weil es Staatsanwälte gab, die behaupteten, auch die Schließung des Vereins sei eine Strafe, die Maximalstrafe betrage daher 3 Monate Gefängniß und die Schließung des Vereins. Diese Anschauung ist vollkommen hinfällig. Denn die Schließung eines Vereins ist weder eine „Strafe“ im Sinne der Strafgesetze, noch überhaupt eine Strafe. Sie stellt vielmehr lediglich eine Verwaltungsmaßregel dar. Diese Rechtslage ist so klar, daß sie selbst vom Reichsgericht (in dem im Band 15 S. 385 abgedruckten Erkenntniß) und von dem jetzigen Kammergerichts-Senatspräsidenten Groschuff hat anerkannt werden müssen. Noch im vergangenen Jahre ist aus demselben Grunde von der Berliner Strafkammer in Sachen wider Meute und Genossen die Verhandlung an das Schöffengericht gewiesen. Kommt die Verhandlung vor das Forum des zuständigen Richters, d. i. allein des Schöffengerichts, so ist der Gang des Verfahrens ein weit schleunigerer. Aus diesem Grunde und weil die vorläufige Schließung der Vereine mangels des Vorliegens einer Anklage nach § 16 des Vereinsgesetzes aufgehoben ist, haben einige der „Ausgelösten“ ausdrücklich durch ihren Verteidiger Aufhebung der Schließung bei Gericht beantragt. Das Vereinsgesetz von 1850 schreibt mit klaren Worten vor: falls die Staatsanwaltschaft nicht innerhalb acht Tagen nach polizeilicher Schließung dieselbe aufhebt, so muß die Staatsanwaltschaft binnen acht Tagen die Anklage erheben oder binnen gleicher Frist die Voruntersuchung beantragen“. Die Zulässigkeit der Voruntersuchung ist, wie oben erwähnt, seit dem 1. Oktober 1879 für Verstoße gegen §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes durch Reichsgericht aufgehoben. Anklage ist unseres Wissens noch nicht erhoben — mehr als acht Tage sind seit der am 29. November erfolgten vorläufigen Schließung verfloßen. Also — muß nach dem Gesetz die Schließung aufgehoben werden? Nein: es muß abgewartet werden, ob die verbreiteten Unwahrheiten, eine gerichtliche Schließung der Vereine habe bereits stattgefunden, ihren Zweck, das Recht zu beugen, erreichen werden.

Die ungleiche Behandlung der Parteien, wie sie in dem Köller'schen Angriff auf die Sozialdemokratie zu Tage tritt, erweckt bei anderen oppositionellen Parteien starkes Unbehagen. So schreibt die „Korrespondenz für Zentrumsblätter“:

Alle größeren Parteien haben eine allgemeine oder territorial vertheilte Organisation für den Betrieb von Wahlangelegenheiten. Diese Zentral-, Provinzial-, Kreis- und Lokalcomités stehen naturgemäß unter einander in Verbindung, und sie lösen sich keineswegs in der Zwischenzeit zwischen zwei Wahlen vollständig auf. Wenn die Rechtsansicht die Oberhand behält, daß die Privilegien für Wahlvereine nur im Falle einer anstehenden konkreten Wahl oder überhaupt bios in der Zeit zwischen Ausschreibung und Bornaahme der Wahl in Kraft treten, so können alle mißliebigen Parteien in der Verforgung ihrer Wahlgeschäfte behindert werden. Kommissionen, Comités und Parteivorstände sind nicht Vereine, sondern sind Hilfsorgane oder Vorstände einer Gemeinschaft von Genossenschaftsgenossen. Das preussische Vereinsgesetz betrachtet in § 8 „Comités, Ausschüsse, Zentralorgane oder ähnliche Einrichtungen“ nicht als Vereine, sondern als Verbindungsmittel für Vereine, in derselben Reihe mit dem gegenseitigen Schriftwechsel“. Die gegenwärtige Auffassung könnte schließlich dahin führen, daß die Polizei in die Sitzungen von Parteivorständen, Ausschüssen etc., die ihrer Natur nach vertraulich sein müssen, überwachende Beamten schicken will.

Bei einer weitgehenden Auffassung der Begriffe „Verein“ und „Verbindung“ lassen sich in allen Parteilagern Organisationen finden, die der vorläufigen Schließung und demnächstigen Anklage Stoff böten. Das Gesetz hätte sich ein unmögliches Ziel gesetzt, wenn es darauf ausginge, jede mit Staatsangelegenheiten sich befassende Gesellschaft auf einen Hohlröhmel zu setzen und die Föhlung mit anderen politischen Körperschaften zu verhindern. Die Anwendung dieser zweifelhaften Paragraphen erregt deshalb so großes Aergermiß, weil die Betroffenen auf Leute weisen können, die ungestraft und unbehindert im wesentlichen dasselbe thun.

Deutsches Reich.

Herr von Bennigsen hat eine, gerade jetzt zur Zeit der Koalitionsbeschränkung doppelt interessante Verfügung erlassen, in der er eine nach bisheriger Praxis völlig unbedingte Maßregel gutheißt. In Lüneburg waren, wie der „Volkswille“ in Hannover berichtet, aus einer dort abgehaltenen öffentlichen Wahlkreis-Konferenz, welche durch in öffentlicher Versammlung gewählte Delegirte besetzt war, die Frauen polizeilich ausgewiesen worden. Auf die beim Regierungs-Präsidenten geführte Beschwerde wurde diese Polizeimaßregel gutgeheißen, weil die Wahlkreis-Konferenz als Versammlung eines politischen „Vereins“ zu be-

Er sagte daher, wie gleichgiltig, laut: „Herr Major, kann ich Ihnen vielleicht meinen Bankier zur Anlage von Kapitalien empfehlen?“

„O nein“, antwortete ihm der Major, „meine Verwandten haben mir darüber schon Vorschläge unterbreitet.“

„Ich brauche eine größere Summe“, sagte Brambach. „Ich würde Ihnen daher vorschlagen, mit mir eine Anzahl deutsche Bankaktien hier zu erwerben und nicht alles auf eine Karte zu setzen. Da ist z. B. meine Papierfabrik, eine sehr solide Aktiengesellschaft, deren Papiere ich Ihnen empfehlen und zu niedrigem Cours besorgen könnte.“

„Ich will meine Gelder nicht zersplittern, umso mehr, da ich sie schon meinen Verwandten zur Verfügung gestellt habe“, sagte der Major kalt.

„Trauen Sie nicht allzusehr den Verwandten, die oft das Geizhals des Ausbeutens nur zu Schwungvoll betreiben.“

„Es sind sehr nahe Verwandte“ — erwiderte der Major pikirt — und machte sich, um seinen Horn zu verbergen, am Saume von Georginens Schleppe zu schaffen, indem er sie abhäubte.

Georgine warf ihrem Manne einen vernichtenden Blick zu. Sie suchte das Gespräch abzulenken und fragte in freundlichstem Tone: „Wie gut, daß Sie dem Schiffe und der Quarantäne so glücklich entronnen sind, Sie befinden sich ja sehr wohl Ihrem Aussehen nach.“

„Doch nicht so ganz“, entgegnete der Major, „die Aufregung der Reise, die vielen durchwachten Nächte, auch die lange Fahrt haben mich ermüdet und erschlaßt, ich werde mich daher mit Ihrer gütigen Erlaubniß bald auf einige Stunden zurückziehen.“

„D, ich will Ihnen doch gleich Ihre nervenstärkenden Tropfen holen lassen“, sagte Georgine, ging zur Thür und rief hinaus: „Hanne!“

„Bemühen Sie sich nicht, ich habe meine Reiseapotheke bei mir, wenn ich nur ein Glas warmes Wasser bekommen kann.“

(Fortsetzung folgt.)

trachten sei. Die nunmehr an den Minister des Innern eingereichte Beschwerde brachte folgenden Bescheid:

„Auf die an den Herrn Minister des Innern gerichtete, am 25. September d. J. gereichte Ihnen zum Bescheide, daß ich die Beschwerde über die polizeilich verhängte Entfernung der Frauen aus der am 23. August d. J. in Lüneburg abgehaltenen Versammlung beim. Über den Bescheid des Herrn Regierungs-Präsidenten daselbst vom 12. September d. J. als verspätet zurückweisen muß, da die im § 129, Absatz 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1893 vorgeschriebene Frist nicht gewahrt ist. Ich will Ihnen in dessen nicht vorenthalten, daß ich auch, abgesehen hiervon, aus den in dem Bescheide des Herrn Regierungs-Präsidenten angeführten, durchaus zutreffenden Gründen der Beschwerde stattzugeben nicht vermocht hätte.“

Der Ober-Präsident, Wirkliche Geheime Rath R. von Bennigsen.“

Auch Herr von Bennigsen schließt sich also den Auslegungen an, die neuerdings üblich werden! Das hätte sich der Präsident des Nationalvereins nicht träumen lassen! —

Köln, 11. Dezember. Kardinal Melchers ist an einer Lungenerkrankung erkrankt. Der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge ist wenig Hoffnung auf Genesung vorhanden.

Dem mecklenburgischen Landtage ging am Montag eine Vorlage der Schweriner Regierung zu betriebs der Erbauung eines Kanals vom Hafen von Wismar bis zum Nordende des Schweriner Sees. Die Regierung schlägt vor, der Landtag möge beschließen:

„1. Der Ausbau des Kanals, berechnet auf den Verkehr von Fahrzeugen mit einer Tragfähigkeit bis zu 7000 Metern und in den Abmessungen von 13 Metern Sohlbreite, 2 Metern Wassertiefe mit einer nutzbaren Schleusenlänge von 51,5 Metern und einer Schleusenbreite von 6,6 Metern soll von Landes wegen und für Landesrechnung in Angriff genommen werden. 2. Der aus Landesmitteln aufzubringende Anteil an den — vorläufig auf 5 Millionen Mark berechneten — Ausführungskosten wird auf 2 1/2 Millionen Mark festgesetzt, während der Rest von der Stadt Wismar und den sonstigen Interessenten aufzubringen ist. 3. Die künftige Unterhaltung des fertiggestellten Werkes soll unter landesherrlicher Verwaltung für Rechnung des Landes stattfinden.“

Der Landtag beschloß, einen Ausschuss einzusetzen, welcher die Vorlage außerhalb des Landtags berathen und dem nächsten Landtage wieder vorlegen soll.

München, 10. Dezember. In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Finanzausschusses kam bei der Beratung des Etats der Staatsschuld die Frage der Konvertierung der bayerischen Staatspapiere zur eingehenden Erörterung. Verschiedene Redner bekämpften den Gedanken einer Konversion mit dem Hinweis, daß ein großer Theil der Papiere im Besitze von Gemeinden und Stiftungen sei oder als Ründelgelder angelegt wäre. Finanzminister Dr. von Riedel betonte den gleichen Gesichtspunkt, bezeichnete die Konvertierung als fraglich und meinte, wenn man sich vielleicht auf die Dauer einer Konvertierung nicht werde widersehen können, so müsse man mit der Einleitung einer solchen Maßnahme doch warten, bis eine geeignete Zeit, besonders eine politisch vollkommen ruhige gekommen wäre. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. —

München, 11. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Abgeordnetenkammer nahm heute mit 111 Stimmen das Versicherungsverordnungsgesetz, gegen das unsere Genossen stimmten, an. In der Kammer der Reichsräthe befragte bei der Beratung des Militär-Etats Fürst Löwenstein die Einführung internationaler Schiedsgerichte als Mittel zur Abschaffung der unerträglichen Militärlasten. —

Die württembergische Abgeordnetenkammer trat in ihrer Dienstag-Sitzung in die Besprechung der Denkschrift betr. direkte Steuern ein. Der Berichterstatter Sachß schildert die Steuerreform, welche eine allgemeine progressive Einkommensteuer anstrebt, bedauert aber das Ausbleiben der Progression bei 15000 M. und wünscht, daß große Kinderzahl und sonstige Verhältnisse berücksichtigt werden. Redner empfiehlt sodann der Abgeordnetenkammer den Eintritt in die Beratung der vorliegenden Gesetzesentwürfe und hofft im Namen der Kommission, daß so zeitig ein Gesetzentwurf über die Reform der Gemeindesteuern vorgelegt wird, daß Staats- und Gemeindesteuer-Reform gleichzeitig verabschiedet werden können.

Vor dem Schöffengericht in Ulm stand am Dienstag der bekannte frühere Landgerichtsrath und jetzige Rechtsanwalt Pflzer unter der Anklage wegen 4 Vergehen der unberechtigten Titelführung. Pflzer bestritt 4 selbstständige Handlungen, es sei nur eine fortgesetzte Handlung, um eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Der Staatsanwalt beantragte 20 M. Geldstrafe, Pflzer begehrte seine frühere Verurteilung als ein und machte in seiner Verteidigung Ausfälle gegen den Disziplinarrath und den Justizminister Haber. Pflzer wurde wegen ein- oder unberechtigter Titelführung zu 5 Mark Geldstrafe und den Kosten verurtheilt.

Mühlhausen i. Gf., 11. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Polizeipräsident verhängte die Schließung der öffentlichen Häuser bis heute Abend 8 Uhr unter Androhung der Anwendung des Ruppelparagraphen des Strafgesetzbuches. Es handelt sich um 11 Borden mit circa 70 Mädchen. —

Schweiz.

Bern, 11. Dezember. Der Ständerath hat sich mit 27 gegen 15 Stimmen für die Einrichtung der künftigen Roten-Monopolbank als einer rein staatlichen Bank ausgesprochen und tritt nunmehr in die Beratung des vom Nationalrath angenommenen Gesetzentwurfes, betreffend die Schaffung einer Bundesbank. —

Frankreich.

Paris, 11. Dezember. Der frühere Polizeigeneral Dupas veröffentlicht im „Figaro“ Facsimiles der Telegramme des früheren Chefs der Sicherheitspolizei Comour, des Brieves Arton's, sowie des ihm von dem früheren Minister Develle auf einen falschen Namen ausgestellten Passes und Geleitschreibens, um die Behauptung zu unterstützen, daß er unter dem Ministerium Ribot thatsächlich beauftragt war, mit Arton zu verhandeln. —

Italien.

Rom, 10. Dezember. Die „Opinione“ behauptet auf sicherer Quelle zu wissen, daß die italienischen Truppen auch Odua (Adua?) räumten und sich in Adrigat konzentrierten, wo sie sich zum Widerstande gegen den Feind vorbereiten. Die italienische Regierung betreibt die schleunige Entsendung von 3000 Mann und 2 Batterien Gebirgs-Artillerie. Die Zahl der Schaner beträgt nach Angabe der „Opinione“ 80 000 bis 40 000 Mann. Der „Tribuna“ zufolge verfügte General Baratieri über 11 000 kampffähige Leute und sei voll Vertrauen in die Lage. Er habe niemals Verhandlungen außer in ganz geringem Maßstabe verlangt. Die „Tribuna“ fügt hinzu, es würden einige Kriegsschiffe nach dem Rothen Meere abgehen, um die Küsten zu überwachen und die weitere Ankunft von Waffen zu verhindern, wie solche in der letzten Zeit in reichlichem Maße an Venezz von den Widerfacchen der italienischen Kolonialpolitik geliefert worden seien. —

Belgien.

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Die Verstaatlichung der Großen belgischen Central-Eisenbahn, für welche der belgische Staat 275 Millionen Franz. zahlt, ist auch für Deutschland von Interesse. Das Bahnetz umfaßt 625 Kilometer, von denen 114 in Deutschland, Holland und Frankreich liegen. Der belgische Staat gewinnt den ganzen Verkehr mit Norddeutschland und eine wichtige Eisenbahn-Verbindung zwischen Holland und Frankreich. Zugleich verlieren die belgischen Staatsbahnen ihren schlimmsten Konkurrenten, mit welchem sie stets einen Tarifkrieg führen mußten und welcher oft die Maßnahmen der Staatsbahnen vereitelte. Durch das Entgegenkommen der Central-Eisenbahnen konnten die deutschen Kohlen und Koks den belgischen Markt sich erobern. Fortan ist thatsächlich der Staat in Belgien der Herr aller Eisenbahn-Tarife, doch stehen ihm auch sehr erhebliche Ausgaben bevor, da die meist eingeleigten Linien der Central-Eisenbahn in doppelgleisige verwandelt werden müssen. —

Rumänien.

Bukarest, 10. Dezember. Bei den Kammerwahlen im zweiten Wahlkollegium wurden in 70 Wahlbezirken 67 Liberale gewählt. Drei Stichwahlen haben stattgefunden. Von den konservativen Kandidaten wurde keiner gewählt. Die Wahlen verliefen in voller Ruhe und Ordnung. —

Türkei.

Konstantinopel, 9. Dezember. (Reuter-Meldung.) Nach Meldungen aus dem Innern des Landes werden fortgesetzt armenische Dörfer in Brand gesteckt und geplündert, besonders im Vilajet Van ist das Elend unter den Landeuten schrecklich; die meisten stoben in die Berge, um den von den Kurden verübten Missethaten zu entgehen, und irren ohne Obdach und Nahrung umher.

In Konstantinopel wurden neuerdings Manifeste angehängt, in welchen das gegenwärtige Regime scharf verurtheilt wird und alle Einwohner ohne Unterschied der Religion aufgefordert werden, einmüthig Gerechtigkeit, Freiheit und Reformen zu fordern.

Eine Ministerkrise soll bevorstehen. —

Kuba.

— Vom Aufstandsgebiete. Nach einer telegraphischen Meldung, welche die Madrider Zeitung „Gaceta“ aus Havannah erhalten hat, sei Gomez, der oberste Chef der Insurgenten, seine Vorwärtsbewegung fort und ist in Pinaras im Centrum der Provinz Santa Clara angelangt. Das Ziel der Insurgenten ist, die reichsten Gegenden Kubas zu verwüsten. —

Havannah, 11. Dezember. Zahlreiche Bänder Aufständischer griffen die Stadt Rodrigo in der Provinz Matanzas an, steckten 11 Gebäude in Brand und plünderten, mußten aber vor den Truppen zurückweichen und erlitten sehr bedeutende Verluste. —

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ferner einen Antrag bezüglich des Ausbaues der Gewerbe-Aufsicht gestellt, der folgenden Wortlaut hat:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen an Stelle der im § 189b der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimmten Beamten und Landespolizeibehörden Betriebs-Aufsichtsbehörden nach folgenden Grundsätzen errichtet werden:

Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schifffahrt.

Sie wird einer Reichs-Zentralaufsichtsbehörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisiren hat.

In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Abgeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen.

Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen beziehungsweise zu wählen.

Außerdem hat die Fraktion einen von Fachmännern ausgearbeiteten vollständigen Gesetzentwurf zur Abänderung der Seemannsordnung eingebracht.

Einen Antrag auf Abänderung des Zinsgesetzes haben eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter gestellt.

Die Bundesrathliche Verordnung auf Grund des § 189a der Gewerbe-Ordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Meiereien (Molkereien) und Betrieben zur Sterilisirung von Milch, die folgenden Wortlaut hat:

Für die Beschäftigung der Arbeiterinnen über 16 Jahre in Meiereien (Molkereien) und Betrieben zur Sterilisirung von Milch treten die Bestimmungen des § 187 Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung für die Zeit vom 15. März bis 15. Oktober mit der Maßgabe außer Anwendung, daß die Arbeitsstunden zwischen 4 Uhr morgens und 10 Uhr abends liegen müssen.

Vorstehende Bestimmung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft und hat bis zum 15. Oktober 1904 Gültigkeit.

Ist dem Reichstage zur Kenntnisaufnahme zugegangen.

Der Stellvertreter des Reichsfänglers hat dem Reichstage die vom Bundesrath getroffene Bestimmung über Abänderungen der Bekanntmachung vom 5. Februar 1895, betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, zur Kenntnisaufnahme vorgelegt, sowie eine Uebersicht der vom Bundesrath gefaßten Entschlüsse auf Beschlüsse des Reichstags aus der dritten Session der 9. Legislaturperiode zur Kenntnisaufnahme gebracht.

Heimstätten-Gesetzentwurf. Vom Abgeordneten Bachem (S.) ist mit Unterstützung von Mitgliedern verschiedener Parteien dem Reichstage ein Antrag zugegangen, die Regierung aufzufordern, dem Reichstage den Entwurf eines Heimstätten-Gesetzes vorzulegen. —

Seitens der deutsch-konservativen Fraktion sind die in der vorigen Sitzung eingebrachten Anträge Kropatschek-Jacobstötter zur Handwerkerfrage und Graf Holstein zur Seefische-Ordnung wieder eingebracht.

Verzeichniß der Kommissionen. Gestern Abend nach Schluß der Plenarsitzung wurden im Reichstage folgende Kommissionen gewählt und konstituirte: Geschäftsordnungs-Kommission: Vorsitzender Singer, Stellvertreter v. Reher, Schriftführer v. Leipziger, Dr. Pischel; — Budgetkommission: v. Kardorff, Vorsitzender, Stellvertreter Graf von Hompeich, Schriftführer Prinz von Arenberg, Ehm. Dr. Paasche, Dr. Pachnide, Werner, Will; — Petitionskommission: Vorsitzender Dr. Kruse, Stellvertreter Schmidt-Warburg, Schriftführer Krebs, Dr. Frhr. v. Langen, Rimpau, Weis; — Wahlprüfungs-Kommission: Vorsitzender Spahn, Stellvertreter Dr. v. Marquardsen, Schriftführer Fischer, Eimburg, Dr. Schneider, Weikheim; — Rechnungs-Kommission: Vorsitzender Dr. Paasche, Stellvertreter Dr. Bachem, Schriftführer v. Herder, Wurm.

Ueber die Vertheilung der Sozialdemokraten an den Kommissionen haben wir schon berichtet. —

Partei-Nachrichten.

Die Düsseldorf-Genossenschaft zur Gründung einer Buchdruckerei hat sich aufgelöst. Es lagen seit einiger Zeit Anträge vor, die Genossenschaft aufzulösen, einmal, weil die Vertheilung an dem Unternehmen eine laue war und dann auch, weil die gegenwärtige politische Lage es erheischt, in derartigen Dingen Vorzicht abzuwalzen zu lassen. Die Generalversammlung hat beschlossen, den Ueberschuß aus den Eintrittsgeldern und aus den Zinsen des angelegten Kapitals dem Verlag der „Vollstrebene“ zur Verfügung zu stellen.

Aus Winterthur wird uns geschrieben: Die hiesige Mitgliedschaft deutscher Sozialisten hat in ihrer Versammlung vom 8. Dezember nach Anhörung eines Vortrages über die neuesten Verfolgungen der Genossen in Deutschland folgende Sympathie-Rundgebung beschlossen: Die Mitgliedschaft deutscher Sozialisten in Winterthur verurtheilt die neuesten behördlichen Aktionen gegen die sozialdemokratische Partei des entschiedensten, spricht den Genossen ihre warmsten Sympathien für ihre kaltsblütige Ruhe und Haltung gegenüber den Gegnern aus und ermuntert sie, den ohne jeden Anlaß gegen sie eröffneten verheerenden Kampf mit dem gewohnten Muth aufzunehmen und mit der gewohnten Ausdauer durchzuführen, damit der Sieg der Sozialdemokratie sicher ist.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Aus Böhmen, wo er wegen angeblicher Verleumdung sechs Monate lang in stiller Zurückgezogenheit leben mußte, kehrt der frühere Redakteur Genosse Simon von der „Brandenburger Zeitung“ zurück.

— Ein Verfahren wegen Meineids und Verleitung zum Meineid hatte die Breslauer Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Schuhmachermeister Scholz in Klein-Tschansch eingeleitet. Scholz hatte in einer gerichtlichen Untersuchung wegen der ungesetzlichen Wahlbeeinflussungen, die bei der Wahl des konservativen Kandidaten Grafen Limburg-Stürum vorgenommen waren, eidliche Aussagen gemacht, die einen konservativen Agitator sehr belasteten. Diese Aussagen sollten falsch gewesen sein und ebenso sollte Scholz einen Dienstreue durch Drohungen zu Ablegung eines falschen eidlichen Zeugnisses in derselben Sache zu verleiten gesucht haben. Die am 5. Dezember stattgehabte Schwurgerichts-Verhandlung ergab die vollständige Grundlosigkeit der erhobenen Beschuldigungen. Die Geschworenen verneinten nach kurzer Verathung alle Schuldfragen, worauf der Angeklagte kostenlos freigesprochen wurde. Genosse Scholz hat längere Zeit in Untersuchungshaft zubringen müssen.

— Abgelehnt hat das Landgericht in Halle den Antrag der Staatsanwaltschaft, gegen unsern Genossen Lehmann das Hauptverfahren wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten zu eröffnen.

— Zuzug fernhalten! Die Amtsanwaltschaft in Halle hat gegen die Freisprechung wegen des Zufalles „Zuzug fernhalten“ bei Streifennotizen im „Vollstrebene“ Berufung eingelegt. Dasselbe Verfahren in ähnlicher Strafsache ist für Berlin dem „Vorwärts“ gegenüber zu konstatiren.

— Die Genossin Berger in Weisenfels hat, weil sie bei dem Begräbniß der Genossin Stöpel ein Kissen mit einem Kranz getragen hat, ein Strafmandat in Höhe von 3 M. erhalten. Sie soll durch das Tragen des Kissens groben Unfug verübt haben.

— Die Bremische Passallefeier vor Gericht. Dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins, Genossen Herr Ebert, und dem Inhaber und Wirth der Vereinshalle, Herrn Steinmann in Bremen, waren vor einigen Wochen seitens der Polizeibehörde Strafmandate, lautend auf 20 bezw. 10 M. Geldstrafe oder 4 bezw. 2 Tage Haft zugewungen und zwar wegen der Beschuldigung, hier selbst am 31. August (Passallefeier) in der Vereinshalle eine öffentliche politische Versammlung ohne die gesetzlich vorgeschriebene vorherige Anmeldung veranstaltet, und zu dieser nicht angemeldeten Versammlung kein Lokal hergegeben zu haben. Beide Beschuldigte hatten gerichtliche Entscheidung beantragt, die aber zu ihrem Nachtheil ausfiel: das Schöffengericht bestätigte die Strafmandate.

— Der verantwortliche Redakteur und der Verleger unseres Mainzer Bruderblattes wurden vor dem Untersuchungsrichter vernommen, weil sich irgend jemand durch die Verlegung eines Prospektes über das Buch „Das Werden des Menschen“ verlegt gefühlt hatte.

Die Sozialdemokratie Berlins

(Schluß aus der zweiten Beilage.)

Im Berliner Prater, Kastanien-Allee, war der Saal reichlich erdrückend voll. Referent vor Siebknecht, der auch die Versammlung eröffnete. Nach Konstituierung des Bureau führte er etwa aus: In meiner langen politischen Laufbahn passiert es mir heute zum ersten Male, daß ich eine Versammlung zu eröffnen habe; aber nach der letzten Staatskretzei hielten wir es für Pflicht der Abgeordneten, für ihre Wahlkreise einzutreten, in einem Moment, wo die Führer voranzumarschiren müssen, denn es gilt außer dem gewöhnlichen Kampf mit dem Feinde, direkte Gefahren zu beseitigen. Als man 1878 durch das Sozialistengesetz unsere Organisation zerstört hatte, war die Leitung von der Fraktion übernommen worden und es wurde schließlich von uns das Sozialistengesetz niedergeworfen. Ein ähnlicher Zustand ist jetzt eingetreten, allerdings nicht für ganz Deutschland, wie damals, sondern nur für Berlin. Eine eigenthümliche Situation: wir in der Hauptstadt allein haben es mit der Staatskretzei zu thun. Als Vertreter des sechsten Wahlkreises gehöre ich zu einem Wahlkreise, dessen Organisation aufgelöst worden ist, während ich in Charlottenburg in einem Wahlkreise Wähler bin, wo unsere Organisation nicht aufgelöst ist. (Heiterkeit.) Welche Konsequenz! Als wir noch dem Sozialistengesetz unsere jetzige Organisation gründeten, die, ausgenommen Berlin, fast für das ganze übrige Deutschland noch gilt, sprachen wir es auf unserem ersten Kongress in Halle schon aus, daß das deutsche Gesetz ein solches ist, daß man auch trotz des besten Willens, es inne zu halten, der politischen Maßregelung immer eine Handhabe bieten werde. Man bedenke nur, wie der Begriff „Verein“ innerhalb des letzten Jahrzehnts juristisch definiert wurde! Schon 1890 haben wir doch die jetzige Maßregelung vorausgesehen; wir wußten alle, daß man, wenn man will, in Deutschland jedwede Organisation auflösen kann, denn unsere Vereinsgesetzgebung legt es in das Ermessen der Verwaltungsbehörden, zu thun was sie wollen. Wir waren also darauf vorbereitet, daß jetzt der Schlag kommen werde. Das Fiasco der Umsturzwahl lag wohl für deren Urheber zu überraschend, so daß man vermuthlich aus diesem Grunde nicht sogleich etwas gegen uns that. Weshalb ging man nun gerade jetzt gegen uns vor? Das ist ein Räthsel, um so größer, als das Polizeigewitter einzig über der Stadt Berlin niederhing und selbst alle Berliner Vororte verschonte.

Unsere Partei hat ihren Anfang genommen 1868 mit dem von Lassalle gegründeten deutschen Arbeiterverein, welchen man die Statuten des Nationalvereins zu Grunde legte, der von der preussischen Regierung begünstigt wurde, um die Aktion von 1868 vorzubereiten, und an dessen Spitze damals der heutige Oberpräsident von Hannover, Herr v. Bennigsen, und Volthar Bucher stand, der später die rechte Hand Bismarck's geworden ist. Bucher als Jurist hat mit anderen Juristen zusammen die Organisation des Nationalvereins ausgearbeitet und sie galten juristisch als unantastbar. Auf dieser nämlichen Organisation hat Lassalle seinen Verein gegründet und die preussische Polizei war dauernd darüber ruhig; aber so lange Herr v. Schwoeher an der Spitze stand, schienen einzelne interne Kämpfe im Verein auch Herrn v. Bismarck und der preussischen Regierung eine angenehme Sache. Ich selbst wurde ein Opfer der

damaligen Kämpfe und 1865 aus der preussischen Monarchie ausgewiesen, weil ich nicht wollte, daß die Arbeiterbewegung in die Dienste des Fürsten Bismarck und seiner Junkerpolitik gerathe; v. Schweiger ließ andere Organisationen innerhalb Preussens nicht auskommen. Meine und meiner Freunde Bemühungen zur Schaffung einer Gegenorganisation fielen nicht Wurzel. In dem Jahre 1870 der Allgemeine Arbeiterverein wenig befragt; man hoffte, er werde durch den französischen Krieg erdrückt sein. Aber die Bewegung nahm einen Aufschwung: mein Vorgänger Hasenclever, der unantastbar ehrliche Mann, trat an die Spitze. Jetzt begannen die Chilianer, der Verein wurde vorläufig geschlossen und 1875 wurde Hasenclever nebst anderen Parteigenossen verurtheilt. Hier in Berlin wurde die Schließung bestritten. Das war der Polzeischlag, der große Regierungskrieg, zu welchem man einen neuen Staatsretter sich berufen hatte: Tessen Dorff, den Staatsanwalt von Magdeburg. Selbiger war der Ritter Georg wider den Lindwurm Sozialdemokratie, und er halte in Magdeburg einige Erfolge: gegen 40 Jahre Gefängniß hat er über ehrliche Parteigenossen und Arbeiter verhängt. Dann kam er nach Berlin. Er galt für schneidig und geistvoll. Ich habe ihn auch gegenüber gestanden. Mit der endgiltigen Schließung der Organisation verweinte er, der Partei das Rückgrat entzogen zu haben. Aber — die Partei lachte, wie später beim Sozialistengesetz, ging nach Gotha und feierte den Einigungskongress: die Antwort des Proletariats. Seitdem hat es keine Spaltung mehr in der deutschen Sozialdemokratie gegeben: nur Einheit macht uns stark; das Proletariat kann im Kampfe nur erliegen durch sich selber; vereint ist es den Gegnern gewachsen. Mache es so bleiben, bis der Feind vor uns auf dem Boden liegt. (Lebhafter Beifall.) Da das Vereinsgesetz aber eine Menge Handhaben zu Angriffen bietet, bediente man sich ihrer auch. Wir mußten im Frühjahr 1875 zu Gotha die vorläufige Schließung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei geschehen lassen und sie dauerte etwa zwei Jahre lang an, dann wurde sie eine endgiltige. Uns freilich war es gleichgiltig, ob wir vorläufig, endgiltig oder gar nicht geschlossen waren. Unter jeder Art Auflösung sind wir erwachsen, unter der endgiltigen erst recht. Aber Fürst Bismarck war in eine Sackgasse gerathen: er konnte mit seiner Wirtschaftspolitik nicht durch. König Stamm, Baare u. a. machten die von Bismarck so genannte Wirtschaftspolitik; man brauchte einen Bau-Mann. Da das deutsche Volk sich gesperrt hätte, bedürfte es eines Schreibbildes. Ein Wahnwinniger schloß gerade unter den Linden mit einem Zettel. Da telegraphirte Bismarck, obgleich er näheres über die That des Hödel durchaus nicht wußte, nach Berlin: „Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie!“ Zehn Jahre später, 1888, hatte er in Friedrichruh ein Interview mit einem russischen Journalisten, dem er sagte, daß er angesichts seiner prekären politischen Situation eine Gelegenheit zur Auflösung des Reichstages brauchte — der Schuß Hödel's war diese Gelegenheit. Nun, und war denn etwa dieser Hödel ein Mitglied der Sozialdemokratie? (Aufe: Nein, nein!) Ich selbst habe den Mann etwa drei Wochen vor dem Tage des Verbrechen in Leipzig kennen gelernt. Es war auf einer Versammlung in dem Vorort Stötteritz. Während der Versammlung entstand plötzlich ein Ruf; jemand kommt und läuft zu mir: „Schützen Sie mich!“ Ich frage: „Wer sind Sie?“ Er antwortet: „Hödel; die anderen wollen mich hinauswerfen.“ Und was hatte der Mann gethan? Er trug die Thatthaten von Stöcker, in dessen Verein er war!! Ich sagte: Der Mann gehört nicht hierher, aber es ist eine Schande, ihn zu mißhandeln, sagt ihn gehen. Und man ließ ihn laufen. Bismarck aber hatte Maßregeln nicht gegen Stöcker, sondern gegen uns. — Später kam dann das Attentat Nobiling's; aber sollte das denn etwas anderes gewesen sein, als die Folge des vielen Skandalmachens über die Hödel'sche That? Man kennt doch die „Epidemie der Verbrechen“. Wenn ein Weib sich hübsch weiß anzieht und ihre fünf Kinder auch und dann alle sechs vergiftet — alle Zeitungen bringen's, hunderttausende lesen's — ihre That, und jede auffallende That findet Nachahmer. Das ist doch durch dühende von Beispielen belegt. Viele gab und giebt es, die in raschem Affekt zu unsinniger That neigen, wie z. B. in Frankreich die Anarchisten, welche, so weit sie nämlich ehrliche Leute waren und nicht im Dienste von Andreux standen, ohne Ausnahme Paralytiker waren. Natürlich hat die heutige Gesellschaft derartige Geschehnisse zu reaktionären Zwecken angebetet. Aber Leute wie Caserio und andere, Mitglieder erblich belasteter Familien, gehören vielmehr ins Irrenhaus. Ich habe das schon im Reichstage gesagt. Das war aber dem Fürsten Bismarck damals unerlei, denn der Staat mußte gerettet werden, das deutsche Volk in Schrecken kommen; man brauchte Geseze zum Schutz und zur Bereicherung der schon Reichen; jeder Sozialist war ein „Verbrecher“. Das Sozialistengesetz ging durch, nachdem die Wahlen entsprechend ausgefallen waren. Abbalb kam die Verheuerung von Brot und Waaren und dem deutschen Volke hat das 7-8 Milliarden gekostet. Das war doch der eigentliche Zweck. Aber das Sozialistengesetz war da und zerstörte jede Organisation. Wir aber sagten: verweigert man uns das Menschenrecht, die Freiheit, unsere Rechte zu vertreten, nun so nehmen wir's uns einfach. In den Jahren des Kampfes mit Bismarck sind tausend Jahre Gefängniß verhängt worden, tausende von Existenzen vernichtet, zehntausende ins Unglück mit ihren Familien gestürzt worden; aber das deutsche Proletariat, je härter die Schläge kamen, umso härter wurde es, umso mehr erhartet, und die Ungerechtigkeit brachte uns die Sympathie der Massen. Nach dreizehn Jahren lag Bismarck am Boden und wir waren die stärkste Partei Deutschlands. (Großer Beifall.) Nun schufen wir unsere Organisation, wobei wir uns die größte Mühe gaben, nicht gegen das Vereinsgesetz zu verstoßen. 5 Jahre haben die scharfen behördlichen Augen nichts gegen uns gefunden. Jetzt plötzlich geht es los und zwar in Berlin; Berlin hat die Ehre; und es verdient sie, denn es ist, und jetzt erst recht, die Hauptstadt der deutschen Sozialdemokratie!

§ 8 und § 16 des Vereinsgesetzes sollte von uns verlegt sein; aber was besagen diese Paragraphen? Sie besagen, daß politische Vereine in Deutschland überhaupt nicht in Verbindung treten und daß keine Minderjährigen und Frauen darin sein dürfen. Das Gesetz ist 1850 erlassen, zur Zeit der schwärzesten Reaktion, die heute freilich fast weiß erscheint. Kein Bürger eines freien Staats kann das begreifen. Ein Engländer aus der Klasse der Regierenden, der mich jüngst besuchte, verstand es nicht, trotzdem ich ihm eine halbe Stunde das klar machen wollte. Was heißt denn überhaupt Verein? Der Vorstand der Partei, ganze fünf Personen, das ist Verein. Die paar Vertrauensmänner von Berlin, das ist Verein. Die Preskominion, das ist Verein. Was für Konsequenzen! bei solcher Definition kann man jedes Geschäft auflösen, jede Redaktion — — hoffentlich benutzt man nicht den Wind gegen unsern „Vorwärts“! (Großer Gelächter.) Heutzutage hat ja auch manches Geschäft, z. B. die antisemitischen — ist doch der ganze Antisemitismus ein Geschäft — politischen Hintergrund. Genau aus demselben Grunde, woraus man uns auflöst, ist ja auch die preussische Regierung, die Reichsregierung aufzulösen, denn die neun oder mehr Personen, welche sich dort zu doch ganz eminent politischen Zwecken zusammenschließen und noch dazu mit einander verkehren, ganz so wie Sozialdemokraten — sind doch gewiß Verein; und so fort in infinitum einschließlich Polizeipräsidium, Richterkollegium und Staatsanwaltschaft. Und böte nicht z. B. die konservative Partei eine weit angreifbarere Organisation für die Polizei? Freilich wir Sozialdemokraten haben keinen Hintertreppen-Politiker zum Sturz der Reichsregier, haben keinen, der nur annähernd die Dinge gethan wie das Doppelhaupt der konservativen: Hammerstein-Stöcker. Derlei

Verbrechen und Intriguen hätte uns sicher auf die Anklagebank gebracht, aber dort ist nichts geschehen. Was schließt nun das Volk daraus? es fragt: was ist Recht? was heißt Gesetz? Gesetz muß doch für alle gleich sein und darf für keinen eine wächserne Kasse haben, so wenig für den Feind wie für den Freund; wer den einen mit diesem, den andern mit anderem Maße mißt und sagt „ich bin gerecht“, ist er kein Richter? Ja wohl: justitia fundamentum regnum — und ihr Maske in die Hände, wenn der Sozialdemokrat verurtheilt wird, während der konservative Gegner überhaupt nicht auf die Anklagebank kommt? So wird die Autorität untergraben, weil der Glaube an Gerechtigkeit erschüttert wird. In Deutschland ist „das Recht“ jetzt erschüttert, mehr denn je durch die neulichen Prozesse und ein Schrei der Entrüstung ist überall ertönt. Die deutsche Presse darf nicht mehr die Wahrheit sagen. Wir haben keine Freiheit mehr. Darum ist unser Staatswesen krank. Anstatt die Staatsfeinde zu erdrücken, schafft man sie durch solche Praktiken millionenweise. 1870 haben die deutschen Arbeiter gerade so gut die Flinte getragen, als alle anderen. (Lebhafter Beifall.) Wenn das arbeitende Volk nicht in der Stunde der Gefahr für das Vaterland eintritt, dann ist das Vaterland verloren. Redner schließt mit einem Ruf zur Einheit und suchtlosen Pflichterfüllung; zeigt die Nothwendigkeit für den nächsten Wahlkreis, einen Vertrauensmann zu erwählen, der die notwendigen Geschäfte innerhalb der gesetzlichen Vorschriften besorgt. (Allgemeine begeisterte Zustimmung.) Die vom Redner vorgelesene Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum Vertrauensmann wurde der Gutmacher Klose gewählt. Mit einem brausenenden Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung um 1/10 Uhr geschlossen.

Soziale Uebersicht.

Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung liegen aus einer ganzen Reihe von deutschen Städten nunmehr vor. Danach stellt sich die Einwohnerzahl in

	1895	1890
München	400 002	350 549
Leipzig	398 448	387 000
Dresden	384 066	289 854
Nürnberg	160 862	—
Lübeck	69 643	63 590
Erfeld	139 359	125 899
Mannheim	90 597	79 058
Düsseldorf	42 981	34 658
Halle a. S.	116 207	101 400
Leipzig	51 496	—
Osnabrück	40 188	—
Krankfurt a. M.	225 750	198 685
Weihen	18 814	17 974

Kommunale Steuerpolitik. Die progressive Besteuerung für die Gemeinde-Abgaben vom nächsten Jahre ab einzuführen, haben Rath und Stadtverordnete zu Nürnberg in Sachen in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen.

Krankenkasse für Prostituirte in Dresden. Die seit 1. April 1894 bestehende Kasse, der angehörend alle in Dresden unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehenden Frauenpersonen verpflichtet sind, erhebt ein Eintrittsgeld von 3 M. und einen Wochenbeitrag von 50 Pf. Aus der Kasse werden neben den Kur- und Verpflegungskosten für erkrankte, im Krankenhause untergebrachte Mitglieder auch noch die Kosten bestritten, die der Polizeidirektion aus der Beaufsichtigung des Prostitutionswesens erwachsen.

Diese Bestimmung vertritt sich zweifellos nicht mit dem Zweck der Kasse und es ist eine sozialpolitische Ungerechtigkeit, den bekanntlich ohnehin von den verschiedensten Seiten bis auf äußerste ausgedehnten Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung auch noch zuzumuthen, mit ihrem eigenen Erbe und mit ihrer Schande die Kosten für ihre Beaufsichtigung auszubringen.

Der Konsum von Pferdefleisch ist in Paris in fortwährendem Steigen begriffen. Im Jahre 1866, da die ersten Fleischschlächtereien in der französischen Hauptstadt eröffnet wurden, wurden 2000 Pferde geschlachtet. Im Jahre 1871 war die Zahl derselben bereits auf 5034, im Jahre 1883 auf 12 776, im Jahre 1890 auf 20 889 und im Jahre 1894 auf 23 188 gestiegen. Im Jahre 1894 wurden außer den 23 188 Pferden noch 883 Esel und 43 Maulesel geschlachtet, die 5 129 530 Kilogramm verarbeiteten Fleisches ergaben. Das Pferdefleisch wird zu allen möglichen Konsumprodukten und nicht zum mindesten zur Wurstfabrikation benutzt. Die sehr geschätzten Lyoner Würste werden fast ausschließlich aus Pferdefleisch hergestellt. Weniger bekannt dürfte dagegen sein, daß in Paris das Pferdefleisch zur Herstellung eines Speiseeis verwendet wird.

Risiko der Arbeit. In der Kohlengrube Dunganon in Irland ertranken infolge Durchbruches von Wasser sechs Bergleute, die mit der Bohrung eines neuen Schachtes beschäftigt waren.

Gewerkschaftliches.

Sammlige Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Zustände über Ausperrungen, müssen sich den Stempel der betreffenden Organisationen tragen.

Achtung, Vergolder Berlin! Die Kollegen, die noch im Besitze von Streiklisten sind, werden hiermit aufgefordert, diese, gleichviel ob leer oder gezeichnet, binnen 14 Tagen beim Kaffirer J. Steidel, Friedrichsbergerstr. 20 3 Zt., abzuliefern, widrigenfalls die Namen veröffentlicht werden. Die Lohnkommission.

Gewerkschafts-Pressen. In Bern erscheint neu die „Schweizerische Buchbinder-Post“, Fachblatt der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Buchbinderei und verwandten Berufen. Das Blatt soll alle 14 Tage erscheinen, wird provisorisch von Capra-Wirz in Bern redigirt und kostet halbjährlich 1.50 Franken. Die Expedition befindet sich Wegergasse 16 in Bern. (Wiederholt.)

Die katholische Geistlichkeit und die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter. Was die katholische Kirche bezweckt, wenn sie daran geht, die Arbeiter zu organisiren, ergibt sich aus der scheinbar widerspruchsvollen Taktik, welche von den Schwarzröcken in den südlichen, vorwiegend katholischen Provinzen der Niederlande befolgt wird. In Tilburg ist ein „Bund der A. A. Weber“ gegründet worden, dem gleich bei der Gründung an 400 Arbeiter beitraten. Obgleich diese Arbeiter ordnungsliebend und dazu, laut Erklärung der Priesterchaft, gut katholisch sind, konnte man einige Tage nach der Gründung des Vereins in den Blättern ein Inserat lesen, unterzeichnet von der Tilburg'schen Geistlichkeit. Es enthielt eine Mahnung an die Weber, sich von dem Bund fern zu halten und eine nicht mißzuverstehende Bitte an die Herren Fabrikanten, nach erfolgter erneuter Warnung, ihrerseits mit Thaten gegen den neuen Verein einzuschreiten.

Fast zu gleicher Zeit faßte die Geistlichkeit zu Maastricht den Beschluß, in den verschiedenen Gewerben Fachvereine zu gründen. Wie reimt sich das zusammen? Die Sache ist einfach. In Tilburg sind noch keine gute Arbeiterorganisationen vorhanden. Die Arbeiterchaft schließt daselbst bis jetzt den tiefsten Schlaf des Unschuldigen. Dieser ideale Zustand soll bestehen bleiben. Wenn die Arbeiter sich jedoch einmal organisiert haben, so ist die Ruhe auf ewig dahin. Also keine Organisation, nicht einmal unter geistlicher Vormundschaft. In

Maastricht jedoch giebt es kräftige Fachvereine, die bis jetzt auf politisch neutralem Standpunkt stehen. Da nimmt sich die Geistlichkeit der Organisation an, da wußt sie, getrennt ihrer Lösung: „Vertheile und herrsche“, den Jankepot in die Arbeitervereine hinein. Offenbariger kann der Zweck dieser katholischen Arbeiterfreundlichkeit nicht zu Tage treten.

Die Konferenz, die die Beilegung des Konflikts im britischen Schiffbauergewerbe versuchen soll, ist am Dienstag in Glasgow zusammengetreten. Sie besteht aus etwa 80 Delegirten der Unternehmer und Arbeiter vom Clyde und aus Belfast; den Vorsitz führt der frühere Minister Lord James. Ein entscheidender Beschluß wurde am Dienstag noch nicht gefaßt. Die Verhandlungen sollten am Mittwoch fortgesetzt werden.

Gewerkschafts-Beitrag.

Wegen Majestätsbeleidigung, die er auf offener Straße begangen, verurtheilte die Brauseweiser-Kammer gestern den dem Trunk ergebenen Schuhmachermeister Dege zu einem Jahr Gefängniß. Der Mann wurde außerdem noch wegen roher Mißhandlung seiner Frau mit sechs Monaten Gefängniß bestraft, desgleichen wegen Beleidigung eines Armenvorstehers und eines Schutzmanns mit je acht Wochen Gefängniß. Die ganze Strafe wurde auf ein Jahr sieben Monate Gefängniß zusammengezogen.

Ein Patronendieb. Im Artilleriedepot zu Allenstein in Westpreußen verschwanden schon seit längerer Zeit Patronenhülsen und kein Anhalt war zu finden, wo diese Hülsen wohl hingekommen waren. Die Aufsicht über das gesamte Arbeiterpersonal, bestehend aus Soldaten und Zivilarbeitern, wurde erheblich verschärft, wodurch es endlich gelang, den Dieb zu entdecken. Und wer war es? Kein anderer als der königlich preussische Depot-Bizefeldwebel Böttcher, welcher die Oberaufsicht über die Arbeiter führte. Sofort wurde er in Untersuchungshaft abgeführt und die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet. Im Laufe der Verhandlung ergab sich, daß er ganz beträchtliche Posten Patronenhülsen gestohlen und sie in Säcken verpackt durch einen ihm unterstellten Arbeiter an den Handelsmann Groß verkauft hatte. Den Erlös theilte der „militärische Hüter über Nacht und Ordnung“ mit dem von ihm verleiteten Arbeiter. Der diebische Depot-Bizefeldwebel Böttcher wurde wegen Diebstahls in mehreren Fällen vom Kriegsgericht zu neun Monaten Festungshaft und Degradation zum Gemeinen verurtheilt, während der Arbeiter wegen Hehlerei von der Strafkammer zu Allenstein drei Monate Gefängniß, der Handelsmann Groß hingegen ein Jahr Zuchthaus erhielt.

Reichs-Versicherungsamt. Ein Schlaganfall machte dem Leben des Malers Schultze ein Ende, als derselbe sich nach vollbrachten Tagewerke reinigen wollte, um sein Heim aufzusuchen. Die nordöstliche Baugewerkschaftsgenossenschaft lehnte die Rentenansprüche seiner Hinterbliebenen mit der Begründung ab, daß ein Unfall nicht vorliege, sondern daß ein innerer Vorgang den Tod Schultze's herbeigeführt habe; dieser sei nämlich, wie ein ärztliches Gutachten ergab, zu Schlaganfällen disponirt gewesen. Das Schiedsgericht verurtheilte jedoch die Beklagte, und zwar auf grund der Feststellung, daß der Verstorbenen nach angestrengter Arbeit noch einen mit Farbe gefüllten Eimer in das vierte Stockwerk des fraglichen Gebäudes getragen hatte. Diese Arbeit habe als eine besonders schwere den ungünstigsten Einfluß ausgeübt und den todbringenden Bluterguß ins Gehirn veranlaßt. Das Reichs-Versicherungsamt gab dem Resturfe der verurtheilten Berufsgenossenschaft statt. Es handelte sich zwar um einen Schlaganfall, der nach der Arbeit eintrat, jedoch nicht um einen Unfall im Sinne des Unfallversicherungs-Gesetzes. Das Streichen von Fußböden, welches Schultze am Unfalltage vorgenommen habe, und das Transportieren eines 40 Pfund schweren Farbengefäßes seien nicht so ungewöhnlich schwere Arbeiten, um die Annahme zu rechtfertigen, daß der Schlaganfall lediglich darin seine Ursache habe. Angenommen könne nur werden, daß die gehabte Anstrengung die Gelegenheitsveranlassung für den Tod eines Mannes abgab, der gelegentlich doch einem Schlaganfall erliegen wäre. Im übrigen sei als Unfall nur eine Einwirkung auf das körperliche Befinden anzusehen, die zeitlich bestimmt begrenzt sei. Die Folge gleichmäßig fortwährender anstrengender Arbeit könne nicht als Unfallfolge betrachtet werden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Zettin, 11. Dezember. (B. S.) In der Nähe der Station Groß-Christinnenberg wurde der Arbeiter Eggert durch 5 Schüsse getödtet. Der Thäter, der den Arbeiter beraubte, entkam.

Köln, 10. Dezember. (B. S.) Die „Königliche Hg.“ meldet aus Göttingen: Heute früh explodirte im hiesigen chemischen Laboratorium ein gläserner Gasometer. Professor Wallach, dem ein Glas splitter in den Gehörgang drang, und 10 Studenten sind schwer verletzt, die übrigen leicht, darunter eine Dame.

Wien, 11. Dezember. (B. S.) Heute Vormittag wurde in der Hofburg ein 23jähriger Schneidergehilfe verhaftet, in dessen Besitze eine bombenartige Kugel gefunden wurde, welche sich als eine ungefährliche, massive Holz-Regelkugel herausstellte. Der Verhaftete machte über seine Anwesenheit in der Hofburg verworrene Angaben. (Wahrscheinlich wie so mancher, der über eine nicht immer in höchster Form vor sich gehende Eskrimierung erlautet ist.)

Budapest, 11. Dezember. (B. S.) Die hiesige Polizei stellte auf Ersuchen der Pariser Polizei fest, daß der Koffer Artos's, welcher die vielgeachteten Schriftstücke enthalten soll, sich thatsächlich in Budapest befindet.

Kraun, 11. Dezember. (B. S.) Die Polizei nahm in mehreren hiesigen Wechselstuben Revisionen vor und verhaftete einzelne Inhaber bezw. Angestellte. Die Revisionen, die im Auftrag der Finanz-Bezirkskommission geschehen, hängen mit dem seit mehreren Monaten anhängigen Strafverfahren wegen Fälschung zusammen.

Venedig, 11. Dezember. (B. S.) Der große Handelsdampfer „Gottardo“, der seine gewöhnliche Fahrt nach Alexandria antreten wollte, wurde telegraphisch nach Neapel berufen, um die für Afrika bestimmten Verstärkungstruppen aufzunehmen.

London, 11. Dezember. (B. S.) Nach einer römischen Meldung des „Daily Chronicle“ wird die Niederlage der Italiener in Afrika so große Ausgaben verursachen, daß der Etat sein Gleichgewicht verlieren dürfte.

Washington, 10. Dezember. (B. S.) Im Repräsentantenhaus entstand heute eine Debatte über Reden, die der amerikanische Botschafter Bayard in England gehalten hat. Unter anderem soll Bayard gesagt haben, daß Schuttsystem sei Staatssozialismus. Der Republikaner Barrett brachte eine Resolution ein, in der erklärt wird, derartige Äußerungen seien Betrachtungen über die innere Politik, welche den nationalen Ruf der Vereinigten Staaten zu schädigen geeignet seien; ferner wird in der Resolution die Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten aufgefordert, die Angelegenheit zu prüfen, ein Votum gegen Bayard zu entwerfen und dasselbe dem Hause vorzulegen. Das Repräsentantenhaus lehnte einen Antrag Crisp, wonach die von Barrett beantragte Resolution, betreffend den Botschafter Bayard, dem Justizausschuß überwiesen werden soll, mit 200 gegen 80 Stimmen ab und nahm schließlich die Resolution Barrett an, jedoch unter Weglassung der Stelle, welche den Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten auffordert, ein Votum gegen Bayard vorzubereiten. Dem Ausschuss bleibt daher völlige Freiheit in der Behandlung der Angelegenheit.

Reichstag.

6. Sitzung vom 11. Dezember 1895, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky, Schönbledt, Hollmann.

Die erste Beratung des Reichshaushalts-Stats für 1896-97 wird fortgesetzt.

Schatzsekretär Graf Posadowsky: Ich will Herrn Richter nicht in der Weise persönlicher Angriffe antworten, die er beliebt hat. Er warf mir vor, daß 1895-96 ein Defizit von 83 Millionen veranschlagt war, während die Einzelstaaten noch 20 Millionen heraufgezählt bekommen würden; er meinte: Welche Summe ersparter Steuern! Herr Richter vergißt, daß es sich um eine Vermehrung der Einnahmen handelte, die die Regierung nicht voraussehen konnte; bei den Betriebs-einnahmen z. B. muß sich die Regierung verlassen auf die Erhaltung der Sachverhältnisse. Ferner hat die Spannung sich vermindert infolge des Börsensteuer-Gesetzes. Ich kann nur annehmen, daß Herr Richter die Erinnerung an die Vergangenheit verloren gegangen ist und daß er dasselbe von den Mitgl. dem des Hauses voranstellt. Herr Richter sollte doch berücksichtigen, daß die Schwankungen vorkommen bei den Ueberweisungen, einem durchlaufenden Posten, auf welchen die Reichs-Finanzverwaltung keinen Einfluß hat. Es ist überhaupt merkwürdig, daß die Reichsfinanzverwaltung angegriffen wird, weil die Einnahmen sich günstiger gestellt haben, wegen der vorsichtigen Veranschlagung. Herr Richter will keine Schablone bei der Veranschlagung verwendet wissen. Eine gewisse Schablone muß aber maßgebend sein. Herr Richter will die Einnahmen einstellen, welche voraussichtlich eingeht können, die Reichsfinanzverwaltung aber nur die Einnahmen, die sicher eingeht werden. Herr Richter will bei der gesammelten Staatsausstellung von bewährten Grundsätzen abgehen und übergehen zu parteipolitischen Gesichtspunkten, er will aus parteipolitischen Gründen auch auf dem Gebiete der Finanzen die Politik der freien Hand führen; daher auch sein Widerstand gegen den „Automaten“. Herr Enneccerus hat gestern treffend ausgeführt, daß eine solide Finanzverwaltung nicht bestehen kann ohne eine feste Norm für die Veranschlagung (Sehe richtig! rechts). Er will die Matrularbeiträge einschränken, Herr Richter will die Einnahmen möglichst hoch veranschlagen. Wenn die Ausgaben durch Schulden gedeckt werden, dann könnte der Schatzsekretär eine Zeit lang ein sorgenloses Leben führen; dann würden die Ansprüche der Ressorts leicht gedeckt werden. Aber einer solchen Wirtschaft würden die Defizits auf dem Fuße folgen und es würden neue Steuern erforderlich sein. Je höher die Einnahmen sind, desto größer werden auch die Ausgaben; das kann kein Finanzminister verhindern. Wir müssen unter Umständen neue Steuern fordern, um neue Ausgaben zu decken, aber nicht der Steuern selbst wegen. Herr Richter meinte, die Spannung im vorigen Etat ist auf die Tabaksteuer zugeschnitten worden. Wenn ich in der Lage wäre, sekretes amtliches Material herauszugeben, würde ich Herrn Richter widerlegen können; am Bundesratshausliche siben klaffische Zeugen dafür, daß die Forderungen der einzelnen Ressorts für den laufenden Etat noch erheblich höher waren, und erst nach langen Erörterungen ist es gelungen, die Spannung so weit herunterzubringen. Allerdings ist es richtig, daß die einmaligen Ausgaben diesmal so hoch sind, wie selten. Aber beabsichtigt ist es nicht, es liegt in den Verhältnissen, und im Grunde genommen ist das Extraordinarium diesmal eine Wendung zum Bessern. Der Entwurf der Zuckersteuer ist auf illegitime Weise in die Öffentlichkeit gekommen, wie es gestern Herr v. Bötticher geschändert hat. Wenn der Entwurf in den östlichen Provinzen Widerspruch findet, so werden die verbündeten Regierungen bereit sein, über die Formen der Kontingentierung und des Steuerzuschlages Erwägungen anzustellen, um diese Bedenken zu beseitigen.

Aus den Reden der Herren Brixen und Enneccerus habe ich entnommen, daß sie bereit sind, ernsthaft an eine Schuldentilgung heranzutreten, und ich hoffe, daß trotz des Widerstands des Herrn Richter ein solches Gesetz im Hause Annahme finden wird. (Beifall rechts.)

Herr Bebel (Soz.): Der Abg. v. Kardorff hat vorgestern den Wunsch ausgesprochen, es möge künftig dafür gesorgt werden, daß die Mitglieder des Hauses vielleicht noch vor Zusammentritt des Reichstages in die Lage kämen, den Etat lernen zu lernen, damit der Reichstag nicht einige Tage versäume, und der Abg. Richter hat diesem Wunsche ein gewisses Entgegenkommen gezeigt durch den Vorschlag, der Reichstag möge die Kommissionsberathungen möglichst beschränken. Solche Gedanken ausgesprochen zu hören wundert mich gegenüber der Thatsache, daß der Reichstag gegen seine früheren Gewohnheiten soviel später einberufen worden ist. Ich wünsche und verlange dringend, daß der Reichstag künftig nicht bloß im letzten Drittel des November, wie bisher üblich, sondern wo möglich Anfangs November einberufen würde, damit er nicht gestört würde durch die Verhandlungen der Einzellandtage. Man hat dem Fürsten Bismarck das Wort nachgesagt, man müßte den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus ruinieren. Ich traue dem gegenwärtigen Reichskanzler keine solche Bosartigkeit zu, aber es ist der Schein erweckt worden, daß die späte Einberufung des Reichstages in diesem Jahre, für die es an jedem Anlaß fehlte, nur geschah, um gewisse unliebsame Debatten möglichst abzukürzen und insbesondere zu verhindern, daß die zahlreichen Initiativtrüge aus dem Hause diejenige Berücksichtigung und Erörterung finden möchten, die wir von unserer Standpunkte wünschen.

Gestern hat es mich, daß gewisse provokatorische Aeußerungen des Abg. v. Kardorff den Reichskanzler genötigt haben, gestern hier das Wort zu ergreifen. Wer die Thronrede liest und den Vorgängen im Deutschen Reich in den letzten Monaten nicht gefolgt ist, muß glauben, daß im Deutschen Reich alles in der schönsten Ordnung sei, daß von wesentlichen Meinungsverschiedenheiten, von Klassenkämpfen in Deutschland nichts vorhanden sei. Nach den Worten der Thronrede über die Siege der Deutschen und die Begründung des Deutschen Reiches vor 25 Jahren könnte man auf den Gedanken kommen, es seien keinerlei Meinungsverschiedenheiten vorhanden. In Wahrheit liegt die Sache ganz anders. Sie alle kennen das Wort, was vor einigen Monaten der größten Partei Deutschlands entgegen geschleudert worden ist, sie sei eine Rote von Menschen, die nicht werth sei, den Namen Deutsche zu tragen. Sie kennen das Wort von der hochverrätherischen Schaar. Sie kennen die Worte, die in Breslau gesprochen wurden an demselben Tage, an dem hier die so friedliche Thronrede verlesen wurde. Nachdem alle diese Dinge sich abgespielt haben, begreife ich, daß ein gewisser Jemand darauf verzichtet hat, diese Thronrede im Reichstage vorzutragen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat gestern nicht in dem Ton jener Reden, die das Inland und Ausland beunruhigt haben, zu uns gesprochen. Ich erkenne an, er hat einen Ton angeschlagen, der eine gewisse Rücksichtnahme kumbgab. Aber er hat doch genug gesagt, um mir Veranlassung zu geben,

einmal gründlich und ausführlich die Berechtigung der Anklagen zu untersuchen, die seit geraumer Zeit gegen meine Partei innerhalb und außerhalb des Hauses geschleudert worden sind. Kein Mensch hat daran gezweifelt, daß das Programm, welches der Reichskanzler im vorigen Jahre hier entwickelt hat, heute noch das alte sei. Auch die neuesten Veränderungen im preussischen Ministerium haben diese Anschauung nicht erschüttert. Ob Herr v. Köller kam, ob er ging, das war in der Sache vollständig gleich, er ist gegangen, Herr von der Niede ist gekommen. Derselbe haben wird weiter gesponnen, das ist selbstverständlich. Der Reichskanzler hat zu meiner Verwunderung gesagt, es gelte, gegen uns die bestehenden Gesetze zur Anwendung zu bringen. Wir sind uns nicht bewußt, daß die Staatsanwälte in Preußen oder anderen Staaten auch nur einen Augenblick sich besonnen haben, gegen uns mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen, im Gegenteil, wir haben uns zu beklagen, daß sie gegen uns in einer Weise vorgegangen sind, die sehr häufig mit den bestehenden Gesetzen nicht im Einklang stand, daß sie uns anklagten und verfolgten wegen Thaten, welche andere Parteien ungestrast begangen haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat gestern gesagt, unsere Partei sei es gewesen, welche die nationale Bewegung mit Hohn und Spott überschüttete, getreu dem Grundsatz ihrer Führer, das Vaterland in unserem Sinne ein kulturwidriger, reaktionärer Begriff sei. Ich war ruhig bei dieser Aeußerung und fragte mich, wer diese Aeußerung gethan habe und wo sie gethan sei. Ich habe meine Freunde gefragt, ob sie sich entsinnen, wer diese Aeußerung schriftlich oder mündlich gemacht habe. Ich erhielt die Antwort, von uns hat sie keiner gemacht. Aber die Aeußerung ist gethan worden und zwar mit dem Zusatz, daß Ehe und Familie kulturfeindlich seien. Sie ist gemacht worden von einem unserer heftigsten Gegner, dem bekannten Russen Sakunin. Es ist wunderbar, wie groß die Unkenntnis dieser Verhältnisse bis in die höchsten Etagen der Reichsverwaltung ist. Diese Aeußerung des Reichskanzlers ist ebensowenig von uns, wie die Luther's: Eigenthum ist Diebstahl, und die jenes Franzosen: ni Dieu, ni maître. Der Reichskanzler hat die Auffassung, daß der Staat, den wir anstreben, nicht ein Rechtsstaat, sondern ein Kaufstaat sei. Ich möchte hier konstatieren, daß von sehr hoher Stelle . . .

Präsident von Uuol: Herr Abg. Bebel, Sie gebrauchen schon zum zweiten Male eine Wendung, mit welcher niemand anders als Sr. Majestät gemeint sein kann. Ich fordere Sie dringend auf, dem alten Brauch zu folgen und jede Hinzunehmung der Person Sr. Majestät zu unterlassen. (Auf des Abg. Singer: Wir wollen uns nicht beschimpfen lassen.)

Herr Bebel: Ich habe geglaubt, daß an dieser Stelle des Reichstages für die Erörterung solcher Vorkommnisse mindestens dasselbe Maß von Heberfreiheit gewährt würde, welches ich als Redner in der Volksversammlung und als Redakteur nehme, um mich zu verteidigen gegen eine Aeußerung, die nicht nur eine schwere Beleidigung, sondern eine Beschimpfung ist.

Präsident von Uuol: Herr Bebel, ich muß mir jede Kritik meiner Hütze verbitten. Ich bitte nochmals, jede Hinzunehmung der Person Sr. Majestät zu vermeiden.

Herr Bebel: Ich werde hierauf zurückkommen, wenn der von uns gestellte Antrag wegen Beseitigung des Vergehens der Majestätsbeleidigung zur Verhandlung kommt. Ob uns das dann auch verboten werden kann, was ich heute vorbringen wollte, darauf bin ich allerdings neugierig.

Die Sozialdemokratie hat in ihren Vorkämpfern für die Freiheit und Einheit Deutschlands schon zu einer Zeit gekämpft, wo die Hohenzollern und die preussischen Junker ihre entschiedensten Gegner waren. (Sehr wahr! links.) Daß dieses Streben nach der Einheit und Freiheit Deutschlands von den deutschen Fürsten nicht anging, kann niemand bestreiten; daß das deutsche Volk jene Bestrebungen verfolgte, wird jedermann mir zugeben müssen. Das deutsche Parlament von 48 war die Frucht dieser Bestrebungen; es hat versucht von unten heraus die Einheit Deutschlands zu schaffen; und wer hat damals die deutsche Einheit zurückgewiesen? Friedrich Wilhelm IV. Unsere Parteigenossen, unter ihnen unser vornehmster Führer Engels, Vieblnecht haben im badiischen Aufstand gekämpft; sie waren es, die für die deutsche Sache eintraten, (Widerstand rechts) und sie sind dafür ins Exil gewandert. Wo war damals Ihre (nach rechts gewandt) Partei?! Damals konnte Herr v. Gerlach sagen: Der Tod des Kaisers Nikolaus von Rußland hat in ganz Deutschland den Eindruck gemacht, als ob ein Vater gestorben sei. Ich erinnere an die Gründung des Nationalvereins. Seine Führer, die Herren v. Bennigsen, Miquel, v. Marquardsen, die waren bei den Junkern Hoch- und Vaterlandsverräter. (Bewegung.) Damals hatte der Nationalverein dasselbe Schicksal, wie jetzt die Organisation der sozialdemokratischen Partei. (Sehr richtig! links.) Bennigsen und seine Freunde waren damals gezwungen, den sich jenes Vereines nach Koburg zu verlegen, weil jedes Zusammenschließen seiner Mitglieder auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes zur Unmöglichkeit gemacht wurde. Daß dann 1866 die Herren von Bismarck zu den intimsten Freunden des Herrn v. Bismarck wurden — das war eine Wandlung, die wir nicht mitgemacht haben. Herr Miquel hat vor zwei Jahren, als er, der einjährige Kommunist, Atheist, der Organisator von Bauernaufständen, an seine Wandlungen erinnert wurde, behauptet, daß ich Mitglied des Nationalvereines gewesen sei. Ich bin es nicht gewesen, aber ich scheue mich nicht zu erklären, daß ich als junger Mann, soweit meine Kräfte und mein Einfluß auf die Arbeiter, der damals schon nicht ganz gering war, reichten, die Politik des Nationalvereines auf das allerentschiedenste vertheidigte; als ich aber sah, daß die ausgefallene Fahne preisgegeben wurde, da habe ich entschieden mit meinen Freunden Front gemacht. Wir haben bereits damals 1866 gegen das Bismarck'sche Regime protestirt, wir haben niemals vergesseu, daß ein unnötiger Bruderkrieg die Grundlage der neuen Einheit Deutschlands war. Wir haben sofort gesehen, daß die notwendige Folge des Kampfes von 1866 der Kampf von 1870 war. Wer will bestreiten, daß 1866 zwischen der preussischen Regierung des Fürsten Bismarck und Napoleon III. Abmachungen geschlossen wurden, wie sie mit der deutschen Nationallehre und dem Begriff von Deutschthum, wie er heute gilt, absolut nicht verträglich ist? (Unruhe rechts.) Herr v. Nothow sagte damals in der Wochenschrift des Nationalvereines bei Besprechung der Schleswig-Holsteinischen Frage: Ein deutsches Interesse giebt es für Bismarck nicht, er spottet mit höhnlichem Lächeln über den Zauber, der im Worte „Deutsch“ liegt.

Daß Bismarck sich den Moment zum Kriege von 1870 gegeben hat, wie es ihm recht war, ist heute unbestritten. Die spanische Thronkandidatur eines Hohenzollern war ein sein eingefädelter Plan, um Napoleon zum Kriege zu bringen, wie aus der Kaiser Depesche erhellt, wo aus der Chamade eine Farsare gemacht wurde. Wie können Sie von uns verlangen, daß wir eine Politik billigen, die ihrer ganzen Natur nach auf die Befestigung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie gerichtet war. Daß wir, die wir eine ganz andere Auffassung von der Organi-

sation der Verwaltung, den Rechten und der Freiheit des Volkes haben, als Fürst Bismarck, dessen Politik widerstreben mußten aus unserer demokratischen Anschauung, ist selbstverständlich. Thun Sie doch heute nicht so, als ob die Gesinnung, welche jetzt in allen bürgerlichen Parteien wie eine einzige Flamme aufleuchtet, weil von uns ein Wort gegen die Erinnerungen an 1870 gesprochen wurde, schon damals bestanden hätte! Als Napoleon III. den Krieg erklärt hatte, zu dem er notorisch gezwungen wurde, bedurfte es in der bayerischen Kammer, wo das Zentrum die Majorität hatte, erst des allergrößten Einflusses der bayerischen Regierung, um überhaupt eine Majorität für die Mobilmachung der Armee herbeizuführen. Selbst nach den deutschen Siegen im August und September bestand innerhalb der süddeutschen Staaten eine lebhaft antagonisirende Partei. Lesen Sie doch im Tagebuch Kaiser Friedrichs III., wie Bayern und Württemberg geizig haben, als dem preussischen Könige die Kaiserkrone angeboten werden sollte. Noch am 17. Januar 1871 schrieb Kaiser Friedrich als Wort seines Vaters auf: „Mein Sohn ist ganz und gar bei dem neuen Stand der Dinge, während ich mir nicht ein Haar breit daraus mache und nur zu Preußen halte.“ (Hört, hört! links.)

Wie sollten wir, die wir nicht monarchisch sind und nicht die preussische Einheit Deutschlands, sondern die demokratische Einheit desselben wollten, für diese Politik eintreten! Das ist eine innere Unmöglichkeit. Und vom 18. Januar 1871 heißt es im Tagebuch des Kaisers Friedrich: „wie schwer dem König dieser Tag geworden ist.“ Und dieser Tag der Gründung des Reiches ist jetzt ein einmal der allergrößte und herrlichste Jubel- und Ehren-Feiertag der deutschen Nation, und jeder Andersdenkende wird als Hochverräther und Landesverräther angeklagt. Aber auch noch andere Gründe veranlassen uns zu unserer damaligen Haltung. In der Thronrede zur Eröffnung des Norddeutschen Reichstages kommt eine mir sehr sympathische Stelle vor, worin es heißt, daß deutsche und französische Volk seien zu einem heilsameren Kampfe berufen als zu dem blutigen Waffenkampfe; das Selbstgefühl unseres großen Nachbarvolkes sei durch Mißleistung zur Leidenschaft aufgereizt, ein Krieg mit demselben müsse mit Nothwendigkeit eine dauernde Feindschaft zwischen den ersten Kulturvölkern des Kontinents zur Folge haben. Darum haben wir uns gegen den Krieg erklärt, und während es nach Sedan einen Augenblick schien, als ob das Programm inne gehalten werden sollte, das angegeben war in der Thronrede und in der Proklamation des Prinzen Friedrich Karl, als die Armeen in Frankreich einrückte, worin es hieß: Wir sind nicht gekommen als Feinde, sondern als Freunde des französischen Volkes, aber als Feinde der französischen Regierung, wurde doch nachher Elsaß-Lothringen annektirt, und wir erklärten uns dagegen in der ersten Heberzeugung, die sich bis heute bewahrt hat, daß niemals, solange Deutschland eine Geschichte hat, ein so großer Fehler von deutschen Staatsmännern gemacht ist wie diese Annexion. (Wächter rechts.)

Wir haben das Recht, unsere Meinung zu sagen, und umso mehr in diesem Falle, als sich in den letzten 24 Jahren alles das bewahrt hat, was wir damals vorausgesehen, daß nämlich diese Annexion eine dauernde und unverföhnliche Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland zur Folge haben würde und daß von jenem Augenblick an ganz Europa ein großes Kriegslager werden würde, daß alle Staaten Europa's genötigt seien, ihre Heere mehr und mehr zu vergrößern. Da hat man uns verlastet, da hat Lafer das Wort von einer Vierbank-Politik ausgesprochen. Die Annexion hat aber diese politische und militärische Entwickelung zur Folge gehabt, die Deutschland äußerlich zum mächtigsten Staat, aber Rußland zum Schiedsrichter in Europa gemacht hat. Bei der fünfundsingzigsten Wiederkehr der Schlacht-lage sagten wir: Sieht nicht nach Del ins Feuer, seid froh, wenn die feindliche Stimmung, die wenigstens einigermaßen äußerlich ausgeglichen zu sein scheint, nicht aufs neue in hellen Flammen auslodert! Hat doch sogar ein bürgerliches Blatt, wie die „Vossische Zeitung“ in einer Korrespondenz aus Paris gesagt: Es gehörte kein besonderer Scharfsinn dazu, um vorherzusehen, daß das Jubeljahr des siebziger Krieges nicht ganz ohne Reibungen zwischen Frankreich und Deutschland abgehen wird. Es muß deshalb alles vermieden werden, was die Sache auf die Spitze treiben könnte. Ist es ein Verbrechen, daß wir statt des Aufreißens der Wunde zum Frieden und zur Freundschaft mahnen, daß wir eine internationale Verbrüderung anstreben? (Ein konservativer Abgeordneter nicht zustimmend.) Der Herr da von den Konservativen, der da nicht, ist jedenfalls ein guter Christ. Das Christenthum lehrt: Liebet alle Menschen wie eure Brüder. (Wächter rechts.) Sie müssen aber den Nationalhaß schüren, den Gegensatz zwischen den einzelnen Nationen möglichst scharf erhalten, weil daraus Ihre ganze äußere und innere Politik beruht, wie Sie sie eben gebrauchen. War denn die Regierungszeit des Kaisers Wilhelm I. so, daß wir Sozialdemokraten mit Genußnahme und Dankbarkeit daran zurückdenken können? Sie sagen uns: was Ihr wollt, ist alles ganz schön, dann müßt Ihr aber die Menschen ändern. Wir haben stets gesagt, die Menschen werden sich nicht ändern, aber Sie verlangen jetzt auf einmal von uns Sozialdemokraten, daß wir Engel sein sollen. (Große Heiterkeit rechts, Aufe: Nein! Nein!) Ja, eine Art Engelhaftigkeit gehört doch dazu, wenn man uns zumuthet, die Regierungszeit eines Monarchen zu feiern und zu ehren, dem wir zwölf Jahre Sozialistengesetz verdanken (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), unter dem wir als Partei geachtet, eine ganze Reihe von uns von Hand und Fuß, Weib und Kind gerissen, ins Exil getrieben, gebeht wurden wie Mäuler und Hunde, unter dem uns der Gendarm zur Bahn brachte, der Telegraph überallhin spielte: hier kommt der und der und der Gendarm uns wieder am Bahnhofe empfing. Wuthen Sie uns zu, daß wir vergessen? Dann muthen Sie uns zu, Engel zu sein? (Heiterkeit.) Das sind wir nicht, das wollen wir nicht sein! (Heiterkeit.) Wenn von unserer Seite einmal ein Wort zuviel gesagt ist, dann sind von anderer Seite mindestens hundert Worte zuviel gegen uns gesagt. Lesen Sie nur unsere Reden und unsere Presse vor 25 Jahren. Was heute unsere Presse schreibt und unsere Redner sagen, ist ein leises Säuseln gegen den Sturmwind von damals. Damals standen wir noch unter dem frischen Eindruck der Ereignisse, seitdem sind wir ruhiger geworden, aber nicht so ruhig, um uns als Hund behandeln zu lassen. (Unruhe.) Ich appellire heute an Ihre Objektivität (Bewegung), nicht einmal an den Gerechtigkeits Sinn! Wenn man die Konservativen oder Freikon-servativen oder das Zentrum oder die liberalen Parteien bezeichnet hätte als eine Horde von Menschen, die nicht verdienten, den Namen Deutsche zu tragen, hätten Sie das ruhig eingesehen? Sie auf der Rechten rühmen sich eines besonders feinen Ehrgefühls und verteidigen sich mit dem Regen oder der Pistole. Solche Kampfweise ist aber gegen die guten Sitten, unsere Anschauungsweise ist eine andere, wir sagen: wie es in den Wald hineinfallt, halt es wieder heraus, und wenn man uns angreift, auf einen Schelmen anderthalbe! Wir haben in der denkbar gemäßigten Form uns dagegen zu wehren gesucht, und was war die Antwort? Eine ganze Fluth sogenannter Majestäts-beleidigungsanklagen unter l u n t l i c h e r I n t e r p r e t a t i o n der Gesetze, die ein ganz neues Gesetz schafft. Aber das können wir als ehrliche Männer, als die wir uns fühlen, uns nicht gefallen lassen. Sie müßten uns verachten, wenn das der Fall wäre. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es wäre

geradezu unwürdig, wenn wir als Männer von Ueberzeugung, die ehrlich seit Jahrzehnten dafür kämpfen, wenn man uns beschimpft, die Beschimpfung ruhig einstecken. Auch der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Was hat denn diese Art, gegen uns zu kämpfen, gewirkt? Was soll denn der ruhige Bürger, von dem der Reichstagsler sprach, denken, wenn bei jeder Gelegenheit ihm ins Gedächtnis gerufen wird, daß eine große Partei vorhanden ist, die alles umfassen will, gegen welche nur Dynamit das letzte Mittel ist? Muß der ruhige Bürger nicht glauben, daß es schon so weit gekommen ist, daß unsere ganze Staatsgewalt, unsere Gerichte, Polizei, Landesverwaltung nicht mehr ausreichen, um mit der Sozialdemokratie fertig zu werden, und daß morgen Revolution sein kann? Im Ausland kann man frei von der Leber sprechen. Lesen Sie, die Sie am meisten an der Existenz des Reiches interessiert sind, was man im Ausland über Deutschland denkt. Der Kredit Deutschlands, das Ansehen Deutschlands im Ausland ist seit den 25 Jahren des Bestandes des Reiches nicht so niedrig gewesen wie heute. (Widerpruch rechts. Sehr wahr! links.) Die ausländische Presse verhöhnt Deutschland, macht es lächerlich; sehen Sie sich einmal die Witzblätter im Ausland an, in denen die Meinung am besten zum Ausdruck kommt. Da müßte Ihnen die Schamröthe ins Gesicht steigen. Wie kann Deutschland, die erste Militärmacht, noch Achtung verlangen im Ausland, wenn aus autoritativstem Munde verächtelt wird, daß die Revolution jeden Augenblick droht, daß die Armeen notwendig sei zur Niederschlagung derselben? Was nützt es da, wenn noch so viele schöne Bilder verschickt werden?

Wir sind niemals Feinde der freiheitlichen und einheitslichen Gestaltung Deutschlands gewesen, sonst würden wir unsere eigenen Interessen als Vertreter der Arbeiterklasse in Frage stellen. Wir haben das größte Interesse, daß nichts geschieht, was die natürliche Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft irgendwie hemmen kann, daß diese vielmehr zu ihrem natürlichen Ausleben kommt, daß sie den höchsten Grad der Entwicklung und Vollkommenheit erreicht, den sie überhaupt erreichen kann. Um diese Entwicklung ihrem Gipfelpunkt entgegenzuführen war es eine Vorbedingung, daß anstelle der deutschen Kleinstaaterei der deutsche Nationalstaat, vielleicht am besten der deutsche Einheitsstaat entstand. Das bedauerlichste in der deutschen Entwicklung war die Reformation, die das Kleinstaatentum auf Jahrhunderte in Deutschland begründete und den Gegensatz zwischen Protestanten und Katholiken in Deutschland geboren und ansechtlich hat. Dieser Gegensatz hat zu den traurigen Ereignissen geführt, die wir in den letzten drei Jahrhunderten erlebt haben und die Deutschlands politische, ökonomische und soziale Entwicklung weit hinter diejenige anderer Länder zurückgestellt haben. Wir sind nicht die Feinde der Kultur, im Gegenteil, ihre Freunde, und so sehr wir die ganze politische Entwicklung Deutschlands als eine durchaus antideмократische, freiheitsfeindliche bekämpfen, so halten wir andererseits die ökonomische Entwicklung, die Proklamierung der Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit u. s. w. für eine Nothwendigkeit für die gesamte Entwicklung, weil ohne diese Entwicklung auch die Sozialdemokratie nicht bestehen würde. Wir sind die Kinder der modernen Entwicklung und wir sollten den Boden, auf dem wir selber stehen, die Wurzeln unserer Kraft zerstören und austreiben? Wir können uns Deutschland ohne seine Regierung, ohne das Kaiserthum, ohne die herrschenden Klassen denken, Deutschland steht ohne sie alle. (Lachen rechts und große Lärme.) Sie (nach rechts) werden eines Tages noch froh sein, wenn der Feind von rechts oder links kommt, daß die Sozialdemokratie Ihnen zur Seite steht, nicht Ihnen, sondern uns zu Liebe. Diese moderne kapitalistische Entwicklung ist an sich ein Fortschritt, wie die früheren, sie ist die Vorbedingung für die Entwicklung und den endlichen Sieg der Sozialdemokratie. Stämpfen wir unsere Anhänger aus dem Boden? Nein, wir kämpfen mit Engelszungen reden für unsere Ideale und würden nicht den geringsten Anhang finden, wenn wir nicht auf die tatsächlichen Zustände in der Gesellschaft hinzuweisen vermöchten. Je mehr die bürgerliche Gesellschaft sich entwickelt, umso mehr schreitet der Sozialismus vorwärts. Das einmal an die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft eine sozialistische treten wird, ist unsere Ueberzeugung, und dafür kämpfen und arbeiten wir. Während aber die Vorkämpfer des Bürgerthums das Hauptgewicht auf einzelne Persönlichkeiten, auf Autoritäten legen, halten wir den einzelnen nur für ein Sandkorn im Ganzen. Fürst Bismarck galt für unentbehrlich. Na, er ist gegangen; der zweite und dritte ist gekommen und so wird es mit dem vierten und fünften auch gehen. Die Menschen sind sterblich, Institutionen sind sterblich, die Völker leben weiter. Die Gesellschaft vor 100 Jahren war eine total andere wie die heutige und wie die vor 500, 1000 Jahren. Wer objektiv denkt, der kann nicht sagen, wir wollten die gewaltsame Revolution, den Aufstand. Was wir erstrebten, ist eine notwendige Folge der Entwicklung, und es kann nicht eher eintreten, als bis diese Entwicklung ihren Reifegrad erlangt hat. Wir wären Karren, wenn wir gewaltsam einen Entwicklungsprozess unterbrächen, wovon wir selbst den Schaden hätten. Sie feiern jetzt die 25jährige Jubelfeier der großen Schlachten und der Gründung des deutschen Reiches. Na, mein Freund Biedscheid und ich feiern diesen Monat das 25jährige Jubiläum unserer Verhaftung wegen Versuch und Vorbereitung zum Hochverrath gegen das Deutsche Reich. Am 17. Dezember 1870 hielt es die Staatsanwaltschaft auf Verreiben von Versailles aus für notwendig, uns beide verhaften zu lassen. Noch 3 monatlicher Untersuchungshaft wurden wir entlassen; für den Versuch des Hochverraths fand sich kein Anlagematerial. Der Untersuchungsrichter war außerordentlich streng und gewissenhaft. Als ich meiner Frau aus dem Gefängnis schrieb, ich wüßte auf zwei Jahre Festung rechnen, meinte er, er könne gar nicht begreifen, daß ich eine solche Anschauung habe, das Material reiche für die Verurtheilung nicht aus. So der Sachrichter. Vom Schwurgericht zu Leipzig wurden wir nachher wegen Vorbereitung zum Hochverrath zu zwei Jahren Festung verurtheilt. Der Sachrichter hatte uns freigesprochen, der Klassenrichter verurtheilt. Der Klassenrichter hat neuerdings auch in D o r t m u n d und Essen verurtheilt.

Was die Großkapitalisten gefährdet haben, sollen wir büßen. Die Bewegungen fallen nicht vom Himmel, sie müssen in der Natur der Dinge ihren Boden haben. In einer Zeit, wo die Millionen förmlich geschichtet werden, muß die Proletarisierung fortschreiten. Auf diesem Boden wächst und gedeiht die Sozialdemokratie. Verbanne man uns den Mund, wie es schon einmal mit dem Sozialistengesetz geschehen ist, es hilft nichts. Die Fabriken liefern uns die beste Munition für die Propaganda. Das gleiche Gefühl der Rechtslosigkeit wirkt unendlich mehr als die schönsten Reden und Schriften. Jetzt macht man uns immer wieder die Vorwürfe, daß wir Umsturz und Hochverrath beabsichtigen. Die Stumm, die Wirbach, die Mantouffel, die Junker, die Nationalliberalen, das sind die Umstürzer, welche die sozialistische Bewegung fördern. Die Handwerker, die Bauernbunde und die Antifemiten-Bewegung sind die Folge der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Daß die Handwerker und Bauern proletarisirt sind, das leckt den Boden für uns. Wollen Sie das ändern, dann machen Sie ein Ausnahmengesetz gegen die Kapitalisten, gegen die Krupp, Stumm und Deul. (Heiterkeit.) Aber das dürfen Sie nicht. Denn wer regiert? Ach, man glaubt zu regieren und wird regiert. Herr v. Stumm regiert, er geht nach Berlin, um scharf zu machen. (Heiterkeit.) Aber allmächtig ist auch Herr v. Stumm nicht, obwohl es manchmal so scheint. Das sind die Männer, welche auf Jagdpartien und Abendgesellschaften die Gesehe vorbereiten, alles durchsprechen und scharf machen helfen. (Heiterkeit.) Daß so regiert wird, das weiß jeder, dazu bedarf es garnicht des Stöderbrieses von dem Scheiterhaufen anzuhören. Solche Briefe öffnen nur dem Winden die Augen darüber, daß die Kamatilla an der Arbeit

ist, daß mit aller Macht gehetzt, gelogen, verleumdet wird, daß man alles aufbietet, um die unwahren Nachrichten über die Sozialdemokratie als mehr erscheinen zu lassen, um von ihr ein Bild zu geben, welches paßt wie die Faust aufs Auge. Der natürliche und notwendige Prozess der Gesellschaft macht in ausgeglichener Weise für uns Propaganda und hat bewirkt, daß unsere Partei heute die weitläufigste in Deutschland ist. Ich konstatire noch einmal vor ganz Europa und der ganzen kultivierten Welt: auch nicht ein einziger von uns bildet sich ein, daß seine Thätigkeit, seine Fähigkeit, seine Opferwilligkeit das erzeugt habe. Was wir erreicht haben, ist aus dem Wesen der Dinge heraus, von selbst gewachsen. Und wo alles so für uns arbeitet, da sollten wir Gewalt brauchen, und die schärfste Entwicklung zerstören, uns selbst um alle Hoffnung betrügen? Nein, das thun wir nicht. Mein Freund Engels hat in seiner Vorrede zu Marx's Klassenkampf in Frankreich sehr ausführlich die Frage erörtert, ob überhaupt die Sozialdemokratie glauben könne, mit Gewalt zu siegen. Er setzt auseinander, daß früher die Vorkämpfer an sich nicht die Bedeutung gehabt hätten, die man ihnen zuspricht, wenn nicht dazu eine Reihe anderer, zufälliger Ereignisse gekommen wären. Mit Vorkämpfern erreicht man im modernen Kulturstaat gegenüber den ungeheuren Fortschritten der militärischen Entwicklung nichts. Es wäre die größte Thorheit, wollte irgend eine Partei mit Gewalt die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zerstören. Engels sagt dann, die Ironie des Schicksals stellt alles auf den Kopf; wir, die Revolutionäre, die Umstürzer, wir gedeihen weit besser bei geschlichen Mitteln als bei ungeschlichen. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zu grunde an dem von ihnen selbst geschaffenen geschlichen Zustände. Die Geschlichkeit ist ihr Tod, während die Sozialdemokratie bei dieser Geschlichkeit rothe Waden bekommt und aussieht wie das ewige Leben. Wenn der Kriegsminister sagte, die Feuerspritzen reichen gegen uns, wozu denn das Reden und Drohen? Alles arbeitet darauf hin, einen Staatsstreich zu machen, die Gewalt von oben anzuwenden, weil wir die Revolution nicht machen wollen. Nun, machen Sie eine sozialdemokratische italienische Vesper, rufen Sie die asiatischen Herden gegen die Sozialdemokratie zu Hilfe! Was sagte das Organ des Herrn von Kardorff während des sozialdemokratischen Parteitagess in Breslau? „So seien die Lehren der Sozialdemokraten, die es verlernt haben zu kämpfen, weil ihnen wohlbesetzte Tafeln lieber seien, als ihr träges Blut für die Masse zu versprechen.“ So werden wir verhöhnt, so lacht man gegen uns aufzureizen als gegen Leute, die ein saules Leben führen, die ihre Ideale preisgegeben haben. In den Offizierkasinos spricht man nur vor dem inneren Feind und wie man die Sozialdemokraten zu bekämpfen habe. Vom auswärtigen Feinde ist kaum noch die Rede. Ueber Franzosen und Russen beunruhigt man sich nicht, die Sozialdemokraten sind der Feind. Wenn man die einmal vor der Klinge hat, dann will man bis an die Knie im Blute waten. Es ist mein alter Grundsatz, niemals meinen Feinde eine Freude zu bereiten. Wir würden unsern Feinden keine größere Freude bereiten, als wenn wir den Weg des gewaltsamen Umsturzes beschränken würden. Die Rechtsprechung der Gerichte ist eine geradezu tendenziöse geworden. Die politischen Gegner werden verurtheilt, die herrschenden Klassen aber bleiben straflos. Justitia fundamentum regnorum (die Gerechtigkeit die Grundlage der Reiche) heißt es, wie soll es aber mit der Gerechtigkeit werden, wenn ein Mitglied des obersten Gerichtshofs gegen uns eine Sprache führt, wie es von seiten des Reichsgerichtsraths Stenglein in der „Zukunft“ geschrieben ist. Da heißt es, das Gesetz wende sich gegen alle, gegen die Sozialdemokraten wende es sich eher besonders. Immer also gegen die Sozialdemokraten vorgegangen wird, um so besser. Ich denke, das Reichsgericht hat überhaupt nicht allzuviel Kredit in bezug auf seine politische Rechtsprechung. Wenn aber ein Mitglied so etwas schreibt, so muß durch solche Artikel in weitesten Kreisen des Volkes der Glaube entstehen: ach was, Recht erhält nur, wer der herrschenden Klasse angehört, Unrecht, wer ihr feindlich ist.

Wir haben ja in diesen Tagen die Auflösung unserer Organisation auf Grund des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes erlebt. Man klagt uns an, widergesetzliche Verbindungen unterhalten zu haben, Vertrauensmänner und Kommissionen, die in Volkerversammlungen gewählt sind, betrachtet man als Vereine, die in ungeschlicher Verbindung gestanden haben. Als wir uns organisierten, wußten wir genau, daß, wenn wir irgendwie die geringste gesetzliche Bestimmung übertreten würden, wir sofort verfocht werden würden. Während wir aber alles aufgegeben haben, um die Klippen des Vereinsgesetzes zu vermeiden, haben fast alle bürgerliche Parteien, an deren Spitze Landräthe, Regierungspräsidenten, Staatsanwälte und sonstige Beamte stehen, Organisationen geschaffen, die den Gesetzen direkt widersprechen. An dem Tage, wo wir auf Grund des § 8 verurtheilt werden, werde ich den Denunzianten machen und verlange, daß dasselbe Gesetz auf die anderen Parteien, von Herrn v. Bennigsen bis zu Herrn v. Kardorff, Graf Wirbach und v. Mantouffel zur Anwendung kommt. Eine doppelte Durchführung in der Rechtsprechung werden wir nicht dulden. Wo ist denn der Rechtsstaat geblieben?

Liebesgaben für die Reichen und indirekte Steuern für die großen Massen, das ist der Rechtsstaat. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie müßte die Reichspolizei ganz anders eingerichtet werden. Man sollte der Wissenschaft dankbar sein, daß sie billigere Nahrungsmittel erfunden hat; aber man sucht die Margarine zu verdrängen, man verheuert den Zucker. Das soll christlich sein? Sie schleppen uns ja die Waffen hauserweise zu! Die Schweine-Einfuhr aus Rußland wird verboten, um die Fleischpreise zu steigern, und dabei haben wir in Oberhessen eine Pestilenz, die sich in der elendesten Lage befindet, in einer Lage, die an die Kulis erinnert. Man holt die Arbeiter in Hunderten aus Rußland, was die Gefahr der Einschleppung der Cholera in sich schließt. Das ist der Patriotismus der Unternehmer und unserer großen Agrarier. Herr v. Kardorff bekämpft die christlich-sozialen Geistlichen. Herr v. Stumm wehrt sich gegen jede arbeiterfreundliche Auslassung der Minister. Die Herren am Regierungssitz sind eben nur der Verwaltungsausschuß für die herrschenden Klassen. Herr v. Weertlicher hat ja gestern mitgeteilt, daß man bei der Arbeiterversicherung zuerst die Arbeitgeber heranzieht; erst wenn die alles fertig gemacht haben, dann fragt man die Arbeiter. Was ist aus der Sonntagruhe geworden? Nichts; die Großindustrie hat das Wort geführt. Im Interesse der Steuerzahler ist eine Konvertirung der Staatsschulden dringend notwendig, aber sie erfolgt nicht, der Reichstagsler hat sogar einem Preßvertreter vor einigen Monaten ausdrücklich erklärt, die Reichsregierung denke nicht an eine Konvertirung der Reichsanleihe, weil dadurch zu viele arme Leute geschädigt würden. Der Mann, der 100 M. in einem Staatspapier angelegt hat, ist noch viel reicher als Millionen, die keinen rothen Heller in der Tasche haben und nicht wissen, wovon sie leben sollen, die aber die Ausgaben für die hohe Verzinsung der Anleihe mit aufbringen müssen. Es ist das bitterste Unrecht, daß Millionen Marx fortgesetzt aus den Steuern der ärmsten Klassen für das Reich aufgebracht werden sollen, während die reichsten Kapitalisten nach wie vor den hohen Zinsfuß erhalten. Bei einer Konvertirung der Reichsanleihe würden allerdings nur 8 Millionen herauskommen, ginge aber das Reich voran, so würden Preußen und die anderen Staaten folgen und die Finanzminister, Miquel voran, würden sich dabei im Ueberfluß befinden. Dazu kommen die gegen früher rapide in die Höhe gegangenen Ausgaben für Militär und Marine und für den Pensionsfonds.

Der Reichstag hat alle Ursache, beim Pensionsetat ein energisches Gatt! zu gebieten. Dieselben Männer, die in Friedenszeiten gemungen werden, ihren Abschied zu fordern, denen wird in dem Augenblick, wo ihnen der Abschied bewilligt wird, die Frage vorgelegt, ob sie im Falle eines Krieges bereit sind, weiter zu dienen. Welcher Widerpruch, man stelle sich nur das ungeheuerliche dieses Verfahrens vor. Man sollte doch wirklich der Frage einmal näher treten, ob der Bestand der Armeen angeht der allgemeinen Kriegsbereitschaft nicht herabzusetzen sein dürfte. Die Aufwendungen für nothwendige Kulturaufgaben werden immer geringer. Es ist doch geradezu unwürdig, daß man von Zeit zu Zeit 1000 Lehrerinnen angestellt sind, die ein Einkommen von 800 M. haben. Das ist ein Hungerlohn. Die wissenschaftlichen Institute der Universitäten befinden sich in einem Zustande, daß es ein Skandal ist; die nothwendigsten Bauten für die Kranken können nicht ausgeführt werden. Ganz Europa muß darüber lachen, daß für die Verbesserung der Zustände auf dem Gebiet der Grenzpflege von dem Herrn Finanzminister ganze 8000 M. bewilligt sind. Da ist ein Fall vorgetragen, daß ein Lehrer 250 Kinder zu unterrichten hat. Und auf der anderen Seite werden Unsummen aufgewendet, um künstlerische Dome und Kirchen zu errichten. Es sollte nur ein Sozialdemokrat gewesen sein, der die Kameel-Inschrift, die sich, wie sich herausgestellt hat, schon auf dem Modell beand, gemacht hat. Aber den Saurath Schwedchen packte man nicht, weil man Furcht hatte, man müße noch andere packen.

In der auswärtigen Politik sind wir bis heute sehr im Dunkeln gelassen. Man hätte annehmen sollen, daß der Reichstagsler oder der Staatssekretär des Auswärtigen Gelegenheit genommen hätte, die Widersprüche in der Presse über die Haltung der Regierung aufzuklären. Der Reichstagsler tritt weiter unter dem Befehl der Bunken das System, nach welchem in neuester Zeit die Verhandlungen vollzogen werden und schließt mit den Worten: Sie liefern damit für die Sozialdemokratie nur neuen Nährboden. Sie treiben uns die Anhänger in Scharen zu. Das Martyrium hat nicht eine Partei gefördert: je mehr Märtyrer fallen, desto besser für uns und so können wir nur rufen: Vivent nos amis, les ennemis! (Es leben unsere Freunde, die Feinde!) (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf: Die Rede des Vordemars war im wesentlichen eine Wiederholung der Reden, mit denen er bei dieser Gelegenheit sein Publikum außer dem Hause regalt. Alles, was er über den Militäretat, den Pensionsfonds u. s. w. hier vorgebracht hat, haben wir ja schon wiederholt widerlegt. Wenn er die Feuerspritze wieder ins Gesicht führte, so bemerkte ich, ich habe damals davon gesprochen als von einem heiteren Witz; ich hatte gesagt: Reiblos überlassen wir der Polizei und der Feuerweh, die unbotmäßigen Pöbelhaufen zu Paaren zu treiben. Wenn Herr Bebel das für eine harmlose Auffassung von mir hält, so war es in Wirklichkeit nur eine Schändlichkeit von mir. Gewinnen die unbotmäßigen Haufen die Oberhand, überwältigen sie die Polizei, dann muß das Militär einschreiten, prompt, rasch, ohne Zögerung, und daß es dann bloß mit nassen Zylinderhüten abgeht wird, das glaube ich nicht. (Große Heiterkeit.) Es ist noch in nur zu großer Erinnerung, welcher Sturm der Entrüstung in ganzen Lande und vor allem in der Armee über die Schamlosigkeit und Niedertracht sich erhob, mit welcher bei Gelegenheit der Sedanfeier in Ihren (zu den Sozialdemokraten) Zeitungen die edelsten Gefühle der Armee verhöhnt und verspottet worden sind. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Sie scheinen auch zu glauben, daß die Armee ein schlechtes Gedächtnis hat. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wer ist die Armee?) Die ganze Armee ist die Armee! (Große Heiterkeit rechts.) 2 Millionen rechte ich dazu. Glauben Sie nicht, daß sie so rasch vergißt, wie sozialdemokratische Schmierinken mit ihrer in die Gasse getauchten Feder das gehaltlose Ansehen unseres großen Kaisers in frecher Weise besudelt haben. (Lebhafte Beifall rechts.) Das ist Ihnen nicht vergessen, es bleibt Ihnen auf dem Kerbholz. (Aurufe bei den Sozialdemokraten.)

Herr Frihen fragte nach dem Stande der Reform der Militär-Strafprozess-Ordnung und deutete an, daß sich in der Kommission Auskunft darüber ertheilen lassen würde. Das ist auch meine Meinung. Herr Richter aber stellte die Frage schon kühnlicher und gab wohl auch seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß bei mangelnder Befähigung noch nicht meinen Abschied genommen habe, wenn das auch nicht recht stimmt mit seinen Bemängelungen über das Anschwellen des Pensionsetats. (Große Heiterkeit.) Wenn ich gehe, wird es doch einer mehr. Aber um nicht den Schein zu erwecken, als wollte ich der Antwort ausweichen, erkläre ich, daß die Beratungen über den Entwurf im preussischen Staatsministerium nahezu ihren Abschluß gefunden haben, daß sie demnächst den verbündeten Regierungen zugehen, im Bundesrath weitere Stadien durchzumachen haben und dann Ihnen unverweilt zur Verabreichung überreicht werden wird. Ob das noch in dieser Tagung geschehen kann, kann ich allerdings nicht voraussagen.

Die Frage nach den vieren Bataillonen hat Herr Richter schon dabu beantwortet, daß sie sich sehr gut bewährt hätten. Ich kann diese Ansicht nicht theilen. Nach den in voriger Woche eingegangenen Berichten unserer kommandirenden Generale sprechen sie sich einstimmig ungünstig über die gegenwärtige Stärke und Zusammenfassung der vieren Bataillone aus. Sie erkennen an, daß diese wohl geeignet sind, eine theilweise Entlastung der anderen Bataillone zu ermöglichen, haben aber auch hervor, daß dieser Vortheil nicht schwer genug wiegt, um die Nachteile und Gebrechen dieser Formation aufzuwiegen. Sie sprechen den dringenden Wunsch aus, daß sie eine Umformung erfahren möchten, etwa dergestalt, daß sie besser in den Rahmen unserer bewährten Heeresorganisationen hineinpassen, daß sie nicht minder-selbsten Vorkörper bilden, welche im Frieden wie im Kriege ebenbürtig den anderen zur Seite gestellt werden könnten. Die Abänderungsvorschläge laufen so ziemlich alle auf dasselbe hinaus, eine Meinungsverschiedenheit zeigt sich nur in einem Punkte. Die Einen meinen, der Sache würde am leichtesten durch eine Erhöhung der Präsenzstärke abgeholfen, (hört, hört! Unruhe links); die anderen meinen, diese könne nicht wohl geändert werden. Der letzteren Meinung trete ich bei; die Präsenzstärke ist bis 1899 festgelegt. Ob es gegenwärtig möglich sein wird, zu übersehen, in welcher Weise vielleicht Abhilfe geschaffen werden könnte, ist mir augenblicklich nicht möglich, zu erklären, denn ich habe erst kurze Zeit die Berichte in Händen und müßte keine Erklärung abgeben, die ich vielleicht später nicht aufrecht erhalten kann. Jedenfalls aber glaube ich, daß, wenn ich mich im Rahmen der bestehenden Präsenz halte, dann eine wesentliche Erhöhung der laufenden Ausgaben nicht eintreten wird und ich beim hohen Hause bereitwilliges Entgegenkommen finden werde.

Die zweijährige Dienstzeit ist erst eine zu kurze Zeit eingeführt und ein edgiltiges Urtheil läßt sich darüber noch nicht fällen; dazu gebort eine längere Reihe von Jahren der Beobachtung. Aber ich kann schon heute sagen, daß die formelle, äußere Ausbildung, auch die Schulung im Schießen nicht schlechter geworden ist als früher. (Hört! links.) Exerziren, Griffe, Paradeaufsch sind so tadellos wie bisher. (Heiterkeit; Zuruf links: der Paradeaufsch ist ja die Hauptsache!) Leider sind mit diesen an sich nothwendigen Kunstfertigkeiten keine Schlachten zu gewinnen. Dazu ist nöthig, den jungen Wehrpflichtigen zu einem selbständig denkenden und handelnden Soldaten zu erziehen (Lachen links), der in jeder

Gefechtslage seiner Aufgabe gewachsen ist. Und zwar verlangen wir von ihm nicht bloß das; er soll auch, wenn die Offiziere außer Gefecht gesetzt sind, den jüngeren Kameraden das Beispiel geben und die Führung übernehmen können; er soll, selbst tödlich verwundet, noch die Kammer aufschlagen und die letzte Patrone verschießen, um damit noch einen Gegner mit nach Bahalla zu nehmen. Wir haben das früher taufendfältig beobachtet und wir wünschen, daß es auch ferner geschehe. Ob das möglich ist auch bei zweijähriger Dienstzeit, ist eine noch nicht zu beantwortende Frage. Wir haben den Versuch begonnen und müssen ihn ehrlich durchführen. Das einfachste allerdings wäre ein großer Krieg; den würde ich doch aber für die Probe auf's Exempel nicht empfehlen und ihn deshalb nicht vom Zaun brechen. Wir können unsere Erfahrungen auch im Frieden sammeln, bei großen Truppenzusammenziehungen, wo wir Reserven und Landwehr vor schwere Aufgaben stellen, und da werden Sachverständige wohl auch ein definitives Urteil über diese meines Erachtens nicht politische Frage abgeben können.

Abg. v. Bobbieloff (Hl.): Eine Rede zum Etat war die Rede Bebel's eigentlich nicht. Für die sorgfältige Aufstellung des Etats können wir dem Staatssekretär des Reichsschatzamt's nur dankbar sein, namentlich soweit es die Marine betrifft. Für die Kolonien ist eine Steigerung der Ausgaben eingetreten. Wir hoffen, daß das auf die Kolonien verwandte Geld Früchte trägt. Aber ich darf es doch nicht unerwähnt lassen, daß wir für die wenigen Deutschen in Ostafrika und den anderen Kolonien sehr erhebliche Ausgaben haben, während nur die Kolonie Togo sich selbst erhält. Wir werden darauf Acht haben müssen, daß nicht die Bureaucratie in der Verwaltung überwuchert. Der Etat des Reichsherr's ist knapp aufgestellt, er enthält keine unnütze Forderungen. Die Ersparnisse an den Naturalien zeigen Ihnen die Nothlage der Landwirtschaft. Es wird ja von der Begehrlichkeit der ostelbischen Junker gesprochen. Jemand, der so lange in Preußen thätig war, wie Herr Richter, der sollte doch wissen, daß die ostelbischen Junker niemals darauf ausgegangen sind, sich zu bereichern. Ich trete für den Antrag Ranig ein, weil ich dem Bauer helfen will; denn dem geht es schlecht. Wenn unser Vorschlag nicht akzeptabel ist, so muß die Regierung doch anerkennen, daß es nicht mehr weiter. Ostelbien ist ein Agrarstaat, danach müssen sich die Gesetze richten; die wirtschaftlichen Verhältnisse müssen auf gesunde Grundlagen gestellt werden. Die Gesetzgebung kann nicht bloß dem einen helfen, sondern muß alle berücksichtigen. Worunter leidet der Handwerker der kleinen Stadt? Weil der Landwirth nicht mehr von ihm kaufen kann, weil er seinen Verbrauch einschränkt. (Zustimmung rechts.) Man hat von der Viehperze zur Erhebung des nationalen Viehstandes und seiner besseren Verwertung gesprochen. Es handelt sich darum, wozu wir unbeschränkt jedes frische Vieh hereinbringen und unser Viehstand gesünder lassen, oder wozu wir eine Kontrolle üben, daß nur gesundes Vieh über die Grenze kommt. Wäre es nicht sehr viel richtiger, daß wir an der Grenze auch eine Kontrolle des Getreides vornehmen lassen, daß nur gesundes Getreide hereinkommt? (Widerspruch links.)

Die Alters- und Invaliditätsversicherung erfordert in diesem Jahre ein Mehr von 2 665 000 M. Ich hoffe, daß die Versicherung Früchte tragen wird. Wir werden aber Veranlassung haben, beim Spezialetat auf die Frage der Revision näher einzugehen, namentlich ob die finanzielle Lage eine Milderung und Erleichterung gestattet. Beim Kanalamt mahnten wir, zunächst eine vorläufige Einrichtung zu treffen, wir sind damals niedergelassen worden. Das große Kanalamt ist eingerichtet, aber der Verkehr entspricht den großen Kosten nicht; es wird ein Zuschuß von 200 000 M. erforderlich. Dem Postetat können wir nicht ohne weiteres zustimmen, nicht bezüglich der neuen Postanstalten, sondern bezüglich der Wäuten. Die Forderungen dafür gehen über die Grenze unserer Finanzlage hinaus. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Reich nicht ein lästiger Kostgänger der Einzelstaaten sein soll, es soll den Einzelstaaten helfen durch Ueberweisungen. Der Reichsgedanke hat wohl etwas gelitten, wir müssen ihn kräftigen und einstecken für die Nachstellung des Material's. Ich hoffe auch, daß es noch eine Reihe von Arbeitern giebt, die stolz sind auf ihr deutsches Vaterland. (Zustimmung rechts.)

Abg. Warth (fr. Vg.): Der Reichszankler hat erklärt, daß sich im Reichstag viele Interessen geltend machen, welche den Gang der Regierung erschweren. Damit hat der Reichszankler den Finger in die Wunde gelegt. Wir laboriren fortgesetzt daran, daß der Reichstag sich zum Theil in Interessengruppen aufgelöst hat, die kein gemeinsames Ziel finden können. Gegenüber der Jerrissenheit der Parteien giebt es nur eine einzige Politik für die Regierung, nämlich die der absolutesten Gerechtigkeit, es darf keine Partei der anderen auch nur im geringsten vorgezogen werden. Die scharfe Handhabung der Gerechtigkeit gegenüber den Sozialdemokraten widerpricht der schwächlichen Haltung der Regierung gegenüber den Agrariern. Wenn man verfolgt hat, wie die Wirkungen der Handelsverträge von diesen dargestellt werden, dann versteht man nicht, wie die Regierung dazu schweigen konnte. Ueber welche Lappalien haben wir nicht Denkschriften, warum ist keine Denkschrift vorgelegt worden über die Wirkung der Handelsverträge? Man will der agrarischen Partei nur nicht zeigen, wie vollständig unberechtigt ihre Vorwürfe sind. Ich würde mich verpflichten in fünf Tagen eine Denkschrift fertigzustellen und verdrückt vorliegenden Handelskammerberichten u. s. w. Welcher Art sind die Angriffe gegen die Vertragspolitik gewesen? Ich verweise auf die Veröffentlichung des Grafen Strachwitz, der die Handelsverträge als einen verlorenen Krieg bezeichnet. Graf Ranig hat behauptet, daß sämtliche Handelskammern die Wirkungslosigkeit des russischen Handelsvertrages festgestellt hätten. Die Regierung läßt sich die Angriffe ruhig ohne Gegenwehr gefallen, trotzdem sicherlich die Sachverständigen der Meinung sind, daß der Abschluß der Handelsverträge die segensreichste Aktion war, die jemals vollzogen wurde. Ebenso ruhig legt die Regierung die Hände in den Schooß auf dem Gebiete der Währung. Die deutsche Regierung kokettirt noch immer mit der Währungskonferenz. Es ist doch gar nicht verständlich, daß man bei dem guten Stand unserer Währung noch an solche Konferenzen denkt, daß man nicht einfach jeden Gedanken daran energisch zurückweist. Eine Milderung der Währungsverhältnisse würde ein Unglück ersten Ranges sein.

Die Regierung kommt den Agrariern entgegen durch die Vorlage über die Margarine und ähnliche Dinge, sowie durch das Vorkriegsgesetz. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Das Vorkriegsgesetz wird in allen landwirtschaftlichen Versammlungen, wenn auch mit wenig Kenntniß, doch mit um so mehr Aufwand von Zungenkraft als notwendig bezeichnet. Ich bin der Meinung, daß dieses Gesetz wenigstens nicht viel Schaden anrichten wird, daß höchstens der Vorkriegsminister eine komische Person für Possendichter sein wird. Das Margarinegesetz wird auch nicht viel Wirkung haben, ebensowenig wie das frühere Margarinegesetz. Das Zuckersteuergesetz wird gemacht im Interesse der aufstrebenden Industrie. Glaubt man wirklich, daß die Vorlage ein Kampfmittel sein wird? Werden die Agrarier in Frankreich und anderwärts nicht ebenfalls ihre Prämien erhöhen? Schließlich bleibt bloß eine Belastung der deutschen Konsumenten übrig, und es wird das Prämienystem doch nicht aufrecht erhalten werden können. Eine Ermäßigung der Steuer zur Erhebung des Konsums würden wir sofort annehmen. Durch die Erhöhung der Steuer von 18 auf 24 M. wird der Konsum vermindert, obgleich gerade Deutschlands Konsum noch zurücksteht hinter dem anderer Länder. Das ist eine Seite der Medaille.

Die Vorderseite der Medaille ist die Schneidigkeit gegen die Sozialdemokratie. Der Bürgermeister von Kolberg ist gemahregelt worden, weil er den Saal einer öffentlichen Wirthschaft auch den Sozialdemokraten überlassen hatte. Die Herren von den sozialdemokratischen Parteivorständen

werden wahrscheinlich angefaßt der neuesten Maßregel des Herrn v. Köller demselben dankbar sein, daß er sie von ihren Geschäften entlastet hat, daß sie jetzt alle 47 unter sich die Arbeit erledigen können. (Heiterkeit.) Die Majestätsbeleidigungsprozesse, die in großer Zahl verhängt werden, machen im Publikum keinen großen Eindruck, namentlich wenn es sich dabei um Lappalien, um unglücklich gewählte Ausdrücke handelt. Dadurch thut man der Sozialdemokratie keinen Abbruch, sondern führt ihr eher Anhänger zu. Glaubt man mit solchen Kraftworten, die man hier im Reichstage losläßt, die direkt an die Grenzen der Beschimpfung heranreichen, die Sympathien der Allgemeinheit zu erwerben? Als der Sozialismus noch Mode war, als der Professoren- und Pastorensozialismus solonsfähig war, habe ich ihn schon bekämpft. Mit dem eigentlichen Sozialismus, mit dem Kollektivismus lockt heute die Sozialdemokratie seinen Hund mehr vom Ofen. (Heiterkeit; Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie hat dadurch an Kraft gewonnen, daß das Volk eine andere Meinung von ihr bekommen hat. Man glaubt nicht mehr an das Theilen und an den Zukunftsstaat. Die Sozialdemokratie zieht ihre Kraft aus der Solidarität der Arbeiter, aus dem Gefühl, daß die Arbeiter, die von der Nacht ausgeschlossen sind, ausgebeutet werden. Das führt der Sozialdemokratie die Anhänger zu. Deshalb hat die Regierung dafür zu sorgen, daß sie durch ihre Maßregeln nicht den Glauben schürt, daß ungerecht gegen die Sozialdemokraten und die Arbeiter verfahren wird. Die Sozialdemokratie ist nur durch die fruchtlose Gerechtigkeit zu bekämpfen. Behandeln Sie sie mit derselben Rücksicht wie die Agrarier — so viel verlangen die Herren wohl gar nicht (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) — so würden Sie der Sozialdemokratie erheblich Abbruch thun; die große Arme würde dadurch zusammenschmelzen, denn sie besteht zum großen Theil aus Unzufriedenen, welche die Begünstigung gewisser Interessengruppen als ungerecht empfinden. Gerecht muß man sein, nicht bloß gegenüber den Sozialdemokraten, sondern auch gegenüber anderen Elementen. Wenn eine große Haupt- und Staatsaktion daraus gemacht wird, wenn ein dänischer Schauspieler in Gadesleben austritt, so muß das Mißstimmung erregen. Auch den **Sachs-Vothringern** sollte man ihre Ausnahmestellung nehmen und sie zu gleichberechtigten Bürgern Deutschlands machen. Statt Repressiv-Maßregeln sollte man die Politik der nationalen Großherzigkeit führen; das würde das Ausland besser verstehen, als alle Vethenerungen, daß wir die Reichsländer behalten wollen. Die Art und Weise, wie die sozialdemokratische Presse das Sedonfest und den Kaiser Wilhelm I. behandelt hat, halte ich für ungeziemend; aber trotzdem ist es unpraktisch und unmotiviert, die Sozialdemokratie mit den Mitteln zu bekämpfen, wie es geschieht. Denn dadurch erzielt man keine Wirkungen, sondern höchstens das Gegenheil des Beabsichtigten. Wenn wir eine Feier des 25-jährigen Bestehens des Reichs veranstalten wollen, die sich im Auslande sehen lassen kann, dann sollten wir davon ausgehen, daß Gerechtigkeit herrscht gegenüber allen Parteien. (Weißl links.)

Abg. Caneceer's (natl.) protestirt gegen die den Reichsgerichtsrath Stenglein betreffende Ausführung in der Rede Bebel's. Herr Bebel habe sich auf eine Abhandlung in der „Zukunft“ bezogen. In diesem Artikel finde er trotz sorgfältigster Durchsicht nichts, was auch nur entfernt in dem Sinne gedeutet werden könnte, wie Bebel angegeben habe. Nur ein Satz finde sich darin, der dahin gedeutet werden könnte, aber nur von jemand, der nicht verstehen wolle, was er gelesen. (Wiedner verliest den betreffenden Passus.) Wiedner erklärt, sich jedes Urtheils über diese Behauptung enthalten zu wollen. Das öffentliche Urtheil werde das Verfahren Bebel's beim richtigen Namen nennen. Er hat hier ebenso die Thatsachen auf den Kopf gestellt, wie bei seinen Ausführungen über die Ursachen des großen Krieges von 1870 und der Feier der damaligen Ruhmeskathoden und noch mehr über die Bedeutung der Reformation. Er überlasse die ganze Rede des Herrn Bebel der öffentlichen Meinung. (Weißl rechts und bei den Nationalliberalen.)

Darauf wird ein Verlagsantrag angenommen. Persönlich bemerkt **Abg. v. Stumm:** Herr Bebel hat die mit von einer skandalisirenden Presse in den Mund gelegten Worte wiederholt. Nachdem ich öffentlich erklärt habe, daß ich diese Worte weder dem Sinne noch dem Wortlaut nach gesprochen, muß ich jeden, der diese Erklärung gelesen hat, was ich allerdings vom Abg. Bebel nicht annehme, und mir trotzdem diese Worte in den Mund schiebt, für einen bewussten Verleumder erklären.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der ersten Beratung des Etats und erste Lesung des Gesetzentwurfes betr. den unlauteren Wettbewerb.)

Lokales.

Die Stichwahlen zu den Stadtverordneten-Wahlen in Charlottenburg haben gestern mit einer Niederlage für unsere Parteigenossen geendet. Es kamen für uns vier Wahlbezirke in Betracht. Im zweiten Bezirk siegte der freisinnige Kandidat gegenüber dem unsrigen mit 793 gegen 523 Stimmen, im dritten erzielte der Freisinnsmann 438 gegen 373 sozialdemokratische Stimmen, im vierten Bezirk war das Wahlergebnis 500 Freisinnstimmen gegen 214 sozialdemokratische; aus dem fünften ist ein definitives Resultat noch nicht bekannt, doch ist der Sieg des Liberalen hier ebenfalls sicher. Liberale und Konservative sind in der Stichwahl gegen den gemeinsamen Feind Arm in Arm losmarschirt; ihr Sieg schien unter diesen Umständen von vornherein wenig zweifelhaft. Unsere Parteigenossen werden dafür sorgen, daß der gestern nicht geglückte Ansturm das nächste Mal gelingt.

Ueber die Kinder-Volksschulen haben wir aus dem Reichsanwaltschaftsbericht für 1898/94 und 1894/95 einiges nachzutragen. Der Bericht sucht die Nothwendigkeit der Kinder-Volksschulen aus der mit berechneten Worten geschilderten Größe des herrschenden Nothstandes nachzuweisen. Es wird anerkannt, daß durch Kinofen „ohne grundlegende Besserung der Verhältnisse“ die Noth nicht zu beseitigen ist. Trotzdem müsse man heissen, um der hungernden Kinder und auch um der Gesellschaft willen, für die solche Zustände eine „ungeheure Gefahr“ seien. Die Hungerigen könnten am Unterricht nicht mit Erfolg teilnehmen. Sie würden auch über ihre und ihrer Eltern Noth erbittert und im Gefühl der Zurücksetzung zum Nachgrübeln veranlaßt. Man wird hierbei an die früher vom Begründer und Leiter der Kinder-Volksschulen abgegebene Erklärung erinnert, daß die Sättigung der hungernden Kinder noch den nützlichsten Nebenresultat habe, die sozialen Gegensätze zu verschmälern. Noch deutlicher drückt sich der Bericht aus: „Was hilft alles zur Befreiung der sozialen Uebel Aufgebote, wenn die Quelle derselben nicht beachtet, ihr Ursprung nicht getilgt wird? Hier erwachsen entweder hilflose Schwächlinge, die der Gesammtheit zur Last fallen, oder böswillige Unzufriedene, die ihr gefährlich werden.“ Wenn hier den Unzufriedenen, nachdem vorher zugegeben ist, daß sie Grund zur Unzufriedenheit haben, gleichzeitig Böswilligkeit nachgesagt wird, so geflatten wir uns, anzunehmen, daß der Vereinsvorstand in dem Vorruf der Böswilligkeit seiner wahren Meinung über die Unzufriedenen Ausdruck giebt. Wir vermuten auch, daß er die „sozialen Uebel“ weniger in der Noth der Beschloffenen als in der, wie gesagt, rein „böswilligen“ Unzufriedenheit über diese Noth erblickt. Vachan muß man, angefaßt solcher stillen Nebenwede“ des „humanen“ Werkes, wie sie aus den oben zitierten Worten hervortreten, über das Gerede von der Nothwendigkeit einer „grundlegenden Besserung“. Wer soll denn die sonst schaffen, wenn nicht die „böswilligen Unzufriedenen“, will sagen: die bösen Sozialdemokraten! Die „grundlegende Besserung“ ist ja gerade die „ungeheure Ge-

fahr“, die der Gesellschaft oder vielmehr dem besitzenden, ausdeutenden Theil derselben droht und die man durch „gemeinnützige“ und „wohlthätige“ Einrichtungen abzuwenden zu können meint. Wir wünschen dem „Verein für Kinder-Volksschulen“ trotzdem, daß es ihm gelingen möge, recht viele hungernde Kinder zu sättigen. Daß er wahrscheinlich nicht wieder soviel Hungerige wie im vorigen Winter zusammenbringen wird, weil künftig nur die Bedürftigsten unter den Bedürftigen als „wirklich bedürftig“ gelten sollen, haben wir schon kürzlich mitgetheilt. Bei dieser weisen Beschränkung auf die Hungerigen scheint es sich gleichfalls um den Wunsch zu handeln, eine „Gefahr“ abzuwenden, die Gefahr nämlich, daß die bösen Sozialdemokraten noch einmal die Gemeinde zu Hilfe für die hungernden Kinder Berlins aufrufen könnten, wozu bekanntlich ein Eindringen des „sozialistischen Prinzip's“ in die Kommunalverwaltung befürchtet wird. Der Verein will es dahin bringen, daß es in Berlin keine hungernden Kinder mehr giebt“. Dieses Ziel wird gewissen Leuten schon dann erreicht scheinen, wenn er keine hungernden Kinder mehr findet, d. h. die so hungrig sind, daß die neue, strengere Instruktion des recherchirenden Volksschulkomitees auf sie paßt. Und dann wird man mit Genugthuung verkünden, daß sich die Privatwohlthätigkeit wieder einmal als vollkommen ausreichend erwiesen hat. Es gewinnt von diesem Gesichtspunkte aus eine höhere Bedeutung, daß dem Verein 17 Stadtverordnete und 5 Magistratsmitglieder (darunter Bürgermeister Kirchener und der durch und durch reaktionäre Stadtschulrath Verttram) angehören, wozu allein 4 Stadtverordnete im Zentralvorstand sitzen und 1 Stadtverordneter, sowie 1 Magistratsmitglied (der bewußte Verttram) Vorsitzende von Volksschulkomitees sind.

Wie im Staat der Sozialreform dem Elend gewehrt wird. Kinder, die ohne Gewerbebescheinigung, werden ja in jedem Jahre eine Anzahl von der Polizei ausgegriffen, aber nach der kürzlich erfolgten Massenfestsetzung von Hampelmann-Verkäufern hat es den Anschein, als ob wieder einmal ein scharfes Vorgehen gegen diese Kinder beabsichtigt wird. Die Zahl der Kinder, die „wegen unerlaubten Gewerbebetriebes“ festgenommen wurden, hat in Berlin seit Ende der 70'er Jahre merkwürdig geschwankt; sie war 1878—82: 58, 51, 33, 78, 80, 1883—87: 2, 2, 5, 8, 2, 1888—92: 0, 2, 2, 21, 25 Kinder. (Ueber 1892 hinaus sind die Zahlen noch nicht veröffentlicht.) Anzeigen wegen unbesugten Handelns erfolgten 1888 bis 92 gegen 40, 50, 84, 151, 102 Kinder. (Vor 1888 und nach 1892 fehlen die Zahlen.) Man könnte sich versucht fühlen, das Auf und Ab in den oben mitgetheilten Zahlen mit dem Auf und Ab des Nothstandes in Berlin zusammen zu bringen. Das wäre jedoch falsch; denn erstens wird die Art, in welcher der Nothstand zu Tage tritt, wesentlich beeinflusst durch die in der Nothstandsfrage vielfach wechselnden Absichten und Maßnahmen der Behörden, und dann gilt ja auch unbesugtes Handeln nach Ansicht der Polizei und der Gerichte ebensowenig als ein Zeichen der Noth, sondern — der Verwahrlosung. Wegen Handelns ohne Gewerbebescheinigung sind thatsächlich mehrfach Kinder zur — Zwangsarbeit verurtheilt worden. Der städtischen Waisenverwaltung sind verschiedene Zwangsarbeitende-Kinder aus diesem Grunde überwiesen worden, z. B. 1882—88 fünf Kinder. In den letzten Jahren ist es allerdings nicht mehr vorgekommen.

Ueber die Unfallstationen wird uns aus den Kreisen hiesiger Krankenassen-Beamten geschrieben:

Wie das „Berliner Tageblatt“ am 29. v. M. mittheilt, hat das Kuratorium der Berliner Unfallstationen den Magistrat um eine Unterstützung ersucht. Der Antrag kommt in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung zur Verhandlung; man erwartet die Kleinigkeit von 50 000 M. Wenn diese Summe auch nur zum Theil bewilligt würde, dann nähme die Stadtverwaltung für das nächste Jahr dem eigentlichen Leiter des Unternehmens, Herrn Max Schlesinger, Direktor einer Sektion der Brauerei-Berufsgenossenschaft und Agent einer Versicherungs-Gesellschaft, alle Sorge von den Schultern, denn so viel Geld, wie für dieses eine Jahr allein von der Stadt als Unterstützung verlangt wird, hat man für die Unfallstationen während der ganzen Dauer ihres Bestehens noch nicht austreiben können.

Und doch, was hat man nicht alles versucht, um sich Mittel zu schaffen. Man hat viele Berufsvereinigungen um Beiträge gebeten: die meisten haben dankend abgelehnt. Man hat einflußreiche Industrielle und Geschäftsleute um Unterstützung ersucht, Männer, die sonst für wohlthätige Zwecke nicht so leicht ihre Hand verschließen; aber keiner von diesen Herren hat einen Pfennig für das von Herrn Schlesinger geleitete Unternehmen gegeben. Nach der eigenen Mittheilung des Kuratoriums hat man bis zu Ende des Jahres 1894 überhaupt keinen Pfennig an Beiträgen austreiben können. Erst Anfang dieses Jahres hat ein einflußreicher Industrieller bei seinen Freunden ein paar tausend Mark gesammelt. Dies sind die ganzen Baarmittel, mit denen man das Rettungswesen einer Millionenstadt gründen und erhalten will!

Auch die Einrichtungen der Unfallstationen und ihre bisherigen Leistungen müßten einer sorgfältigen Betrachtung unterworfen werden, bevor der Sädel der Steuerzahler aufgethan wird. Eine Anfrage bei den Leitern unserer größten Krankenhäuser, bei den Vorständen der Krankenassen dürfte leicht darüber Auskunft bringen, wie die „chirurgische Hilfe“ beschaffen ist, die man auf den Unfallstationen zum Theil zu erwarten hat. Denn es ist unwar, wenn man ausposaunt, daß dort von **exproben Chirurgen** Hilfe geleistet wird. Junge ganz unerfahrene Aerzte, zum Theil sogar Studenten der Medizin sind es, welche dort zuweilen den Dienst versehen. Daher ist es nicht zu verwundern, daß zum Beispiel der Geh. Med.-Rath Professor Dr. v. Bergmann wiederholt Veranlassung nahm, öffentlich über die mangelhafte Hilfe der Unfallstationen und über die geringe Erfahrung ihrer Aerzte zu schelten. Daß dies nicht anders sein kann, wird jeder begreifen, der Gelegenheit hatte, die Einrichtung der Unfallstationen näher kennen zu lernen.

Die Unfallstationen dürfen mit den Sanitätswochen nicht verwechselt werden. Die Sanitätswochen sind ein durchaus solides Unternehmen, welches neben der privaten Wohlthätigkeit noch einen geringen Zuschuß von der Stadt erhält, aber von diesen Mitteln auch alle seine Unkosten bestreitet, Einrichtung und Miete für die Wachen bezahlt, seine Aerzte und Beamten besoldet. Das Kuratorium der Unfallstationen aber hat zehn Stationen eingerichtet, fast ohne einen Pfennig Geld zu besitzen! — Herr Schlesinger suchte sich eine Anzahl weniger beschäftigter Aerzte, deren notwendige Eigenschaften die pelamidiere Fähigkeit sein mußte, um eine Station selbst einrichten und unterhalten zu können. Die einzige Leistung des Kuratoriums bestand bisher darin, daß es diesen Privatunternehmern Kundtschaft zuführen suchte, theils durch Klammern, theils durch eine Auslegung des § 76c des Krankenversicherungs-Gesetzes, welche die Berliner Arbeiterkassen und die Berliner Aerzte außerordentlich erbittert hat. Man veranlaßte die Arbeiter, nicht die Hilfe ihrer erprobten Kassenärzte aufzusuchen, sondern in den Unfallstationen sich eine, wie gesagt, oft minderwertige Hilfe zu holen.

Da alle Mittel nicht zogen, da auch die nach dem Muster der großen Geschäftshäuser gebauten Klammern dem Unternehmen nicht genug Kundchaft zuführten, soll jetzt der Magistrat einbringen. Es geht zu erwarten, daß derselbe es ablehnen wird, eine Einrichtung zu unterstützen, die alles andere ist, als eine auf solider Grundlage aufgebaute Organisation des Berliner Rettungswesens.

Von dem weitauschauenden Amideifer des verstorbenen Herrn v. Köller giebt eine Meldung des hiesigen Polizeimoniteurs Kunde. Dem „Intelligenzblatt“ zufolge hat nämlich der frühere Minister des Innern kurz vor seinem Abgange allen Berliner Polizeirevierern sein eingerahmtes Bild zugehen lassen.

Nach Hess er sich kürzlich noch sämtliche neueingestellten Schulkollegen vorstellen, damit männiglich seinen Herrn und Meister kenne. Gestern noch auf solchen Kosten und heute Er und als einziger Kraft einen Orden erster Klasse auf dem zolligen Mannesbisen. So vergeht die Herrlichkeit der Welt!

Der Staat der Arbeiterfreundlichkeit. Offiziös wird jetzt bestätigt, daß an den nächsten beiden Sonntagen die Geschäftsstunden in Berlin bis 10 Uhr abends geöffnet bleiben dürfen. Die Empfindungen, die eine solche Meldung in den betheiligten Arbeiterkreisen hervorgerufen wird, brauchen wir wohl nicht erst zu schildern. Eine solche Verfügung paßt aber ausgezeichnet in den Staat der Sozialreform, wie er sich im Jahre des Sedanjubel und der Sozialistenjah dem deutschen Proletariat darbietet.

Das dankbare Vaterland giebt sich im Jubeljahr von Deutschlands Einigung die niedlichsten Blüten. Gegenwärtig ergehen an hiesige Bürger Aufforderungen, für etwa 150 Wittwen von Veteranen aus den jüngsten Befreiungskriegen von 1813/15 ein Weihnachtsgeschenk zusammen zu bringen. In dem Zirkular, das uns von mehreren Seiten zugesandt worden ist, wird von den hochbetagten Wittwen gesagt, daß sie von der Welt vergessen und im hohen Alter erwerbsunfähig und mittellos seien. Es ist eine reizende Illustration der Zustände im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte, daß bei den hundert von Millionen, die für das herrliche Kriegsheer ausgegeben werden, für 150 alte Veteranenfrauen zur Weihnachtszeit gebettelt werden muß!

Zum Fall Zietzen veröffentlicht das Berliner Tageblatt ein wichtiges Schreiben. Als Abfender desselben zeichnet Emil Coen, soldat an I. Regt. Etranger 12, Comp. No. 110, 17337, Sidi-Beil-Abbes (Algerie). Die Adresse lautet: Madame Fr. Wilhelm Corn. Mühlheim am Rhein. Deutzerstraße Nr. 42 près de Cologne (Allemagne). Der Briefumschlag ist abgestempelt Sidi-Beil-Abbes (Oran), 29. Nov. 95. Der erste Theil des Briefes enthält Privatmittheilungen und ist mit Tinte geschrieben; der zweite, hier in betracht kommende Theil des Schreibens ist auf dem Papier und in der Handschrift des ersten Theiles mit Bleistift niedergeschrieben und stellt sich als Nachtrag zum ersten Theil dar. Wir geben das Schreiben im Wortlaut und in der Orthographie des Originals:

Folgendes ist mir zu spät eingefallen, um es mit Tinte zu schreiben, denn ich hatte sie wieder weggegeben. In Ven Safra hatte ich einen Freund namens Steinhaus aus Eberfeld. Derselbe ist im Monat September mit noch einem Kameraden desertirt. Jetzt endlich haben arabische Gendarme ihn allein nach Bel-Abbas gebracht. In Marok ist es ihm sehr schlecht ergangen. Die Händerbanden, welche auf der marokkanischen Grenze herumstreifen, haben sie angehalten, ausgezogen, mißhandelt und zu schwerer Arbeit gezwungen; dem Steinhaus sein Kamerad haben sie den Kopf abgeschritten. Er selber ist ihren Händen mit knapper Noth entkommen, ist so wieder in die Algerie gekommen, wo er angehalten wurde. Jetzt paßirt er das Kriegsgericht wegen Desertation ins Ausland und Fehlens seiner Montur. Folgendes hat mir Steinhaus in Ven Safra erzählt: In Bel-Abbas im Arrest, erzählte mir ein anderer Soldat von einem Mann Namens Willens aus Eberfeld. Derselbe sagte mir, er habe vor vielen Jahren in Eberfeld die Frau des Majors Zietzen auf der Regelbahn, als er daselbst gearbeitet hatte, mit einem Hammer hinterücks erschlagen. Als er wegen mangelnder Beweise wieder aus dem Gefängnis entlassen, hat er sich aus Furcht vor späterer Entdeckung in der Fremdenlegion anwerben lassen. Er ist jetzt zu längerer Zwangsarbeit verurtheilt worden. Wieviel Jahre er hat und wo er zur Zeit ist, kann ich nicht sagen. Wenn ich noch etwas Näheres über ihn erfahre, so werde ich es Euch später einmal mittheilen. Bekanntlich heißt der verschwundene Lehrling des Zietzen, der sich seiner Zeit selbst des Mordes bezichtigt hat, Wilhelm.

In dieser Angelegenheit können wir noch mittheilen, daß erst kürzlich eine von Zietzen's Bruder an die deutsche Postkammer in Paris gerichtete Anfrage über den Aufenthalt des Wilhelm in Algerien beantwortet worden ist, daß sich nichts habe ermitteln lassen. Vielleicht benutzt die Postkammer diese neueste Meldung als Fingerzeig zu neuen Recherchen. Die in dem Briefe enthaltene unklare Mittheilung über die Regelbahn ist richtig zu stellen; gemeint ist die Straße an der Klobbahn, wo Zietzen gewohnt hat.

Von den Bahnhöfen - Wartehallen der Stadt - Ringbahn waren bekanntlich eine große Zahl namentlich auf den Stationen der äußeren Ringbahn in den dunklen Abend- und Morgenstunden bisher nicht erleuchtet, so daß es zum theil in denselben stockfinster war. Diefem Mißstande, der jahrelang vergeblich zu vielfachen beständigen Beschwerden an das Betriebsamt der Stadt-Ringbahn Anlaß gegeben hat, ist jetzt endlich abgeholfen worden, indem in sämtlichen Wartehallen seit kurzem ausreichende Beleuchtung eingerichtet ist.

Herr „Generalsekretär“ Bierck soll jetzt gänzlich von der Leitung der Vergütungen, Reklamen etc., die im alten Reichstags-Gebäude geboten wurden, zurückgetreten sein. Die Oberaufsicht über die Restauration u. s. w. in dem historischen Bau soll vorläufig einem Komitee unterstehen.

In Sachen der Freireligiösen Gemeinde hat das Provinzial-Schulkollegium, nachdem es in zwei Fällen den Gemeindegliedern, welche in Frühvorträgen Vorlesungen gehalten, dies sofort untersagte, ein weiteres Verbot nicht erlassen. Die Frühvorträge werden nach wie vor fortgesetzt.

Moderne Kunst. Ein neues Riesentheater soll, allerdings nur auf die Dauer weniger Monate, hier entstehen. Die beiden Unternehmer haben sich bereits das Terrain des ehemaligen Provinzialmagazins, Alexander- und Magazinstraßen-Ecke durch Schlußschein gesichert. Das neue Bühnenhaus, dessen bauliche Ausführung die Architektenfirma Anders u. Sohn gemeinschaftlich mit Herrn Architekt Hugo Zieh übernehmen soll, wird „Olympia-Theater“ heißen. Die Bühne dürfte etwa dreimal so groß werden, wie die des ehemaligen Viktoria-Theaters. Es soll darauf durch Direktor W. Kiraly aus London in der Zeit vom 1. Mai bis 15. Oktober 1896, in etwa 330 Tag- und Abendvorstellungen, das große Londoner Ausstattungsballet: „The Orient“ oder „Eine Mission nach dem Osten“ zur Darstellung gebracht werden. In dem Ballet wirken über 1000 Personen, darunter ein weibliches Tänzerkorps von 200 Kräften, Vertreter aller Nationalitäten, 100 Pferde etc. mit. Ein Theil des Werkes spielt sich auf dem Wasser ab, zu welchem Zweck zwischen Publikum und Bühne ein zwölf Meier breiter Kanal geschaffen wird. Die Unternehmung gilt für gesichert.

Der Chemiker Dr. Bischoff hat im Auftrag des Polizeipräsidenten einen Apparat konstruirt, der die Anstellung von sechs Schmelzproben zur Erkennung von Magarine und Mischbutter in 15 Minuten auch dem Laien gestattet und bei Paul Altmann, Luisenstr. 52, für den Preis von 3-5 M. käuflich ist. Mit einem derartigen Apparate sind die mit der Kontrolle des Butterhandels in der Stadt betrauten Beamten ausgerüstet und angewiesen worden, vom 15. Dezember d. J. an sämtliche Buttergeschäfte einer Revision zu unterziehen und die durch die Schmelzprobe als verdächtig erkannte Butter so lange sicher zu stellen, bis die chemische Untersuchung den Verdacht widerlegt oder der Richter in dem eingeleiteten Strafverfahren auf Freigabe oder Einziehung erkannt hat. Ebenso ist vom 15. d. M. an in allen Marktballen, in welchen die diensthabenden Kreis- bezw. Polizeihierarchen zur unentgeltlichen Begutachtung von Nahrungsmitteln verpflichtet sind, sowie im polizeilichen Schlachthaus auf dem Viehhofe und in der Hofschlächterei, Greifswalderstr. 28, je ein Apparat für das Publikum aufgestellt, dessen Benutzung der Polizeipräsident mit dem Bemerkten empfiehlt, daß die an die Vorprüfung sich anschließende chemische Untersuchung und das Strafverfahren mit Mäheerwartungen oder Kosten für den Ku-

zeigenden nicht verknüpft sind. Auch empfiehlt der Polizeipräsident die Anschaffung dieses Apparates den mit Butter handelnden Geschäftsleuten.

Volkszählungsergebnisse. Die Volkszählung hat ergeben, daß Schöneberg rund 64 000 Seelen zählt. Die Volkszählung von 1890 ergab 28 721 Seelen. Dezember 1891 waren es 33 494. Im darauffolgenden Jahre 37 626. Im Jahre 1893 stieg die Ziffer auf 44 603 Seelen, dann 1894 auf 54 000 und jetzt auf 64 000 Seelen. In den letzten fünf Jahren steigerte sich also die Einwohnerzahl um 130 pCt. — Die Volkszählung in Weihenau ergab eine ortsanwesende Bevölkerung von 25 288 Seelen, d. h. 7251 Personen (40,21 pCt.) mehr als 1890. Im Jahre 1870 besaß dieser Ortort — 162 Einwohner, die zu dem Gutsbezirk Weihenau gehörten.

Ueber den Gerüstesturz, welcher sich nicht, wie gemeldet, in der Hamlerstraße, sondern auf einem Neubau in der Graunstraße, einer der im äußersten Norden neu angelegten Straßen, am Montag ereignet hat, können wir auf Grund der von uns veranlaßten Recherchen folgendes Näheres mittheilen: Auf dem Neubau des Hauses Nr. 19 waren die Maurer Gustav Klauke und Gottlieb Tesel damit beschäftigt, die eisernen Ballongerüste des vierten Stockwerks zu verläutern. Zu diesem Zwecke hatten sie auf dem Ballongerüst 2 Zementtonnen aufgestellt und auf diese Bretter gelegt und benutzten zu ihrer Arbeit dieses Hissgerüst. Sei es nun, daß dieses der Last der beiden Maurer oder der Wucht des gerade herrschenden Sturmes nicht gewachsen war, genug, daselbst brach plötzlich zusammen und die beiden Maurer stürzten durch das Ballongerüst hindurch ab. Die Augenzeugen bekunden, war es ein geradezu herzerweichender Anblick, als Tesel, drei mal in der Luft sich überschlagend, mit dem Kopf auf die Balkone der unteren Etagen aufschlug und schließlich ebenso wie Klauke anscheinend leblos am Erdboden liegen blieb. Nachdem ein zur Stelle geholtter Arzt Nothverbände den Verunglückten angelegt hatte, wurden letztere mittels Kopp'scher Krankenwagen nach dem Kronenhaus am Friedrichshain gebracht, woselbst bei beiden mehrfache Arm- und Beinbrüche, bei Tesel außerdem erhebliche Kopfverletzungen konstatiert wurden. Beide Verunglückte sind verheiratet und besitzen jeder eine starke Familie. Der herbe Schicksalsschlag trifft die Familien um so schwerer, als auch die Frauen beider Verunglückten bereits seit längerer Zeit krank daniederliegen. Ob an dem Unfälle mangelnde Schutzvorrichtungen die Schuld tragen, dürfte wohl durch die eingeleitete Untersuchung festgestellt werden. Die Polizei ordnet sofort die Anbringung eines neuen Schutzdaches an.

Einen Selbstmordversuch hat ein Kaufmann aus Hamburg vorgestern in Spandau verübt. Der Lebensmüde war am Tage vorher im Hotel zum Stern eingelehrt; Dienstag Vormittag wurde er in seinem Bate schwimmend im Bett vorgefunden, er hatte sich die Pulsader der linken Hand durchgeschnitten. Der Schwerverwundete wurde nach dem Krankenhaus geschafft. Seine Legitimationspapiere lauten auf den Kaller Gustav Damske, Reichenstraße St. Pauli, (Hamburg) wohnhaft. Er war im Besitz von zahlreichen Briefen, die von einer jungen Dame aus Charlottenburg, anscheinend seiner Braut, herührten.

Unter der Frauenwelt von Spandau ist eine wahre Panik ausgebrochen. Seit fünf oder sechs Tagen treiben in der Stadt Unholde ihr Wesen. In den belebten Straßen, wo sich vor den Schaufenstern jetzt das Publikum drängt, werden allabendlich den Damen auf dem Rücken die Mäntel zerschneitten und meist unbrauchbar gemacht; es sind unzählige Fälle von solchen Substanzverlusten vorgekommen. Es ist bisher nicht gelungen, einen der Missethäter zu ertappen.

Polizeibericht. In der Nacht zum 10. d. M. entstand in der Straße Am Königsgraben eine Schlägerei, bei der ein Schlichtergeselle durch einen Messerhieb am Handgelenk schwer verletzt wurde. — Am 10. d. M. nachmittags rannte an der Ecke der Stralauer- und Neuen Friedrichstraße ein durchgehendes Pferd mit einem Geschäftsfuhrwerk zusammen. Der Führer des letzteren und sein Sohn wurden dabei auf die Straße geschleudert. Der Vater erlitt eine schwere Verletzung am Hinterkopfe, während der Sohn nur leichte Hautwunden an den Beinen davontrug. — In der Müllerstraße fiel amends ein Kutscher von seinem in der Fahrt befindlichen Arbeitswagen, geriet unter die Räder und wurde am Unterschenkel erheblich verletzt. — Ein Mädchen vergiftete sich in seiner Schlafstube, in der Dorotheenstraße. — In der Nacht zum 11. d. M. wurde ein Arbeiter auf der Treppe eines Hauses in der Markgrafenstraße schwer krank aufgefunden und in ein Krankenhaus gebracht. Er hatte Gift genommen.

Witterungsübersicht vom 11. Dezember 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stich 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (0° C. = 32° F.).
Swinemünde	752	NS	6	bedeckt	5
Hamburg	760	WSWS	4	wolfig	6
Berlin	756	WS	6	bedeckt	4
Wiesbaden	765	WS	2	wolfig	1
München	765	WS	4	bedeckt	1
Wien	761	WSWS	3	bedeckt	2
Saparanda	753	D	2	Schnee	-7
Petersburg	767	SEO	2	bedeckt	-5
Cork	764	WS	3	wolfig	7
Aberdeen	757	SW	2	halb bedeckt	2
Paris	765	NO	1	bedeckt	6

Wetterprognose für Donnerstag, den 12. Dezember 1895. Kälteres, zeitweise aufklarendes, vorwiegend nebeliges Wetter mit schwacher Luftbewegung; keine oder unbedeutliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beilage.

Ein netter Sittenwächter fand in diesen Tagen vor der Strafkammer II des Landgerichts Hamburg in der Person des früheren Schutzmanns Unjufg. Derselbe hatte sich gegen die Anklage der wesentlich falschen Anschuldigung und der wiederholten Erregung öffentlichen Kergernisses zu verantworten, während seine Ehefrau des wiederholten Diebstahls beschuldigt war. Die Frau war von Nachbarinnen der gewerblichstigen Anzahl denunziert worden und wurde deshalb von einem Kriminal-Schwarzmann vernommen. Am Tage nach dieser Vernehmung erstattete Unjufg bei seinem vorgelegten Polizeileutnant die Anzeige, daß der Kriminalbeamte seine Frau durch die Drohung mit sofortiger Verhaftung habe zwingen wollen, sich der gewerblichstigen Unschuld zu bekennen. Eine deshalb eingeleitete Untersuchung ergab nun aber nichts Befremdendes gegen den Kriminalbeamten, sondern gegen den Schutzmann Unjufg wurden noch allerhand Beschuldigungen laut. Nach Abschluß der deshalb angeordneten Voruntersuchung wurde die oben wiedergegebene Anklage gegen Unjufg, der inzwischen freiwillig aus dem Dienst geschieden ist, und seine Ehefrau erhoben. Aus der Beweisaufnahme, in der 22 Zeugen vernommen wurden, ergab sich, daß der Angeklagte, als er noch im Dienst war, mehrfach in Zivilkleidung ausgesandt wurde, um in den Ballanlagen etc. auf Sitte und Anstand zu sehen. Er hatte jedoch eine recht eigentümliche Auffassung von Sitte und Anstand, denn erwidern erlaubte er sich zu verschiedenen Malen, wenn ihm junge Mädchen entgegenkamen, in der schamlosesten Weise. Der Staatsanwalt hielt die wesentlich falsche Anschuldigung nicht für erwiesen, wohl aber die Unfittlichkeiten. Ebenfalls be-

antragte er Freisprechung der Frau. Gegen den Ehemann beantragte er wegen wiederholter Erregung eines öffentlichen Kergernisses 6 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Das Gericht sprach die Frau frei, ebenfalls den Mann von der Anklage der wesentlich falschen Anschuldigung. Wegen der Kergerniserregung wurde erkannt auf 6 Monate Gefängnis, 2 Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung. In den Urtheilsgründen hieß es, daß straferschwerend in betracht gezogen sei, daß Unjufg, der als Schutzmann eigentlich berufen gewesen sei, über Sitte und Anstand zu wachen, selbst sich in so schamloser Weise gegen die Sittlichkeit vergangen habe.

Charakteristische Bilder aus dem Bauleben entrollte eine Verhandlung, welche gestern vor der 139. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Der Zimmermann Gottfried Bergert war vor einigen Jahren als einfacher Zimmergeselle von seiner Heimath Ziebingen nach Berlin übergesiedelt. Hier fand er eine Stellung als Polier. Er sah auf den Bauten, bei denen er beschäftigt war, wie wunderbar einträglich das Baugewerbe sei und avancirte daher in sehr kurzer Zeit zum „Bau-Unternehmer“. Da er nur geringe Mittel besaß, setzte er seine Hoffnung darauf, daß seine Frau im Heimathsorte noch ein kleines Grundstück mit ihrem Vater besaß, welches ihm dereinst zufallen sollte. Dies theilte er einem Bekannten, dem Pöcker Kirsi, mit und ließ sich von demselben einige tausend Mark, mit denen er zu bauen anfing, Kirsi erhielt zwar einige Male auf diese Schuld etwas abbezahlt, gar bald blieben aber die Zahlungen aus, die Grundstücke des „Baubern“ wurden subhastirt, die darauf eingetragenen Hypotheken fielen zum größten Theil aus und Kirsi ging seines Darlehens verlustig. Er machte der Staatsanwaltschaft Anzeige und gab an, daß noch andere Personen von dem Angeklagten geschädigt worden seien. Es wurden noch zwei weitere Fälle ermittelt. Der Zeuge Kirsi behauptete im Termin mit Bestimmtheit, daß er sich nur durch die Angabe des Angeklagten, er besäße noch Haus und Hof, zur Hergabe des Geldes habe bewegen lassen. Der Angeklagte behauptete dagegen, daß Kirsi sich nur von Genußsucht habe leiten lassen, derselbe hätte sich nämlich 15 pCt. Zinsen ausbedungen. — In dem zweiten Falle war ein Tischlermeister Dreios der Geschädigte. Er war mit einer Forderung von 600 M. ausgefallen. Der Zeuge mußte auf Vorhalten des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Haase, einräumen, daß er sich nicht durch die Vorspiegelung des Angeklagten, er besäße Haus und Hof, zur Lieferung von Arbeiten auf Kredit habe bewegen lassen, sondern durch die Empfehlung eines Bekannten des Angeklagten. — In dem dritten Falle trat ein Schankwirth als Zeuge auf, der auf die Versprechungen des Angeklagten hin denselben Darlehne gegeben hatte. Der Verteidiger hob hervor, daß leider im Baugewerbe mit großer Leichtfertigkeit Kredit gewährt werde. Kirsi habe selbst viel verdienen wollen und ebenso die beiden anderen Geschädigten, von denen es nicht minder zweifelhaft sei, ob sie sich wirklich durch die nur theilweise wahre Behauptung des Angeklagten, er besäße Haus und Hof, hätten bestimmen lassen. Werde dies angenommen, so fehle der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Beweggründe der Hingabe der Gelder und der falschen Vorspiegelung und der Angeklagte müsse aus juristischen Gründen freigesprochen werden.

Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an, so daß der Angeklagte frei ausgehen mußte.

Ein Bananföhrer war wegen gefahrbringenden Verkehrs gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verurtheilt worden, weil er bei der Herstellung des Hauses die Ausbreitung der Schwammbildung durch das ganze Haus schuldbar veranlaßt hatte. Die Strafkammer hatte ausgesprochen, daß nicht bloß Mängel in der technischen Konstruktion, sondern auch Verstöße wider die allgemeinen Regeln der Baukunst, die nach hygienischen Rücksichten eine Gefährdung anderer herbeiföhren, unter 8 330 Strafgesetzbuch fallen. Das Reichsgericht hat diese Anschauung als richtig anerkannt.

Der die Deffentlichkeit seit Jahren beschäftigende Prozeß des Herrn v. Carstenn (Lichterfeld) gegen den Militärstützpunkt, der „Deutschen Sonntagspost“ zufolge, um seinem endgültigen Schluß zugeführt werden. In einem Ende voriger Woche in dieser Angelegenheit anberaumten Termin sei beschloffen worden, daß zwischen den Parteien zunächst alle erforderlichen Schriftstücke gewechselt und geprüft und nach genügender Vorbereitung, die bei dem umfassenden Material wohl längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte, Termin zur endgültigen und vollständigen Erledigung der Sache angesetzt werden solle.

Vermishtes.

Aus Bremerhaven wird gemeldet: Die norwegische Bark „Karnal“ aus Farland, von Sanderland nach Buenos-Ayres mit Steinkohlen und Ziegelsteinen unterwegs, wurde in sinkendem Zustande von dem Fischdampfer „Nimma“ in der Nordsee angetroffen. Letzterer nahm sieben Mann der Besatzung der sinkenden Bark an Bord und landete dieselben hier. Der Kapitän und die übrige Mannschaft hatten das Schiff in einem Schiffsboote verlassen; über ihr Schicksal ist nichts bekannt.

Mäuberromantik im Zeitalter der Dickselbäume. Aus München meldet ein Telegramm: Der Anführer der Mäuberbande, welche seit einiger Zeit die Umgebung von Mainburg in Niederbayern unsicher machte, und im November unter anderem einen Karriol-Postwagen beraubte, mit Namen Johann Seidig, ist bei Mainburg festgenommen worden.

Alexander Dumas' Nachlaß. Nach Pariser Meldungen hinterläßt Alexander Dumas ein Vermögen von über 3 Millionen, welches zu gleichen Theilen unter seine zwei Töchter und deren Stiefmutter vertheilt werden soll, mit der Maßgabe jedoch, daß die letztere nur Nahrungsbereiterin ist. Die Bibliothek des Verstorbenen, die übrigens nicht bedeutend sein soll, wird Eigentum des älteren Sohnes seiner Tochter Colette, Alexander Lippmann.

Die nördlichste Zeitung der Welt ist diejenige, welche unter den grönländischen Gesinnos erscheint. Sie wird redigirt, gesetzt und gedruckt von einem Eingeborenen namens Müller, ja sie wird sogar von ihm selbst kolportirt. Er hat seine primitive Druckerei in Godhaab (Gute Hoffnung) eingerichtet und von hier aus unternimmt er zweimal monatlich eine Reise auf Schneeschuhen durch das Land, um als Vorkämpfer der Zivilisation unter seinen Landsleuten zu wirken. In Anfang enthielt das Blatt, welches sich „Läsefol“ nennt, nur grobe Zeichnungen, welche die Reugierde erregten und die Einbildungskraft stärkten; später folgten Buchstaben, Silben und Worte und zuletzt Sätze, welche zu kurzen Berichten über Tagesneuigkeiten zusammengefügt waren. Müller hat somit durch sein Blatt buchstäblich seine Landsleute lesen gelehrt. Sie haben deshalb das größte Zutrauen zu ihm, betrachten ihn als einen Apostel und sind ihm besonders deshalb zugehörig, weil er oft seinen Aufenthaltsort wechselt. Eine literarische Gesellschaft in Dänemark hat neuerdings eine gute Handpresse, Papier und neue Typen nach Grönland gesandt, damit „Kollege“ Müller seine Druckerei erweitern kann.

Briefkasten der Redaktion.

B. W. 131, Würzburg. Die von Ihnen eingesandte Notiz unseres dortigen Blattes anlässlich des Todes eines Kindes war auch uns schon unangenehm aufgefallen; wir halten es gleich Ihnen für eine Taktlosigkeit, das persönliche Unglück von Begnern in irgend einer Weise politisch zu verwerthen zu wollen. Die Notiz entstammt übrigens dem „Bayerischen Vaterland“, dessen Vertheiler manchmal in Rohheit ansartet.

Die Sozialdemokratie Berlins

Nach am 10. Dezember in zwölf Versammlungen Stellung zu der polizeilichen Auflösung der Parteioorganisation. Die Versammlungen waren sämtlich derart überfüllt, daß die Lokale abgeperrt werden mußten und viele Tausende keinen Zutritt fanden. Wenn die heilige Hermendad und ihre Auftraggeber gemeint haben, der Sozialdemokratie sei durch die Auflösung der Parteioorganisation ein Schlag versetzt, von dem sie sich nicht werde vollständig erholen können, so zeigt schon der zahlreiche Besuch der Versammlungen, daß diese Hoffnung eitel war und daß man durch die neueste pompöse Gewaltmaßregel, wie immer, nicht zum Schaden des verhassten sozialdemokratischen Gedankens, sondern zu dessen Nutzen gearbeitet hat. Darüber sich zu täuschen, konnte, nachdem selbst der harte Druck des Sozialistengesetzes sich als vollständig erfolglos erwiesen, nur der Bureaokratie passieren, die anstatt das öffentliche Leben am Leben selbst zu hindern, seine rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ernsthaft zu erforschen, es bequemer findet, die ewig im Fluß befindliche Welt mit eugherzig ausgelegten Paragraphen zu reglementieren, die auf sich schon auf das Bedürfnis der heutigen Menschen meist nur wie die Faust aufs Auge passen, weil sie für die Verhältnisse einer ferneren Vergangenheit berechnet waren. Die Bureaokratie hat durch die Großartigkeit der 12 Versammlungen am Dienstag eine derartige Niederlage erlitten, wie sie die französische Bureaokratie kaum und die englische gar nicht riskieren dürfte. Es ist bezeichnend für die politische Rückständigkeit Deutschlands, daß zwar der Minister, den man als den Urheber der letzten Verfolgungen gegen uns bezeichnet, angeblich ihrthalben von der Bildfläche verschwinden mußte, daß aber die Maßregel selbst aufrecht erhalten wird — eine Maßregel, die, wenn in Preußen-Deutschland noch Gleichheit vor dem Gesetz bestünde, nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern, und zwar sofort, auch gegen sämtliche andere Parteien, einschließlich der Regierungsparteien, vorgenommen werden müßte. Zur Charakterisierung des neuesten Kurses genügt die bloße Anführung dieser Thatsache. Daß in den bisherigen unerkennlichen Regierungsmaximen Wandel eintreten würde, dieser Hoffnung hat sich das arbeitende Volk längst entschlagen. Es weiß, daß es sich nur auf sich selbst verlassen kann, daß bessere Zustände nur geschaffen werden, wenn es einig, geschlossen dafür eintritt. In diesem Zusammenhalt des arbeitenden Volkes sind bisher die Anschläge der Feinde der Freiheit gescheitert; daran werden sie immer scheitern. Der Ausfall der vorgestrigen Versammlungen ist ein Beweis dafür.

Wir lassen nun die Berichte über die einzelnen Versammlungen folgen und schicken voraus, daß in allen Versammlungen dieselbe Resolution mit geringen Abweichungen angenommen wurde, die wir gestern schon veröffentlichten.

Die Parteigenossen des 1. Wahlkreises waren bei Schaffer, Juchacz, 10, versammelt. Das Referat hatte Reichstags-Abg. Stadthagen, der in eingehender Weise das Vorgehen der Behörden gegenüber der Sozialdemokratie beleuchtete. Er zog einen Vergleich unserer Organisation mit den Organisationen aller anderen Parteien, die statutenmäßig und sogar unter den Augen der Behörden zu politischen Zwecken mit einander in Verbindung traten, was von der Sozialdemokratie jedenfalls nicht behauptet werden könne. Wollte man das Gesetz so, wie gegen uns auch bei den bürgerlichen Parteien anzuwenden, so müßten deren Organisationen sämtlich aufgelöst werden. Wenn man behauptet, daß unparteiisch gegen uns vorgegangen werde, so sei dies nur noch eine Phrase. Wie es aber ist, so möglich, fuhr Redner ungehört fort, daß gegen die Sozialdemokratie aufgrund des Vereinsgesetzes vorgegangen wird und nicht auch gegen andere Parteien? Weil das, was bei dem einen strafbar ist, bei dem anderen gebuddet wird. Das sei so recht kraß gerade in der letzten Zeit zu Tage getreten, und man müsse eigentlich dem Minister a. D. v. Köller dankbar sein, der unbewußt so manchem die Augen geöffnet und ihn zum Nachdenken veranlaßt hat. Wenn der Reichsanwalt behauptet, daß die Sozialdemokratie einen Staatsanwaltschaftscharakter annehme und deshalb die Regel straffer angezogen werden müßte, so könne man hierüber das Urtheil ruhig der Öffentlichkeit überlassen und es wäre nur wünschenswert, daß die Ausführungen des Reichsanwalts recht weit verbreitet würden. Viele würden sich fragen, was ihnen denn die Sozialdemokratie eigentlich noch tauben könne, da sie doch nichts mehr besitzen, sondern gerade im sogenannten „Rechtsstaat“ vom Genuße so vieler Kulturereignisse ausgeschlossen sind, während die verhältnismäßig geringe Zahl wirklicher Besitzender alle Genuße für sich in Anspruch nimmt. Studiere man dann das sozialdemokratische Programm, so werde man Hobenlohe's Meinung richtig beurtheilen können. Dadurch, daß die Regierung sich von dem Unternehmthum leiten läßt und man über den Rahmen der bisherigen Rechtsprechung hinausgeht, wo es gilt, die Sozialdemokratie zu belämpfen, was u. a. die Anwendung des Groben Unsi-paragraphen — dieses Ausnahmismittels für alles — auf die gewerkschaftliche Bewegung zeigt — das alles nimmt tausenden die Würde von den Augen. Redner geht noch des näheren, öfter durch die Zustimmung der Versammlung unterbrochen, auf die bekannten Auflösungen und Hausdurchsuchungen ein, womit wohl nichts anderes beabsichtigt sei, als den Philister gruselig zu machen, wie man dies früher wiederholt getan habe. Wohl aus denselben Motiven umfesse man die Redaktion des „Vorwärts“ und belästige auch sonst die Genossen mit Leuten, die keine Uniform tragen, deren Gesicht aber schon Uniform genug sei. Wenn aber bisher das alles nichts genutzt habe, so sei dies ein Beweis der Disziplin und der Stärke der Partei, die sich auch in Zukunft bewähren würde. Auf eine Aenderung des jetzigen Systems der Regierung sei nicht zu rechnen, wir erwarteten das auch nicht, da wir wüßten, daß die herrschende Klasse trotz Lessendorff und Ausnahmengesetz nichts gelernt hat, was die ca. 450 Jahre Zuchthaus und Gefängnis sowie die 150 000 Mark Geldstrafen zeigten, die nach dem Fall des Ausnahmengesetzes über die Genossen verhängt worden sind. Alles dies habe der Partei nichts geschadet, sie sei groß und stark dabei geworden. Nachdem Redner noch darauf hingewiesen hatte, daß die Leitung der Partei fünf bekannten und erprobten Genossen übergeben ist, empfahl er die Annahme der Protest-Resolution und ersuchte auch für den ersten Wahlkreis eine Vertrauensperson zu ernennen, aber nur eine, da zwei oder drei wieder als Verein angesehen werden könnten. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen. Hierauf wurde die Resolution einstimmig angenommen und zugleich der Genosse Bohm mit der Leitung der Agitation betraut. Zum Schluß forderte Stöckel die Parteigenossen auf, sich nun recht ege an der finanziellen Unterstützung der Partei zu beteiligen.

Zum zweiten Wahlkreise, in der Buchbinder, sprach vor etwa 2000 Personen Reichstags-Abgeordneter Fischer. Der Redner giebt eine Charakteristik des gekürzten Ministers von Köller, indem er ihn als den Vertrauensmann des seit Jahrzehnten an der Staatskassette aufgefütterten Junkertums mit beißenden Ausfällen auf die Herren mit den gesunden Nerven und vollen Waden schildert und meint, es sei heute müßig, noch die Frage zu unterfragen, warum Köller über die Sozial-

demokratie hinabgelockert sei. Jedenfalls bedauern wir es, den Minister scheiden zu sehen, der wie kein zweiter das Geschick besaß, es mit allen Parteien zu verderben. Wenn gesagt werde, das Vorgehen gegen die Sozialdemokratie habe Köller zu Falle gebracht, so sei diese Ansicht unhaltbar. Die letzte Maßregel Köller's bewege sich vielmehr in einer Linie mit dem ganzen bisherigen Kampfe der Regierung gegen die Sozialdemokratie. Voriges Jahr war es das Unsi-Gesetz, eine Ver-lage, die in jedem anderen Lande unerhört gewesen wäre, heuer sind es, ausgehend von der Sedansrede des Kaisers, die Majestäts-beleidigungsprozesse, die Verhaftungen, die zu Tausenden erfolgen, die unerhört harten Verurtheilungen, womit die Regierung uns belämpft — und da sollte eine Regierung gegen die ausgesprochene Meinung des Regenten einem Schlag gegen die Sozialdemokratie grundfänglich widersprechen? Nein, sondern die ungeschickte, erfolglose Art des Köller'schen Vorgehens hat dem Minister den Kopf gelöst. In einem Augenblicke, wie dem gegenwärtigen, genügt es nicht, mit ein paar jungen Polizeikommissaren und einigen alten Polizeiwachtmannern einer Partei wie der sozialdemokratischen auf den Leib zu rücken, eine Partei, die zwölf Jahre das Ausnahmengesetz getragen und es gesprengt hat, legt man nicht lahm mit ein paar Haus-durchsuchungen. Der ganze Feldzug gegen die Sozialdemokraten hat ja einen tieferliegenden Grund. Der Abg. Kardorff hat nicht mit Unrecht die jetzige politische Situation mit der vom Jahre 1878 verglichen. In gewissen Sinne herrscht vollständige Ueber-einstimmung: wie damals planten noch heute die Junker einen neuen Auszug aus der Tasche des Volkes. Wie 1878 schon die Sozialdemokratie die einzige Partei war, die gegen diese das Volk auszunehmende Pläne ernstlich Widerstand leistete, und darum die Sozialdemokratie mit dem Ausnahmengesetz verfolgt wurde und vernichtet werden sollte, so wittern die Junker heuer in der Sozialdemokratie die entschiedene Gegnerin des Antrages Kardorff, der Doppelwährung, der Zuckersteuer, des Margarine-gesetzes u. s. w., und treiben zu ausgesprochen hochverrätherischen Plänen der Reaktion, wie sie seit Monaten in Par-lamenten, Broschüren und in der Tagespresse ohne Staats-anwaltliche Belästigung erörtert werden. Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß Köller nur das vollführt hat, was in erster Linie die konservativen Parteien seit Jahren als ihre Herzensmeinung kundgegeben haben. Redner geht ausführlich auf diese neuen und neuesten hochverrätherischen Vorschläge ein und beleuchtet die provozierende Taktik der „Scharfmacher“ à la Stumm unter dem Beifall der Versammelten. Alle diese reaktionären und brutalen Anschauungen fanden in Köller, dem Vertrauensmann des Bundes der Landwirthe ihren Vertreter und wahrscheinlich hat Kardorff die Gedanken Köller's ausgesprochen, die ihn bei seinem Vorgehen leiteten. Die Angst vor der Sozialdemokratie ist die Triebfeder aller Maßregeln der Regierung gegen unsere Partei und gegen alles, was nicht in das Verdamnungsurtheil gegen uns bedingungslos miteinstimmt. Angst treibt die Junker zu ihrem reaktionären Drängen nicht allein des jetzigen Zeitgeses wegen, sondern Angst um die Behauptung ihres Besitzthums. Daher der Haß gegen alle Ideologen, Philantropen, Theologen und Pastoren, denen es mit ihrem Christenthum noch einigermaßen ernst ist, die eine Milderung der Klassengegenätze und Gleichheit des Kampfbodens anstreben. Aber die Kapitalisten und Junker wollen einfach Unterdrückung, ihnen fällt es nicht ein, auch nur auf ein Zispelchen ihrer privilegierten Genußrechte freiwillig Verzicht zu leisten, nach ihnen ist die einzige Aufgabe des Staates, ihnen die Sicherheit ihres Genußes zu garantieren. Geist von diesem Geiste — wenn das Wort in negativem Sinne gebraucht werden darf — ist Köller. Die Spitze seines politischen Systems war der Polizeistat. Daher der jetzige Staatsrechtsversuch, der für uns ein alter Bekannter ist. Redner weist an der Geschichte der Partei nach, wie oft schon vor Köller durch Unterdrückung unserer Organisationen die Sozialdemokratie tot gemacht werden sollte. Dabei gehe das ganze Bestreben immer dahin, nicht nur die politische Arbeiterbewegung, sondern auch jede wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit durch Verführung jeder gewerkschaftlichen Organisation niederzumachen. Was damals und bisher immer unmöglich war, das wird heute, wo die Sozialdemokratie die stärkste Partei in Berlin und im Reich ist, erst recht nicht möglich sein. Wir werden uns durch derartige Maßregeln aber auch nicht provozieren lassen. Wir haben bisher alle die zu Schanden gemacht, welche uns vor die kleinalbrigen Gewehre bringen wollten, wir werden auch in Zukunft diese Pläne der Gegner vereiteln. Wir sind jetzt 14 Tage aufgelöst. Was ist die Folge? Am 30. November hat die Fraktion erklärt, sie führe die Geschäfte der Partei weiter. Herr v. Köller ist nicht mehr da, aber die Sozialdemokratie giebt heute Abend ein äußerst lebensfrohes Lebenszeichen. Die Vereine sind aufgelöst, aber um die Sozialdemo-kratie in Berlin müßte es sehr traurig bestellt sein, wenn sie nicht ohne Organisationen bestehen könnte. Trotzdem müssen wir aber alles thun, um wie alle anderen Parteien nach dem Grundsatze der Gleichheit vor dem Gesetze unser Recht zu erhalten. Aus welchem Grunde wurde der neueste Schlag gegen unsere Organisationen geführt? Haben wir etwas anderes gethan, als was alle anderen Parteien ohne Ausnahme noch thun? Wenn also die Sozialdemokratie gestraft werden soll, dann wollen wir fragen, warum die anderen Parteien weiter sündigen dürfen? Wir haben ein Recht, gegen einen anderen Maßstab polizeilicher Behandlung zu protestieren. Wir werden nach wie vor unsere Sache in vollster Öffentlichkeit behandeln; ich möchte den Staatsanwalt wissen, welcher das verbiete, was in Weissenhof, Widdorf u. s. w. möglich ist. Wir erkennen diese Maßregel nicht als Recht an, wir sagen uns, weil wir der Macht wehrlos gegenüberstehen. Redner schlägt nunmehr die Wahl eines Vertrauensmannes vor und als Kandidaten Genossen Franz Rißing. Die vom Referenten verlesene und vorgeschlagene Resolution wird von den Versammelten einstimmig und unter Jubel angenommen. Ohne Diskussion wird die Versammlung mit einem dreifachen, brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie gegen 11 1/2 Uhr geschlossen.

In dicht gefülltem Saale sprach der Genosse Kuer im zweiten Wahlkreise in Reinhardt's Neuem Gesellschaftshaus in der Potsdamstraße. Die Versammlung, welche von Referenten eröffnet und von dem Genossen Koblenzer als Vorsitzenden geleitet wurde, verlief ohne jede Störung. Eine Debatte wurde nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage nicht beliebt und die in Vorschlag gebrachte Resolution einstimmig angenommen. Kurz nach 11 Uhr verließen die Anwesenden unter stürmischen Hochs auf die „aufgelöste“ Sozialdemokratie und unter den Klängen der Marxhymne das Lokal.

Dritter Wahlkreis. Der Saal der Berliner Ressource in der Kommandantenstraße war schon kurz nach acht Uhr gefüllt, und noch immer strömten neue Scharen herein, denen dadurch Raum verschafft wurde, daß die Anwesenden so dicht als möglich zusammenrückten. Bei Eröffnung der Versammlung war der Saal bis zum äußersten Winkel gefüllt, auch die Gallerien waren dicht besetzt. Mit großer Aufmerksamkeit folgte die zahlreiche Zuhörerschaft den vielfach von Beifall unterbrochenen Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Bogtberg, aus denen kurz folgendes hervorgehoben sei: In der Geschichte der Sozialdemokratie ist jetzt wieder eine neue Epoche eingetreten. Unter Verzicht auf das preussische Vereinsgesetz läßt die Berliner Polizei nicht nur unsere

Wahlvereine, sondern auch die Lokal- und Preßkommission, sowie die Vertrauensleute und den Parteivorstand auf. Diese Vethätigung der polizeilichen Gewalt ist keine neue. Wir kennen sie schon aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Aber die Hoffnung, durch solches Vorgehen die Thätigkeit unserer Partei lahm zu legen, wird heute so wenig gelingen, als damals. Nicht, weil man die Gewißheit von einem Inverbindungtreten unserer Vereine hatte, sondern in der Hoffnung, einer solchen Verbindung auf die Spur zu kommen, wurden die Hausdurchsuchungen vorgenommen. Einer der hausdurchsuchenden Beamten hat auf eine dahingehende Frage geantwortet: Wir suchen eine Verbindung. Die Hausdurchsuchungen sollen „schwer belastendes Material“ gegen uns zu Tage gefördert haben. Ja, wenn man das Material nach dem Gewichte misst, mag es wohl sehr schwerwiegend sein. (Heiterkeit.) Nun, die Verbindung, die man braucht, um mit dem preussischen Vereinsgesetz gegen uns vorzugehen, wird schon gefunden werden. Für uns sind diese behördlichen Maßnahmen wie gesagt nicht neu. Alles was ein staatsrechtendes Hirn erinnern kann, ist uns gegenüber schon dagewesen. Die Bedrückungen unserer Partei unter dem Sozialistengesetz sind bekannt. Alle diese maßlosen Verfolgungen hatten nur den Erfolg, daß sich die Genossen enger aneinander schlossen in dem Gedanken: Ueber diese Bedrückung hinweg zur Freiheit! (Beifall.) Das Sozialistengesetz fiel, und wir haben uns eine Organisation der Polizei. Fünf Jahre lang hat diese Organisation unbeanstandet funktioniert. Da müßte erst ein ehemaliger hinter-pommerscher Landrath kommen (Heiterkeit), der die Polizei auf die Ungefährlichkeit unserer Vereinsthätigkeit hinwies. Dieser Mann, der durch seine Vertheidigung der Umsturzvorlage diese zu Falle brachte, verdiente allerdings, Minister des Innern zu werden! (Beifall.) Ja, warum kam man erst jetzt auf den Gedanken, uns anzulösen? Kamte man unsere Staats-gefährlichkeit nicht schon früher? Alle die abgenutzten Waffen, deren Wirkungslosigkeit längst erwiesen, wendet man jetzt wieder gegen uns an, zeigt aber dabei nur, daß die Gesetze nicht gleichmäßig gegen alle Parteien angewandt werden. Während gerade unsere Partei ihre Organi-sation den bestehenden Gesetzen anzupassen bemüht war, verstoßen alle anderen Parteien in offenkundiger Weise gegen das Vereins-gesetz. Aber wo wird sich der Minister finden, der auch gegen den Bund der Landwirthe, die Krieger-vereine und andere vorgeht? Der Reichsanwalt hat heute im Reichstage bestritten, daß der Rücktritt Köller's mit seinem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie zusammenhängt. Er erklärte ferner, daß man jetzt die Regel „straffer“ anziehen wolle. Das soll doch wohl heißen: die Regierung billigt nicht nur die Maßregeln gegen uns, sondern sie wird auch darauf achten, daß die Gesetze von allen Staats-bürgern, ohne Unterschied der Partei, respektiert werden? Wir aber, die der Ungefährlichkeit Beschuldigten, werden uns auch in diese Zwangsjacke fügen. Es geht auch so. Wir wollen trotzdem alle gesetzlichen Mittel aus-nutzen, um unsere Ziele zu erreichen, trotz Auf-lösung und Verbot! Trotz alledem! (Großer Beifall.) Was fangen wir nun ohne Organisation an? Sind wir nun hilflos wie die Kinder? Das könnte wohl bei anderen Parteien ein-treffen, aber nicht bei uns, wo jeder sein eigener Wahlverein, sein eigener Vertrauensmann, ja sein eigener Parteivorstand ist. Wir haben das Sozialistengesetz überstanden, wir werden auch fertig werden mit dem Ministerium Hobenlohe. (Beifall.) Mit der Agitationsweise unter beschränkten Verhältnissen sind wir vertraut; wir haben in jener Zeit agitiert, wo ein unvorsichtiges Wort die schwersten Strafen nach sich zog, wir werden auch jetzt unsere Agitation nicht einstellen, sondern sie mit doppelter Kraft fort-setzen. Wenn nicht in Vereinen, dann werden wir von Mund zu Mund unsere Ideen verbreiten, vor allem aber durch unsere Presse. Was will man denn eigentlich retten? Ist denn der Staat durch uns in Gefahr? Freilich wollen wir infornen den „Umsturz“, als wir an stelle der gegenwärtigen ungerechten und unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnisse bessere setzen wollen. Um das zu können, müssen wir natür-lich die gegenwärtigen Einrichtungen kritisieren. Das ist keine weise Regierung, die ein derartiges Bestreben unterdrückt. Angesichts der gegenwärtigen Situation möge jeder die Augen offen halten und sich alle die ansehen, mit denen er zu thun hat, denn der Spindel geht durch das Land, wie zu Zeiten Puttkamer's. Wir werden mit Rücksicht auf die Auslegung der Gesetze die aufgelösten Vereine natürlich nicht fortsetzen, aber wir werden uns zur Beförderung der Geschäfte, die im Interesse unserer Partei nöthig sind, einen Mann wählen, der in seiner Verbindung mit irgend einer Organisation steht, und der nicht aufgelöst werden kann. Redner verliest die bekannte Resolution und schlägt der Ver-sammlung vor, den Genossen Wilhelm Börner zum Vertrauensmann für den dritten Wahlkreis zu ernennen und schlägt dann: Allen Hindernissen und allen Anfeindungen zum Trotz werden sich unsere Genossen fester als je zusammenschließen, und gemeinsam mit allen Kräften wirken für den Sieg des erhabenen Gedankens der Sozialdemokratie.

Der brausende Beifall, der dieser 1 1/2 stündigen Rede ge-spendet wurde, sowie die widerspruchslose Einstimmigkeit, mit der man die Wahl Börner's vollzog, bewies, daß die Auf-lösungen unserer Partei nicht im geringsten geschadet haben. Nach begeisterndem, dreifachem Hoch auf die Sozialdemokratie verließ die Menge den Saal, an dessen Ausgange zahlreiche Polizeibeamte verschiedener Grade Posten standen, um die nicht im mindesten gefährdete Ruhe und Ordnung „aufrecht“ zu er-halten.

Genossenschaft 1000 Genossen aus dem 3. Reichstags-Wahl-kreise hatten sich im „Wirtshaus“, Admiralsstraße, wo das Lokal gleichfalls wegen Ueberfüllung abgeperrt worden war, versammelt, die mit großer Aufmerksamkeit den Worten des Reichstags-Abgeordneten Wurm lauschten, welcher hier das Referat hielt. Wieder einmal wurde, bemerkt Redner eingangs des Vortrages, versucht, die Sozialdemokratie unschädlich, oder, wie manche träumten, ihr den Garaus zu machen. (Große Heiterkeit.) Und das mit den alten, längst abgetragenen Mitteln, deren Anwendung nie vermocht habe, der Partei dauernd zu schaden. Eine Partei, deren Geschichte eine Geschichte der Verfolgungen sei, könne man überhaupt nicht inklinkieren. (Beifall.) Der Redner schilderte dann eingehend die Verfolgungen, welche die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft auszuhalten hatte, und stellte denselben das siegreiche Wachstum der Sozialdemokratie gegenüber. Das Geschehen einer bürgerlichen Zeitung von der 1890 begonnenen Schorzeit für unsere Partei, die nunmehr endgiltig vorüber sei, zeichnet Redner durch einen zahlenmäßigen Vergleich der Strafen, welche die kämpfenden Arbeiter und ihre Führer während der Zeit des Sozialistengesetzes und welche dieselben nach Aufhebung des Gesetzes erlitten haben als dünnes und leeres Gewäch. Wenn je etwas, so fährt der Vortragende fort, unsere Gegner zur Verzweiflung gebracht habe, denn sei es das Reich sich gleichbleibende ruhige Verhalten der Arbeiter und die Benutzung von nur geistigen Waffen im Kampfe.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, 12. Dezember.
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Schauspielhaus. Eine Befehung. Monsieur Balançeur. Rezept gegen Schwiegermütter.
Deutsches Theater. Der Meister von Palmyra.
Berliner Theater. Van Gezar. Nachm. 7/8 Uhr: Prinzessin Goldhaar.
Neues Theater. Lili.
Festung-Theater. Heimath.
Schiller-Theater. Reis-Beislingen.
Residenz-Theater. Hals über Kopf. Vorher: In doppelter Befehung.
Adolph Ernst-Theater. Der kleine Lord. Hieraus: Die ewige Braut.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Lämmer. Vorher: Nr. 66.
National-Theater. Der Jude.
Theater Unter den Linden. Der Mikado.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Donnerstag: Reis-Beislingen.
 Freitag: Zum ersten Male: Der Traum ein Leben.

Central-Theater.
 Alte Jakobstr. 30.
 Emil Thomas a. G.
 Zum 98. Male:
Eine tolle Nacht.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Julius Freund und Will. Mannstädt. Musik von Julius Einödshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Freitag: Zum 99. Male:
Eine tolle Nacht.
 Sonnabend: Zum 100. Male:
Eine tolle Nacht.
 Jeder Besucher dieser Vorstellung erhält ein Souvenir gratis.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 132.
 DIRECTION: Max Samst.
 Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Der Jude.

Deutsches Sittengewälde aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts in fünf Akten nach dem gleichnamigen Roman des Berliner „Vorwärts“ von Carl Spindler.
 Regie: Max Samst.
 Das Stück spielt in Frankfurt a. M. und in der Umgegend. Zeit: Anfang des 15. Jahrhunderts.
 Morgen: Maria Stuart.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
 Der G'wissenswurm.

Adolph Ernst-Theater.
Der kleine Lord.
 Lebensbild in 3 Akten nach dem gleichnamigen Roman v. Mr. Hodgson Burnett, überf. von Volken-Bäckers.
 In Amerika 3240 Mal, in London 1262 Mal aufgeführt.
 Hieraus:
Die ewige Braut.
 Operette in 1 Akt von W. Mannstädt und Jean Kren.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.
 Alexanderstraße 40.
 Täglich Abends 8 Uhr:
Die kleinen Lämmer.
 Vaudeville in 2 Akten von L. Verney.
 Vorher:
Nummer 66.
 Operette in 1 Akt von Offenbach.
 In Vorbereitung: Fortuna's Lied.
 Operette. Der Weihnachtsmann.
 Weihnachtskomödie.

Feen-Palast
 Burgstrasse 22.
 DIRECTION: Winkler & Fröbel.
 Neu! Angely-Gertiny-Trio Neu!
 die besten fliegenden Hochturner am patentirten Luft-Apparat, dazu neue große 15. Dezember-Programm.
Spezialitäten.
 Sonntag 8 Uhr.
 Anfang | Wochentags 7 1/2 Uhr.
 Entree 30 Pf. bis 1,50 M.
 Das Theater ist gut geheizt.

Urania
 Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
 Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
 Geöffnet von 5-10 Uhr.
 Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
 Näheres die Anschlagzeitel.

Passage - Panopticum.
 42 Mädchen vom andern Ende der Welt (Samoa).


Castan's Panopticum.
 !! Neueste Illusion !!
Allerseelen.
 Die syrischen Fechter.
 Die Sünde.

Alcazar.
 Variété- u. Spezialitäten-Theater.
 Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
 Heute! Benefiz Heute!
 für Frieda Leonhardt.
 Men! Ein Hausdieb. Men!
 Posse von Jacobsohn.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 R. Winkler.

Nächste Soiree der Stettiner Sänger
 (Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)

 Sonntag, 15. Dezember, im Concerthaus Sanssouci, Rottbuserstraße 4a.

Kaiser-Panorama (Passage).
 Zum ersten Male:
 V. Reise nach Konstantinopel u. Athen
 Erste Wanderung durch d. malerisch-holsteinische Schweiz.
 Eine Reise nur 20 Pf.
 Laufende Abonnenten.

Neuer Circus.
Circus BUSCH
 (Bahnhof Börse)
 Donnerstag, den 12. Dezember abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung
 Sensationeller Erfolg!
Zschens, das Waldmädchen.
 Schwimmende Elefanten und schwimmende Pferde mit Reitern.
 Grandioses Ballet.
 Außerdem: Die Stache Postfahrschule, geritten von Herrn Kloske.
 Zum 1. Male:
Gippol. Monfrè - Potpourri von 88 Hengsten

in Gruppen dress. u. vorgef. v. Dir. Busch. Der phänom. Szandorsprung von ebener Erde über 3 große Pferde, ohne Sprungbrett. Alligator, oipreusch. Hengst, dress. u. ger. von Hrn. Posttit-Burghardt. Pauler Zauber, Trafehner Hengst, ger. v. Mme. Maria Doré; zum Schluss der Baguettesprung von dem engl. Volldirt Vigilant. Moderne Reiterspiele, ger. von 4 Damen. Die Reitkünstler Mr. Cooke u. Mr. Lloyd. Austr. d. beliebtesten Clowns.
 Freitag: Zschens, das Waldmädchen.
 Sonntag: 3 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise und 1 Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr: Zschens.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 132.
 Sonntag, den 15. Dezember 1895, nachmittags 3 Uhr:
 Zum dritten Male:
Der G'wissenswurm.
 Von Ludwig Angenruber.

Kaufmann's Variété-Theater.
 Königsstraße, Kolonnaden.
 Sensationeller Erfolg des neuen Programms!
 Um 10 Uhr:
 Die pikante und tolle Burleske
Coulissen-Geheimnisse.
 Arthur Fränkel, Henny Schmid, Edi Blum,
 mehr braucht man nicht zu sagen!!! das genügt.

Apollo-Theater
 Friedrichstr. 218. Dir. J. Glick.
Mlle Duclere
 und 14 Nummern I. Ranges.
 Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

W. Noack's
 Konzert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstr. 16.
 Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
 Johann Harting, Biederfänger. Fr. Berger, Lieder- und Walzerfängerin. Franz Feld, Gesangsbühnenist. Fr. Marion, Kofimfoubrette. Gust. Conrad, Charakter- u. Komiker. Geschw. Tilly, Duettisten.
 Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzfränzchen.

Knaben-Garderoben
 für das Alter v. 2-16 Jahren empfiehlt in größter Auswahl zu billigen Preisen. 38118*) Filcken gratis.
 K. Hustedt, O. Köppen 85 pt. str. 2 Min. v. Schlesijschen Bahnhof.

Brünotepidje,
 einzelne bei der Fabrikation verbiliebene Exemplare aller Größen (auch etwas fehlerhafte) unserer Spezial-Matte (Syntra-Imitation) werden in unserem Comtoir Jümmersstr. 24, I. Etage, auch an Private unter Fabrikpreis ausverkauft.
Gust. Gottschalk Söhne
 fr. Jean Brüno & Co.

Großer Weihnachts-Anverkauf. Teppiche!
 Eine große Partie Teppiche mit kleinen Farbensehlern zu spottbilligen Preisen.
 Größe Markt
 198x200 cm = 3,50, 5,-, 8,50
 170x250 " = 5,75, 11,50, 13,50
 200x300 " = 8,00, 13,-, 17,-
 in reiner Wolle, das Stück 2,00 M.
 in allen Farben, reine Wolle, 100x200cm, das Stück 5,50 M.
Otto Büchler, Berlin C.
 Königstr. 26, Ecke Klosterstr.
 Aeltest. Versandgeschäft Berl.

Eine Linier-Anstalt
 16 Jahre bestehend, gutgehend, passend für Buchbinde, Umstände halb, bil. zu verkaufen Wallstr. 24. 17455

Bahn-Klinik. Preise event. Zehnjahrl.
 Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145
LINOLEUM-RESTE,
 Linoleum-Teppiche, auch etwas fehlerhafte, Wachstuchreste, Gummi Tischdecken sehr billig Grüner Weg 102, part.
Christbaum-Confect
 reizende Neuheiten nur genießb. Waare 1 Kiste Inhalt ca. 430 Stk. 2,50 M. 1 Kiste Inhalt ca. 270 große Stücke 3 M. **Siegfried Brock, Gollnowstr. 10a.**

Pelzwaren
 Einzelverkauf zu Fabrikpreisen direkt in der Fabrik von
Wilh. Reinecke
 Stallschreiberstr. 50/51, 1. Trepp. (Ecke Alexanderstr.).
 Muster. Preisliste gratis und franko. Telefon: Amt IV Nr. 9790.

50 pzt. 2 Jahre Garantie!
 Remont. Nickel 6,-
 Silber 100/1000 11,-
 Goldrand 11,-
 Desgl. f. Damen 12,-
 Spiral - Brequet 15 St. 20,-
 m. 16 St. 1. Chäton 26,-
 Syst. Glashütte 26,-
 Goldin Rem 3 Dec. 10,-
 gar. haltb. 15,-
 Wecker, Aufregang leuchtend 2,70
 Regulatore 1 Tag 8,50
 Regul. 10 Tage Geh- u. Schlagw. 12,-
 Muster. Preisliste über Uhren, Ketten, Wecker, Regulatore, Gold- und Silberwaren bis zum feinsten Genre gratis und franko! Nicht Passendes wird umgetauscht oder der Betrag zurückerstattet.
Eugen Karecker, Uhrenfabrik Konstanz 203, Baden.
2 Jahre Garantie!

Steppdecken
 am billigsten in Fabrik von Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstrasse 158.
 Rollatlas, 150 cm breit 7,50 M.
 blau, grün, bordeaux. — Reinwoll.
 Satin 190 cm lang 5,50 M.
Doppel-Reisedecken
 in reiz. getigert. Mustern, 8 u. 10 M. ganz schwere Qualität, Ca. 100 Stück buntfarbige Normal-Schlafdecken 4,50 und 5 M.
 in reizend. Jacquard-Must., etw. fehlerh. Arbeiterdecken 3 und 4 M. ganz dicke Sorte, fehlerhaft!
 Pferdedecken 3,50 und 4,50 M. etwas verwebte schwere Qualitäten.
 Versand streng reell per Nachnahme.
 Illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis u. franco.

Wer will billige Weihnachtsgeschenke kaufen.
 Durch Ankauf auf Auktionen und von Konkursmassen bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen als alle anderen Geschäfte.
 Ich verkaufe daher: Hochleg. Winter-Paletots von 5,75 M. an bis 36 M. Hohenollern- u. Pelzinnen-Mäntel von 5,25 M. an bis 30 M. Kaiser-Mäntel und Joppen von 6,75 M. an bis 24 M. Damen-Mäntel u. Jachets v. 8,50 M. an. Damen-Röcke in allen Farben von 6,25 M. an. Hochl. Mod. u. Jachets-Anzüge von 12,50 M. an. Herren-Hosen von 2,75 M. an. Kellner-Hosen und Jachets von 4,75 M. an. Leder- und Arbeitshosen von 2,85 M. Wurschen- und Knaben-Paletots, Herren-Jachets, West- und Röcke in allen Größen, Knaben- und Wurschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäfsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teschings, Gewehre, Harmonikas, Weigen, Trommeln, Wetten, Uhren, Ketten, Ringe u. zu enorm billigen Preisen. [9824L*]

Gustav Lucke
 Waarenhaus
 Berlin, 131. Oranienstr. 131.

Hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege **Gustav Wissel** am 9. d. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. d. M., nachmittags 1/3 Uhr von der Leichenhalle des Heindeckers Kirchhofes aus statt. Die Kollegen der G. Festschneiders Hof-Pianofortfabrik.

Danksagung.
 Allen Freunden u. Bekannten, welche meinem Manne **Karl Karossat** die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank, sowohl für die Kranksorge wie auch für den Gesang nochmals meinen besten Dank.
 Die trauernde Wittwe.
 Mehrere die Beileidigung gegen Klär zurück. Daniel, Forsterstr. 18. 11751b
 Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Weiß-, Bairisch-Bier** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhalt. Frühstück von 80 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot & la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. 3224L*
H. Stramm, Restaurant, Ritterstr. 128

Neues Klubhaus
 72 Kommandanten-Straße 72.
 Sonnabend, den 30. November, 7. u. 14. Dezember, sowie Sonntags noch Gäle frei. 1181b
 Empfehle allen Genossen, Freunden und Bekannten mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal August Reher, Fallisaden-Straße 62.**

Drei Vereinsz. m. Piano, 20-50 Perf. verg. J. Mossmann, Danzigerstr. 78.
R. Buske (früher Seefeld) Grenadierstr. 33
 Gäle mehrere Sonnabende noch frei.
Zum Bruder Heinrich!
 Allen Genossen, Fremden, Bekannten und Kollegen zur Nachricht, daß ich **Blumenstr. 14,** nahe am Grünen Weg, ein **Weiss-, Bairisch-Bier- und Frühstücks-Lokal** übernommen habe. Für gute Speisen und Getränke wird bestens Sorge getragen. Um geneigten Zuspruch bittet **Heinrich Tornow.**

Deutscher Porter.
 Dessert- u. Malzkrautbier I. Ranges. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736.
 besonders für Blutarme, Brustkranke, Bleichsüchtige, Wächnerinnen, Refrakovalentgenen u. das leicht bekömmlichste, nahrhaft kräftigste Bier. Ist blutbildend u. deshalb bessere Gesichtsfarbe und Gewichtszunahme überaus rasch.
 14 Flaschen drei, 50 jezu Markt exkl. In Gebinden (1/4, 1/2, 1/3) zum Selbstabziehen wesentlich billiger. Allein-Veranstaltung für Berlin und Provinz: **Porterfakerei Ringler, Berlin, Brunnen-Straße 152.** Nicht die Flaschenanzahl — die Qualität entscheidet!
 Die schönsten u. billigst. Spielsachen der Welt

Welt
 Ausstellung und Einzelverkauf.
Ueber 10000 Stück der schönsten Puppen und Spielwaaren [9780L*] zur Auswahl
Berliner Engros-Lager
 100 Bellealliancestr. 100.

Honigkuchen
Honigkuchen-Fabrik von Herman Neetzel,
 Berlin, 32 Anklamerstrasse 32, empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfest ihre eigenen Fabrikate bei hohem **Rabatt** und bittet um geneigten Zuspruch. 1695L
 Detail-Verkauf Hof parterre.

Photographisches Atelier,
 Holzmarktstr. 71, n. b. Königl. Kasino, 1 Dhd. Bis. von 3,50 M. an.
 1 " Rab. " 12,-
 1/2 " " 7,50 M. * 9848L*
 Ausführung unter Garantie.
 Möbl. Schlafz. f. 1 auch 2 Herren, sep. Eing. 3. verm. Reichensbergerstr. 56, v. I. r.

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser
Donnerstag, den 12. Dezember, abends 9 Uhr,
 im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:
Ausserordentliche Vereins-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Regelung der Angelegenheiten betr. die Firma Maurer u. Dimmich. 2. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Achtung. Lederarbeiter. Achtung.

Am Freitag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, in dem Lokale des Herrn Ullitz, Sadstraße 19:
Öffentliche Versammlung
 aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter (als: Weißgerber, Fohgerber, Färber u. Berufskollegen).
 Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Situationsbericht über den Abwehrsirei bei Emanuel Meyer. 3. Rechnungslegung des Vertrauensmannes. 4. Gewerkschaftliches. Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vertrauensmann.

Unter dem Sozialistengesetz verboten!
Walster: Ein Held des Geistes u. des Schwertes.

Roman aus der Zeit des deutschen Danzabundes.
 Eleg. geb. Preis M. 5,00.
 Das schönste Weihnachtsgeschenk für Damen und Herren.
 Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen.
 Chemnitz. Albin Langer, Volksbuchhandlung.

Soeben erschienen: **Arbeiter-Verkehrs-Almanach** für Berlin und Umgegend.
 Winter-Ausgabe 1895/96. Mit einem Plan von Berlin. Preis 20 Pf.
 Enthaltend die neuesten Fahrpläne, Adressen der Organisationen u. s. w.
 Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungs-
 pediteure, sowie vom Verlage: Hans Baake, Berlin S., City-Passage

August Schulze
 Alte Jakobstraße 94/95
 nahe der Seydelstrasse
 Trauringe: massive Ringe, Ketten, Armbänder, Uhren.
 2 Dukaten 21 M. Broches, Korallen, Granaten u. Alfenidowaaren

Musik-Instrumente.
 Größtes Lager in Zithern, Violinen, Gitarren, Mandolinen, Harmonikas von den größten bis kleinsten. Album mit Musik, sowie sämtliche Musikwerke zum Drehen und selbstspielend empfiehlt
 Aug. Kessler, Lausitzerstr. 52.

Jeden Morgen von 1/8 Uhr ab
 Verkauf von **Rindfleisch, Linsen, Knochenfleisch, Schinken-**
knochen, Schinkenpeck, Blut- und Leberwurst sowie allen
 übrigen **Fleisch- u. Wurstwaren** zu äußersten **Großpreisen.**
Wurstfabrik mit Dampftrieb,
 Wilhelmstraße 56, Hof rechts. 1789b

Glühwein-Extrakt,
 hochfein à Literflasche 1,30 M., 5 Literflaschen 6 M. inkl.
Punsch-Extrakt, Grog-Extrakt, à Literfl. 1,60 M., 5 Literfl. 7,50 M.
Ananas-Punsch, Burgunder-Punsch à Literfl. 3,50 M.
Cognac fine Champagne, Orig.-Fl. 1/2 ltr. inkl. 3,50, 4,50, 5,50 M.
Echt Jamaica-Rum und Verschnitt Literfl. 2,10, 2,50, 3,10 M.
Rum No. 3, Imitation, à Literfl. 1,10 M., 5 Literfl. 5 M. inkl.
Medicin. Ungarwein, 1/2 Ausbruch, beste Qualität, Literfl. 2,10, 5 Fl. 9,25
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, ganz vorzügl. Literfl. 1,30 M.
Stachelbeerwein Fl. 1 M. **Heidelbeerwein** Fl. 75 Pf.
Johannisbeerwein, herb, Fl. 60, süß 75 Pf. **Ananas-Bowle** Fl. 60 Pf.
Eugen Neumann & Co.
 6a Belle-Alliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81.
 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Niederlage: Potsdam, Waisenstr. 27.

Teppiche mit kleinen Fieber-
 fehlern in Velour, Stück v. 6,50 M. an
Gardinen prachvollster
 Dessins, Fenster v. 2,50 M. an
Portièren, Fenster v. 1,50 M. an
Sophastoffreste 180 cm breit, zu Bezügen,
 glatten u. gemusterten Stoffen, der komplette Sopha-
 bezug von 3.- M. an.
Sophagestelle 5 M. an. **Polstermaterialien:**
 Mohhaare, Fasern, Berg, Seegras, Sprungfedern,
 Matrazendrell, Gurte u. 36112
 auch im Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. (nahe der
Wilh. Bursch, Alte Jakobstr. 93 Seydelstr.)

Taschentücher
 ca. 45 cm groß.
Reinleinen,
 weiß, bekannt
 nur Mk. 3,50
 bei Zutrud.
 Gleichfalls Engl. Dettig-
 Zamentücherhersteller
 mit neuesten „Ru-
 ma“ Marken, das Dtl.
 Nr. 2,50, werden nur in
 Folge Nachzahlung dieser
 Warenabnahme in total
 postulierten Beträgen abge-
 geben — um nach der Zeit-
 weile dem Besteller zu räumen.
Versandk. „Storkur“
 Komm.-Gesellschaft,
 BERLIN W.,
 Seidelstraße 112-116.

Christbaumschmuck für Händler
 von 25 Pf. per Duzend anbei **W. Müller, Albrechtstr. 16, Hof IV.** [1578b]

Britz,
 Sonntag, den 15. d. M., nachm. 2 Uhr,
 bei **Hünger, Chausseestr. 97:**
Volksversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordn.
Zubeil: Die Sozialdemokratie und
 ihr Programm. 2. Diskussion. 3. Ver-
 schiedenes.
 208/18 **Der Vertrauensmann.**
 Stridwoll-Kette, Gephr., Rockwolle
 zu Partipreisen jetzt Holzmarktstr. 60,
 Hof links 1 Tr.

Große Volks-Versammlung
 Donnerstag, 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
 im großen Saale von **Keller, Koppenstraße Nr. 29.**
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Arthur Stadthagen**
 über: „Die Stellung der Kaffeeschwärer und der erwerbsthätigen
 Frau im Entwurf zum bürgerlichen Gesetzbuch“. 2. Diskussion.
 Zur Deckung der Kosten Teller-Versammlung.
 Um zahlreiches Besuch dieser, namentlich für Arbeiterinnen wichtigen
 Versammlung ersucht
 Die Einberuferin: **Ottilie Sander.** 1/18

Hackescher Eeke Neue Markt 4. Promenade. J. Brünn Am Stadtbahnhof Börse.
Der Weihnachts-Ausverkauf ist eröffnet.
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen!

Vorteilhafteste Bezugsquelle. Passende Weihnachtsgeschenke.
Uhren- und Goldwaaren-Fabrik
 Silber- und Alfenidewaaren-Lager
 von **Reinhold Wankel, Brunnenstrasse 163**
 zwischen **Anklamer- und Invalidenstr.**
Brillanten und Farbsteine. Ringe.
Armbänder, Broches, Ohrringe
Ketten in Gold (nach Gewicht) Golddouble u. Silber.
Grösste Auswahl! Beste Fabrikate! Billigste Preise!

Pelzwaren
 zu den billigsten Fabrikpreisen empfiehlt
Adolf Göbel,
Jerusalemstr. 65,
 (Baden an der Kirche). Sämtliche
 Waaren sind aus besten Winterfellern
 unter eigener sachmännlicher Leitung
 hergestellt und in jeder Preislage vor-
 rätig. Teleph.-Amt IV Nr. 1407.

Dampfbäder, Packung in seidene Laken. Massage. Vereins-
 mitglieder zahlen nur 75 Pf. pro Bad mit
 Packung und Massage. 3549L*
Bannenbäder, 3 Bäder mit Seife und Handtüchern 1 Mark.
 Sool-, Schwefel-, Sitzbäder.
 Neu: Güsse, Wickel etc. System Kneipp.
ORANIEN-BAD, Oranienstrasse 44.
 zwischen **Moritz- und Oranienplatz.**
 Bäder-Lieferant für sämtliche Krankenanstalten Berlins und Umgegend.

Möbel-Ausverkauf
 des Möbelpedlers **Rosenthalerstr. 18.**
 Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner
 Räumlichkeiten verkaufe ich mein Waaren-
 lager zu noch nie dagewesenen Preisen voll-
 ständig aus. Zum Umzuge und für Brautleute
 ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben,
 Wohnstücken, sowie einzelne Stücke gediegen
 und billige zu erwerben. Man lasse sich nicht
 durch unmaßigliche Anpreisungen täuschen,
 sondern besichtige sich die Möbel, welche man
 kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit
 meinen nur gediegenen Bildern und erwerbe
 billigen Preisen. Durch Einkauf von 3 großen
 Möbelstücken zu günstigen Bedingungen verkaufe
 ich ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke
 ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbel-
 händler. Auch großes Lager gebraucht und
 vertieft gewesener Möbel zu vorzüglichen Sport-
 preisen. Kleiderständer 15 Mark, Aufbaum-
 kleiderständer 20, Ankleidekabinett, Kommode
 u. Sopha 10, Bettstelle mit Sprungfedermatratze
 u. Matratzen 10, Spiegel u. Stühle 2, Aufbaum-
 trapezoid mit Stufe 10, Tischgarnitur 10,
 neue, hochfeine Tischgarnitur 100 Mark, hoch-
 feine Aufbaum- und Mahagoni-Möbel (spezi-
 ell billig). Auch gebe ich Einrichtungen auf Zeit-
 zahlung. Brautleute, welche ihre Möbel bei
 mir kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis.
 Kein Abzahlungsgeschäft. Eigene Lager-
 u. Uchstermerthallen, vier große Möbelspeicher.
 Besteht Möbel können jederzeit auf meinen
 Lagerplätzen 3 Monate stehen bleiben und
 werden dann durch eigenhändige Arbeiter trans-
 portiert und aufgestellt, auch nach außerhalb.

A. W. Schulz, 3766L
Größtes Kinderwagen-Lager Berlins.
 Hauptgeschäft: **Brunnenstr. 95,** **Sumboldthain.**
 2. Geschäft: **Brunnenstr. 145,** **Ede Rheins-**
bergerstraße.
 empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfeste sein reichsortiertes Lager in
Wagenwagen, Sport-, Kasten- u. Leiterwagen, Kinderklappstühle, Kinder-
möbel, sämtliche Kindwaaren u. Auf Kinderwagen gestellte Theil-
zahluna. Beide Geschäfte bis abends 10 Uhr geöffnet. Fernspr. Amt III Nr. 1767.

Sicherer Weg zum Reichtum!
Magische
Taschen-Sparbank
 Patentamtlich geschützt.
 Sie schließt sich selbst, zeigt den darin befind-
 lichen Betrag an und kann erst dann geöffnet
 werden, wenn dieselbe mit der entsprechenden
 Geldsorte vollständig gefüllt ist, und zwar **10**
 nach Ansammlung von 20 Mark in 50-Pfennig-
 stücken, **10** nach Ansammlung von 3 Mark
 in 10-Pfennigstücken, früher kann die Einrichtung
 unendlich geduldet werden und nützlich daher
 am **Weitersparen,** bis sich 20 Mark resp.
 1 Mark in der Sparbüchse gesammelt haben.
 Preis **60 Pf.** inkl. Porto per Etad.
Hermann Hurwitz & Co., Berlin C.,
Klosterstraße 49.
 Spezial-Geschäft für Patent-Artikel.

Ein grosser Posten
Steppdecken
 echt Wollatlas (reine Wolle)
 Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M.
 ca. 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
 mit kleinen Maschinentflecken,
 in reizenden Jacquard-Mustern.
 Grösse 150 x 200 cm.
 per Stück 4,50 M. Preis 9 M.
 Meine illustrierte Preisliste über
 hochfeine Stepp- und Schlafdecken
 gratis und franko.
Steppdecken-Fabrik Emil Lefèvre,
 Berlin S., Oranienstr. 158.

Möbel-
Ausverkauf wegen
 wagen
 in außerordentlich billigen Preisen.
 Für Brautleute ganze Einrichtungen von
 200-1000 M. Teilzahlung gestattet. Elegante
 Aufbaum- und Mahagoni-Kleiderständer und
 Vertikons 30 M., einfache 15 M., Sophas,
 Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtiseltische,
 Kleiderständer, Kommoden 12 M., Stühle
 5 M., Sophaische 6 M., Säulen-Trapezoid
 25 M., Tischgarnitur 10 u. 100 M., Aufbaum-
 kleiderständer 40 M., Paneele-Sophas 80 M., Buffets,
 Silbergeschänke, Herren-Schreibtische, Schreib-
 stühle, Geländer-Bureau, Spiegel. Wenig
 gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte
 es niemand verschmähen, der gut und reell kaufen
 will, mein großes Lager zu besichtigen. Ge-
 kaufte Möbel werden drei Monate kosten-
 frei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

gebrauchte, lauft Barow
Möbel, Rosenthalerstr. 18.
Arbeitsmarkt.
Ein tüchtiger Werkzeugschläger,
 welcher mit Anfertigung v. Schnitten u.
 Stangen vollständig vertraut ist, (mit
 ein solcher) wird bei hohem Lohn (80 M.)
 sol. verlangt. **Metallwaaren-Fabrik**
H. Bernert, Kastanien-Allee 40. [17275
 Kst. Buchhalter u. Corresp., sprach-
 kundig, sucht zeitw. oder dauernde Be-
 schäftigung. Adr. **L. K. 129** an Wisse,
 Prinzenstr. 41. 22/15
 Lehrling zur Kunstschlosserei verlangt
 sofort **R. Pochsch, Brüderstr. 24.**

Spezialarzt Dr. Meine,
 Berlin, Friedrichstr. 200, Ede Krausen-
 strasse, behandelt **Unterleibs- und**
Wagenfranke nach seinem Spezial-
 heilverfahren mit sicherem Erfolge in
 kürzester Zeit. Sprechst. 10-1, 5-7.
 Fernspr. A. I. 7971. Eigene konsej-
 sante Privatambulanz. Auswärts brief-
 lich diskret und gewissenhaft.

Sofort Geld
 gewährt **inslos** als **Vorkauf**
 für Waaren. Möbel, Klaviere,
 Kunst- u. Wertschachen bei Ueber-
 gabe zur Auktion das
Berliner
Auktions- u. Vorjähj-Haus
 Berlin, Münzstr. 11. Teleph. 3. 1112
 22/14

Tüchtige Graveure
 auf Schwarzdruck und Siegel finden
dauernde u. lohnende
 Beschäftigung bei **R. Auerbach,**
 Grünauerstr. 17. M
 Eine reinliche Frau oder Mädchen,
 30 bis 50 Jahre alt, als Wirtschaftlerin
 für keinen Haushalt zum ersten, auch
 früher, gesucht. Adress. G. Postamt 4,
 Charlottenburg. 1750b